

Bevölkerungs- schutz



Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



Dialog: Innenminister R. Geil
Mecklenburg-Vorpommern
Anerkannte Ausbildungsstätte:
Feuerweherschule Brandenburg





Briefmarken, die Dank sagen

Humanitäre Hilfe im Spiegel der Philatelie

Niederlande

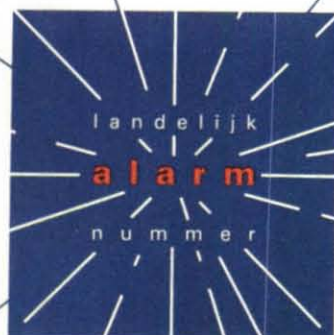
Ausgabetag: 19.10.1990

Am 15. Dezember 1967 traf der niederländische Ministerrat die Grundsatzentscheidung zur Einführung einer einheitlichen Notrufnummer. Mit dieser Nummer sollen in Notfällen Rettungswagen, Brandwehrfahrzeuge oder Polizeikräfte an-

gefordert werden können. Aufgrund des positiven Gutachtens des Lenkungsausschusses „06-11“ erfolgte am 7. Mai 1986 die Bestätigung dieser Grundsatzentscheidung.

Am 3. Dezember 1987 nahm der Staatssekretär des Innenministeriums in Eindhoven und in 's-Hertogenbosch die ersten beiden Zentralen, die mit dem einheitlichen Notruf angewählt werden können, in Betrieb. Aus den derzeit zwanzig Zentralen, die Bestandteil eines landes-

weiten Netzes sind, können Anrufer mit jeder Meldezentrale der Brandwehrr (Feuerwehr), der Polizei oder des Rettungsdienstes verbunden werden. Über die Kommunikationszentrale der Polizei in Drieberg können Notrufe von Autotelefonen entgegengenommen werden. Am 1. Juli 1990 wurde mit der Inbetriebnahme der Zentrale im Telekommunikationsbezirk Den Haag die Notrufnummer „06-11“ in den Niederlanden landesweit gültig.



first day of issue
eerste dag van uitgifte



Anschrift der Redaktion:

53131 Bonn
Postfach 200161, Ruf (0228) 940-0
Telefax (0228) 9402702

Impressum:

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern vom
Bundesverband für den Selbstschutz
Deutschherrenstraße 93, 53177 Bonn

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint
monatlich;
zweimal im Jahr als Doppelnummer

Chefredakteur:

Peter Eykmann

Redaktion:

Sabine Matuszak-Faßbender
Günter Sers, Paul Claes

Layout:

Paul Claes

**Druck,
Herstellung und Vertrieb:**

Druckhaus Coburg
Postfach 1525
96405 Coburg
Tel. 09561/8635-0, Telefax 8635-44

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für
unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr.
Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur
mit Quellenangabe und mit Genehmigung der
Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung
der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt
mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60,
Abonnement jährlich DM 33,60
zgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer ent-
halten. Abonnements werden am Beginn des
Bezugszeitraums berechnet, Kündigungen müssen
bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich
vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um
den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht
ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum ge-
wünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart.
Erfüllungs- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer
Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht
kein Anspruch auf Haftung.

Umschau	2
Aktuelles im Blickpunkt	
„Der Bund darf sich nicht aus seiner Finanzverantwortung zurückziehen“	7
Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Rudi Geil im Dialog	
„Großer Bahnhof“ in Husum	12
Führungswechsel bei der Feuerwehr	
Zivile Hilfe nicht verdrängen, sondern ergänzen	15
Oslo-Konferenz über die Nutzung von militärischen Ressourcen und des Zivilschutzes	
Eine Ausbildungsstätte mit Perspektiven	17
Vorgestellt: Die Landesfeuerweherschule Brandenburg	
Informationssysteme für den Transport gefährlicher Güter	21
Ein aktuelles Thema im Blickpunkt	
Hoch hinaus mit neuer Technik	23
Feuerwehr Hamm stellt neuen Leitertyp in Dienst	
Gerüstet für den Notfall	25
Die Feuerwehr auf Europas größtem Rangierbahnhof	
Bundesverband für den Selbstschutz	28
Technisches Hilfswerk	32
Warndienst	36
Deutsches Rotes Kreuz	38
Arbeiter-Samariter-Bund	41
Johanniter-Unfall-Hilfe	43
Malteser-Hilfsdienst	45
Deutscher Feuerwehrverband	47
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e. V.	49
Wissenschaft und Technik	54
Bücher	56
Termine	6
Minimagazin	U 3



Warnung der Bevölkerung sichergestellt

Die Bundesregierung hat die Frage des Abgeordneten Professor Dr. Egon Jüttner (CDU) vom 1. März 1994

Ist nach Auffassung der Bundesregierung auch nach der Aufgabe des zentral gesteuerten Sirensystems noch gewährleistet, daß die Bevölkerung bundesweit rechtzeitig und zuverlässig vor zivilen oder militärischen Großkatastrophen gewarnt werden kann?

wie folgt beantwortet:

Die Frage ist zu bejahen. Sämtliche Bundesländer haben durch organisatorische und technische Vorkehrungen sichergestellt, daß die Bevölkerung in solchen Fällen entsprechende Warnungen und Informationen über den Rundfunk bekommt. Wo nötig, werden zusätzlich Lautsprecherdurchsagen durch Polizeieinsatzkräfte an die betroffene Bevölkerung gerichtet.

Blutspendedienste haben nicht gegen Verbote des BGA verstoßen

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) weist Vorwürfe von „Bild“ und „Spiegel“ zurück, die Blutspendedienste (BSD) hätten zwischen 1985 und 1987 gegen Verbote des Bundesgesundheitsamtes (BGA) verstoßen. Das DRK hat auch niemals „Aids-Blut“ verkauft. Diese unrichtige Behauptung der „Bild“-Zeitung ist im höchsten Maße verantwortungslos. Sie schürt Hysterie in der Bevölkerung. Das DRK leitet gegen „Bild“ und „Spiegel“ rechtliche Schritte ein.

Die BSD des DRK orientieren sich bei der Gewinnung von Blutpräparaten stets gewissenhaft am aktuellen Stand der wissenschaftlichen Forschung. Hinzu kommen eine sorgfältige Spenderauswahl und der konsequente Ausschluß von Risikogruppen. Das garantiert ein Höchstmaß an Sicherheit. Niemand ist nach dem Kenntnisstand des DRK durch Verabreichung von Blutgerinnungspräparaten der BSD des DRK nach Einführung des HIV-Tests 1985 mit Aids angesteckt worden.

Die Behauptung von „Bild“ und „Spiegel“, das DRK habe in dem Zeitraum von 1985 bis 1987 mit der Abgabe von Blutgerinnungsmedikamenten, die nicht einem Virusinaktivierungsverfahren unterzogen worden waren, gegen ein Verbot des BGA verstoßen, ist falsch.

„Bild“ und „Spiegel“ beziehen sich auf die Blutgerinnungsmittel PPSB und Fibrinogen. Das BGA ordnete 1985 die Testung des Spenderblutes auf Aids an. Das BGA führte 1987 eine Erhebung bei den Herstellern über die Verwendung von Virusinaktivierungsverfahren durch. Erst nach dieser Befragung erließ das BGA ein Verbot für nicht virusinaktivierte PPSB und Fibrinogenpräparate.

Die BSD des DRK haben bereits ab 1986 keine nicht-virusinaktivierte Blutgerinnungspräparate mehr hergestellt.

Während der Entwicklungs- und Einführungsphase der Virusinaktivierungsverfahren wurden in Übereinstimmung mit den damaligen Vorschriften des BGA noch geringe Mengen von PPSB und Fibrinogen-Medikamenten abgegeben, die nicht virusinaktiviert waren. Für die Herstellung dieser Medikamente ist ausschließlich Plasma verwendet worden, bei dem jede einzelne Blutspende ausge-

wählter Spender auf HIV getestet war.

Die Mediziner des DRK waren und sind der festen Überzeugung, daß es während der Entwicklungs- und Einführungsphase der Virusinaktivierungsverfahren für die Empfänger dieser Präparate sicherer war, Medikamente aus getestetem Plasma inländischer Herkunft zu erhalten als Präparate aus Plasma zum Teil zweifelhafter Herkunft, die mit noch nicht hinreichend geprüften Virusinaktivierungsverfahren behandelt worden waren. Dies gilt für alle BSD im DRK. Damit auch für die von „Bild“ und „Spiegel“ zitierten BSD Niedersachsen, Bayern, Baden-Württemberg und Hessen.

DRK-Pressestelle Bonn

Neue vfdb-Richtlinie

Durch das Gentechnikgesetz und die damit verbundenen Vorschriften beim Umgang mit biologischen Arbeitsstoffen ergab sich auch für die Feuerwehren die Notwendigkeit, über Einsätze in Anlagen mit biologischen Arbeitsstoffen nachzudenken. Der Technisch-Wissenschaftliche Beirat der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb) hat daher in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) eine Richtlinie für den „Feuerwehreinsatz in Anlagen mit biologischen Arbeitsstoffen“ erarbeitet. Um den Aufwand für weitere Sonderausbildungen gering zu halten, wurde versucht, die Richtlinie weitgehend in Analogie zur Feuerwehrdienstvorschrift 9/1 zu gestalten.

Die Richtlinie ist zu beziehen bei der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes, Blumenstraße

34, 80331 München, Telefon (089) 2353-3106.

Nürnberg: Telefonkarte des Katastrophenschutz

Die Stadt Nürnberg – Katastrophenschutz – hat eine vierfarbige Telefonkarte mit dem Motiv der Nürnberger Burg und KatS-Fahrzeugen herausgebracht. Auf der Rückseite sind alle Embleme der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen zweifarbig aufgedruckt. Die Auflage beträgt 4000 Stück, der Chipwert ist 12.– DM.

Interessenten wenden sich an: Stadt Nürnberg – Katastrophenschutz –, Jakobsplatz 20, 90402 Nürnberg, Telefon (0911) 2315319, Fax (0911) 3174.

Gefahrstoffdaten- bank übergeben

Jeder fünfte Einsatz der Feuerwehren im Bereich Technische Hilfe hat mit Gefahrstoffen zu tun. Die schnelle Identifizierung der Chemikalien ist dabei außerordentlich wichtig. Oft sind jedoch die Fahrzeug- und Gebindekennzeichnungen unkenntlich. In den vorhandenen Nachschlagewerken ist eine Suche mit Bruchteilinformationen dann kaum möglich. In Nordrhein-Westfalen wird eine sekunden-schnelle Recherche jetzt mit dem Computer möglich, entweder mit dem Rechner der Leitstelle oder einem tragbaren Computer, Notebook oder Laptop genannt. Unter Leitung des Landes-Umweltministeriums wurde ein umfassendes Informations- und Kommunikationssystem für gefährliche und umweltrelevante Stoffe, IGS genannt, entwickelt. Rund

50 Ärzte, Physiker, Chemiker, EDV-Experten sowie Feuerwehrleute unter Leitung von Dr.-Ing. Hans-Dieter Nüßler, Chef der Feuerwehr Aachen,

wurden an der Entwicklung beteiligt. Zur Verwaltung, Weiterentwicklung und Aktualisierung sowie Verteilung der Datenbestände an die ein-

zelnen Nutzergruppen wurde 1992 das „Fachinformationszentrum für gefährliche und umweltrelevante Stoffe (FIZ)“ in Duisburg eingerichtet.

Sieben Mitarbeiter, darunter zwei Chemiker, zwei Chemie-Ingenieure und eine Biologin, pflegen die vier Bereiche des Systems:

1. IGS-Fire für die Feuerwehren
2. IGS-Check für die Gewerbeaufsicht im Bereich Arbeits- und Immissionschutz
3. IGS-Water für den Gewässerschutz der acht staatlichen Ämter für Wasser- und Abfallwirtschaft sowie des Landesamtes für Wasser und Abfall
4. Transec zur Kontrolle von Straßentransporten mit Gefahrgut durch die Autobahnpolizei.

Nordrhein-Westfalens Umweltminister Klaus Matthiesen und der für die Feuerwehr zuständige Innenminister Dr. Herbert Schnoor übergaben jetzt am Fachinformationszentrum in Duisburg symbolisch den ersten Satz mit zehn Disketten. Drei Programm- und sieben Datendisketten fassen komprimiert alle notwendigen Bestandteile von IGS-Fire. Insgesamt braucht man etwa 100 MB Speicherplatz, wenn alle Daten „entpackt“ sind. Vom FIZ werden Informationen über 14.000 gefährliche und umweltrelevante Stoffe vorgehalten. Rund 25 DIN-A-4-Seiten pro Stoff sind elektronisch erfaßt.

Hauptsächlich bei der Feuerwehr Aachen wurde IGS-Fire getestet. So konnte Innenminister Schnoor in Duisburg feststellen: „Dieses spezielle EDV-System für die Bekämpfung von Gefahrstoffunfällen ist einsatzreif. Es ist praxisnah entwickelt und im Einsatz getestet worden. Die Software des Systems kann von allen Feuerwehren unseres Landes kostenlos genutzt werden. In den 54 Leitstellen für Feuerschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz der Kreise und kreisfreien Städte soll der Zugriff auf diese Gefahrstoffdatenbank gewährleistet werden.“

Innenminister Schnoor äußerte sich auch kritisch zur Situation: „Nordrhein-Westfalen ist ein Industrieland mit hoher Bevölkerungsdichte und großem Durchgangsverkehr, auch auf dem Rhein. Bei der Gefahrstoffabwehr wird gerade bei den Freiwilligen Feuerwehren die Grenze des Zumutbaren oft überschritten. Wie lange können wir uns das noch leisten?“ Die rund 10 Millionen Mark für die Entwicklung der Datenbank und des Programms zahlt das Umweltministerium, dem auch das Fachinformationszentrum unterstellt ist.

Umweltminister Klaus Matthiesen ist stolz: „Wir haben zusammen mit der Schweiz Pionierarbeit geleistet. Das System gibt es sonst nirgendwo. Keine andere Datenbank ist so umfangreich.“

Topmoderne Anlage für die Feuerwehren

Nach einem einstimmigen Beschluß des Kreistages wurde in einer etrem kurzen Bauzeit – vom Oktober 1993 bis Februar 1994 – und mit einem Kostenaufwand von insgesamt 290.000 DM die Atemschutzwerkstatt und die Atemschutzübungsanlage des Kreises Mühlhausen als erste und bisher einzige Anlage in Thüringen nach dem neuesten Stand der Technik erstellt.

Am 18. Februar 1994 wurde auf dem Gelände des feuerwehrtechnischen Zentrums in Mühlhausen die Anlage feierlich eröffnet. Peter Renner, Kreisbrandinspektor, hieß die geladenen Gäste willkommen. Hilfreich Reinhold als Landrat hob in seiner Laudatio besonders hervor, daß Leben und Sicherheit der Einsatzkräfte nicht aufrechenbar seien und deshalb im Interesse der Sicherheit rasch gehandelt wurde und dieses nun vollendete Bauvorhaben der richtige Weg gewesen sei. Zusammen mit der Rettungsleitstelle wurde so ein Zentrum für die Sicherheit der Bevölkerung geschaffen.

Eduard Stanowski †

Am 4. März 1994 verstarb plötzlich und unerwartet der Leiter der Katastrophenschutzschule des Landes Niedersachsen, Eduard Stanowski. Ltd. Ministerialrat Manfred Gallwitz, Niedersächsisches Innenministerium, würdigt die Persönlichkeit und das berufliche Wirken des Verstorbenen:

Wir hatten alle Mühe, den tragischen Gehalt dieser Nachricht an einem Wochenende in vollem Umfang zu erfassen: Der langjährige Leiter der Katastrophenschutzschule des Landes Niedersachsen, Eduard Stanowski, war tot. Dabei hatten wir ihn alle in seiner vollen Vitalität und Schaffenskraft vor Augen. Seine Erkrankung hatte uns wie ein düsterer, aber überwindbarer Schatten erscheinen wollen. Nun war er ihm auf der Höhe seines beruflichen Wirkens und im Alter von 55 Jahren erlegen. Hatte es ihm erspart bleiben sollen, das Ende dessen mitzerleben, was er als sein Lebenswerk empfand?

Es war immer und überall schwierig und eine besondere Herausforderung, eine Katastrophenschutzschule zu leiten. Ging es doch nicht nur darum, jungen Multiplikatoren die geistigen und handwerklichen Fähigkeiten zum Meistern besonderer Gefahrenlagen zu vermitteln. Als noch wichtiger und noch schwieriger mußte erscheinen, einem als sektoral und oft auch abseitig eingeschätzten Lebensausschnitt zu Akzeptanz und natürlicher Einbeziehung in die Wechselfälle des Lebens



zu verhelfen. Wem dies in Führungsposition und überzeugend gelang, der war ein Meister seines Faches. Eduard Stanowski war es. Er hat seine Schule, seit dem Umbau 1991 eine der modernsten KatS-Schulungseinrichtungen in Deutschland, an die Spitze der Leistungsfähigkeit geführt. Dabei mag ihn zuletzt mit anderen die Vorstellung besonders motiviert haben, eine Schule diesen Standards und dieser Reputation könne nicht so einfach aufgelöst werden.

Die Notwendigkeit, diese diffuse Materie „Katastrophenschutz“ zu Lehrzwecken immer wieder analytisch zu durchdringen, ließ Eduard Stanowski zu einem Fachmann heranreifen, dessen Rat in allen einschlägigen Gremien in Niedersachsen und weit darüber hinaus gefragt war. Er erteilte ihn in wohlthuend dosierter Selbstsicherheit. Seine zupackende Menschlichkeit ließ ihn zum geschätzten, bei näherer Berührung liebenswerten Partner werden. Mit Eduard Stanowski hat die Katastrophenschutz-Szene einen Wegweiser verloren. Aber dies ist gewiß nur ein Grund, warum ihm alle, die ihn kannten, ein gutes Andenken bewahren werden.



Landrat Reinhold nimmt an der Steuerzentrale der neuen Anlage Platz.

Übungsanlage und Atemschutzwerkstatt stehen den über 700 Atemschutzgeräteträgern aus 48 Feuerwehren, darunter die Berufsfeuerwehren Eisenach, Gotha und Nordhausen, zur Verfügung. Selbstverständlich können auch die Feuerwehren aus dem gesamten Land Thüringen die neue Anlage nutzen. Im gesamten Landkreis Mühlhausen existieren z.Zt. 251 Atemschutzgeräte, die zweimal jährlich gewartet und geprüft werden. Die Atemschutzgeräteträger müssen ebenfalls regelmäßig durch den „Check“, um ihre Befähigung aufrechtzuerhalten.

Im Rahmen der Eröffnung konnte Kreisbrandinspektor Renner auch den Leiter der BVS-Außenstelle in Halle, Gerwin Görnemann, begrüßen. Er, so Renner, erhoffe sich eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen der Feuerwehr und der in Thüringen noch jungen Einrichtung BVS. Görnemann bedankte sich für die Einladung und die herzlichen Worte und bekräftigte die Hoffnung auf eine gute Zusammenarbeit.

Strukturveränderungen beim THW notwendig

Die Bundesregierung hat die Frage des Abgeordneten Simon Wittmann (CSU) vom 17. März 1994

Trifft es zu, daß nach den vorliegenden Haushaltspla-

nungen des Bundes das Technische Hilfswerk mit Mittelkürzungen von mehr als 20 Prozent rechnen muß, und welche Auswirkungen hat dies auf die flächendeckende Organisation, die Anzahl der hauptamtlichen Beschäftigten und der ehrenamtlichen Helfer und die Funktionsfähigkeit des THW?

wie folgt beantwortet:

Bund und Länder sind sich darin einig, daß der Zivilschutz unter Berücksichtigung der in den vergangenen Jahren wesentlich veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und auch im Hinblick auf die notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geändert werden muß. Strukturveränderungen und eine Straffung der Organisation sind auch beim THW erforderlich.

Für die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk sind im Bundeshaushalt 1994 173,6 Mio DM bei Kapitel 3619 veranschlagt. Hiervon sind 12,4 Mio DM gesperrt. Damit stehen in diesem Jahr zunächst rund 161 Mio DM für das THW zur Verfügung. Die Finanzplanung für 1997 sieht bei Kapitel 3619 einen Ansatz von 156 Mio DM vor.

Nach dem Ergebnis der kürzlich mit den Innenministern und Senatoren der Länder geführten Abstimmungsgespräche zu dem vom BMI inzwischen erarbeiteten Entwurf eines neuen Zivilschutzkonzeptes hält der Bund auch künftig die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk für den Bereich der Bergung vor. Das gesamte Potential des THW steht den Ländern darüber hinaus zur Verstärkung ihres Katastrophenschutzpotentials zur Verfügung. Für die KatS-Aufgabe der Instandsetzung werden besondere Züge nicht mehr vorgehalten. Eine zusätzliche Komponente soll für Auslandseinsätze vorgehalten werden. Damit erhält das THW künftig klar umrissene Aufgabefelder, auf die Ausrüstung und Ausbildung hin konzentriert werden können. Das ehrenamtliche Element

soll auch in Zukunft die Basis des THW bleiben.

Die endgültigen Entscheidungen, die wesentlich von den für das THW in Zukunft zur Verfügung stehenden Mitteln abhängen, werden in enger Abstimmung mit dem THW nach sachlichen Kriterien getroffen. Insgesamt soll das THW weiterhin in der Fläche vertreten sein. Seine bundesweite Leistungsfähigkeit soll erhalten bleiben. Die Verzahnung mit dem von den Ländern vorgehaltenen Potential für den Katastrophenschutz soll weiter verbessert werden.

Vom Zettelkasten zum high-tech-Einsatz

Als „eine der modernsten Rettungsleitstellen Europas“ bezeichnete Innenminister Dr. Günther Beckstein die Rettungsleitstelle Schweinfurt anlässlich der Übergabe des dort neu installierten Einsatzleitersystems. Mit der Entwicklung dieses neuen computergestützten Systems leistet der Freistaat nach Becksteins Worten im beispielhaften Zusammenwirken mit Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz eine echte Pionierarbeit auf dem Gebiet der Notfallrettung. Die neuen bayerischen Rettungsleitstellen, neben Schweinfurt wurde auch Aschaffenburg als Pilotprojekt ausgewählt, vollziehen damit als erste den gewaltigen Innovationssprung vom bisherigen „Zettelkastenprinzip“ zu einem hochmodernen rechnergestützten System. Dieses läuft auf zwei Bildschirmen je Arbeitsplatz mit einer speziell auf die Einsatzerfordernisse ausgerichteten Software.

Die für die Einsatzentscheidung notwendigen Informationen können damit noch rascher und effizienter in der zentralen Schaltstelle des Rettungsdienstes gebündelt und umgesetzt werden als bisher. Weiter bietet das System umfangreiche Dokumentations- und Auswertungsmöglichkeiten, die eine laufende Effizienzkontrolle für das Gesamtsystem

Rettungsdienst erlauben. Gerade dies ist, so der Minister, eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß der hohe Leistungsstandard des öffentlichen, flächendeckenden Rettungsdienstes in Bayern weiter ausgebaut werden kann.

In die Erneuerung sämtlicher bayerischer Rettungsleitstellen wird der Freistaat bis Ende 1996 zirka 20 Millionen Mark investieren. Beckstein äußerte sich überzeugt, daß dieses Geld zum Wohle aller Bürger, die bei einem medizinischen Notfall zu Recht auf eine rasche Hilfe seitens des Rettungsdienstes vertrauen, gut angelegt ist. Die Disponenten in den Leitstellen werden von zeitraubenden Routineaufgaben entlastet. So können sie sich voll auf ihre wesentlichen Aufgaben, nämlich der exakten Abfrage des Notrufs und der darauf folgenden richtigen Einsatzentscheidung konzentrieren.

Gerade in einem Flächenstaat wie Bayern sind erhebliche finanzielle und personelle Anstrengungen zur Aufrechterhaltung und Verbesserung des leistungsfähigen Rettungsnetzes erforderlich. Deshalb, so der Minister, trat Bayern entschieden für das neue Berufsbild „Rettungsassistent“ ein. Auf die damit verbundene personelle Umstrukturierung sowie die daraus folgenden finanziellen Auswirkungen auf die Betriebskosten der Rettungsdienste hat die Staatsregierung mit der Festsetzung eines durchschnittlichen Steigerungssatzes um 16,8 Prozent reagiert. In diesem Zusammenhang appellierte der Minister erneut an alle Mitglieder des Bayerischen Roten Kreuzes, in ihrem ehrenamtlichen Engagement nicht zu erlahmen und weiterhin das Gemeinwesen durch solidarisches Handeln bei der Erfüllung sozialer und existenzieller Aufgaben zu unterstützen.

Wehrlos gegen Wundstarrkrampf?

Daß Menschen aller Altersgruppen gegen Wundstarr-

krampf nicht ausreichend geimpft sind, bemängelt die „Naturwissenschaftliche Rundschau“ (11/93). Zu Beginn des Rentenalters hätten sogar zwei Drittel von ihnen keinen angeimpften Schutz gegen diese über Verletzungen überall drohende Gefahr, die auch heute noch in 30 Prozent aller Fälle tödliche Folgen habe. Dabei würde bereits eine alle zehn Jahre fällige „Auffrischung“ früherer Impfungen für einen zuverlässigen Schutz gegen den Erreger Clostridium tetani ausreichen, der im Schmutz weltweit verbreitet ist. (df)

UN schätzen Weltbevölkerung auf 5,5 Milliarden

Auf 5,5 Milliarden schätzen die Vereinten Nationen (UN) die Zahl der derzeitigen Weltbevölkerung. Bei einer jährlichen Wachstumsziffer von 1,7 Prozent hat sie sich von 1950 bis 1992 von 2,5 Milliarden auf 5,5 Milliarden mehr als verdoppelt. 1950/55 betrug das jährliche Wachstum der Weltbevölkerung 47 Millionen Personen, von 1985 bis 1990 vermehrte sie sich um insgesamt 441 Millionen Menschen oder 88 Millionen pro Jahr. Zum Ende dieses Jahrhunderts erwarten die UN einen Anstieg der Weltbevölkerung auf 6,2 Milliarden, und im Jahre 2025 würden es nach ihren Schätzungen 8,5 Milliarden sein, wie die „BiB-Mitteilungen“ (2/93) des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden, berichten. (df)

Rettende „Knochenspritze“

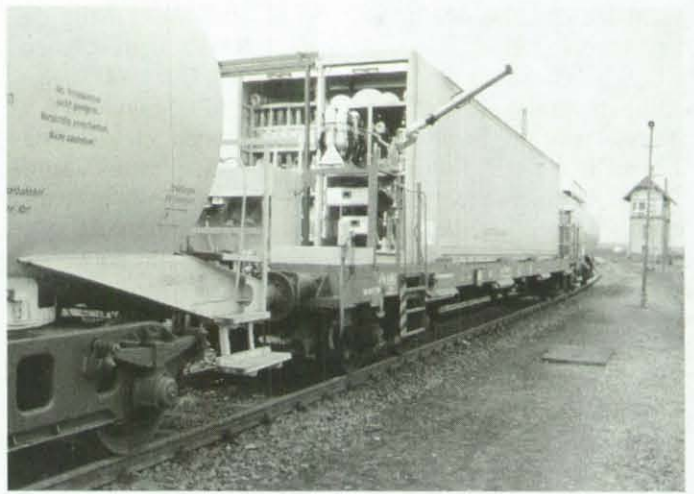
Im Rettungsdienst arbeiten die Ärzte zeigen zunehmendes Interesse an einem Verfahren, das derzeit an der Klinik für Kinderheilkunde der Medizinischen Universität zu Lübeck in seiner Wirkung sorgfältig ausgelotet wird. Es handelt sich dabei um die Öffnung eines sogenannten intraossären

Zugangs für Medikamente, Bluttransfusionen oder sonstige Infusionen: um eine „Spritze“ in das Knochenmark beispielsweise eines Unterschenkels. Diese ärztliche Vorgehensweise bietet sich vor allem bei Kindern in Notfallsituationen an, da das herkömmliche Anlegen einer Infusion vor allem bei Säuglingen und Kleinkindern deshalb scheitert, weil in vier von fünf Fällen keine Vene aufgefunden werden kann. Das Knochenmark wiederum ist so gut durchblutet, daß es Medikamente und Fusionsprobleme problemlos aufnehmen und an den Körper weitergeben kann. Die Notärzte interessieren sich für das Verfahren auch deshalb, weil sie so nicht nur Kindern, sondern zum Beispiel auch schwerverletzten oder Menschen mit extremen Flüssigkeitsverlusten besser helfen könnten. (df)

Neuer Schienenlöschzug für die Bahn

Die Deutsche Bahn AG verfügt seit kurzem über einen neuen schienengebundenen Löschzug. Konzipiert wurde der Löschzug für den fünf Kilometer langen Rangierbahnhof in Seelze bei Hannover. Bei Bedarf soll er aber im gesamten Regionalbereich zum Einsatz kommen. Der Löschzug wird eingesetzt zur Brandbekämpfung sowie zur Schadensbekämpfung bei Mineralöl- und Chemieunfällen und besteht aus einem vierachsigen Löschmittel- und Gerätewagen sowie zwei Großraumkesselwagen mit je 48 000 Liter Löschwasser.

Auf der einen Plattform des Löschmittelwagens steht eine Tragkraftspritze TS 8/8, hier ist auch der Zugang zu den Lösch- und Atemschutzgeräten. Auf der anderen Plattform ist der Zugang zum Mannschaftsraum mit Wasser- und Schaummittelbehälter sowie Sondereinrichtungen. Auf beiden Plattformen befinden sich Vorrichtungen für schwenkbare Wasser- oder Schaumwerfer.



Der neue Löschzug mit den beiden Kesselwagen und dem Löschmittelwagen. (Foto: Köhler)

Der gut isolierte Wagen ist mit einer Heizung ausgestattet, an beiden Enden sind Anschlüsse für elektrische Energie. Die Gesamtlänge des Löschzuges beträgt ohne Triebwagen rund 45 Meter. Der Löschzug wird vom 3. bis 8. Juni 1994 auf der INTERSCHUTZ in Hannover zu sehen sein.

Rettungsnetz noch dichter geknüpft

„Mit der offiziellen Indienststellung des Rettungshubschraubers ‚Christoph 60‘ in Suhl – nach Nordhausen und Erfurt – verfügt Thüringen nunmehr über einen dritten Standort dieser Art. Das Rettungsnetz ist somit noch dichter geknüpft.“

Mit diesen Worten übergab Innenstaatssekretär Dr. Michael Lippert den neuen Rettungshubschrauber-Standort im Klinikum Suhl an die Deutsche Rettungsflugwacht e.V. Dieser „große Schritt im Ausbau der Luftrettung des Freistaates“, so Lippert, habe in einer verkehrsmäßig kritischen Region wie der des Thüringer Waldes besondere Bedeutung sowohl für die hier lebenden Menschen, als auch für jene, die hier Urlaub oder Freizeit verbringen.

„Christoph 60“, eine Maschine vom Typ „BO 105 CBS“, erfüllt mit ihren zwei Motoren, relativ geringer Größe und kleinem Rotordurchmesser alle Bedingun-

gen für den sicheren Einsatz in bergigen Regionen. „Klein, schnell und wendig – bietet ‚Christoph 60‘ dem Notarzt dennoch optimalen Zugang zum Patienten“, erläuterte der Staatssekretär. Zudem ermögliche die Maschine eine schnelle Hilfe besonders in den Fällen, in denen der bodengebundene Rettungsdienst in der kalten Jahreszeit aufgrund der Straßenverhältnisse diese Aufgabe nur mit erheblich höherem Zeitaufwand lösen kann.

Für die Inbetriebnahme dieses Standortes, so erklärte Dr. Lippert weiter, habe der Freistaat Thüringen den völlig neuen Weg der öffentlichen Ausschreibung beschritten. Ziel dieser Ausschreibung sei es gewesen, einen verlässlichen Partner zu finden. „Ich bin mir sicher, daß wir dieses Ziel erreicht haben, indem wir nach sehr gewissenhafter Prüfung der Deutschen Rettungsflug-

Helfen



für eine gute Sache!

Als Gönner im Freundeskreis der Rettungsdienst Stiftung Björn Steiger e.V. verbessern Sie die Notfallhilfe. Machen Sie mit! Die jährliche Beitragshöhe bestimmen Sie selbst. Postscheckkonto Stuttgart 12 22-708. Stichwort »Freundeskreis«.

wacht den Zuschlag erteilt haben“, betonte Lippert.

Das Einsatzgebiet des Rettungshubschraubers, so der Staatssekretär, beschränke sich nicht nur auf Thüringer Gebiet. Zu einem nicht unerheblichen Teil werde sein Betätigungsfeld auch in den bayerischen Nachbarlandkreisen Coburg, Lichtenfels und Kronach liegen. Dies verdeutliche, so Lippert abschließend, daß die beiden Innenministerien „nicht erst eine länderübergreifende Zusammenarbeit erlernen müssen – sie ist bereits seit über drei Jahren gute Tradition“. Diese Dienstleistung über die Landesgrenze hinweg sei auch Ausdruck des Dankes für die Hilfe Bayerns beim Aufbau Thüringens.

Thüringen: 56 Millionen Mark für den Brand- schutz

Thüringen unterstützt seine Kommunen mit 56 Millionen Mark. Damit, so teilte kürzlich Innenstaatssekretär Dr. Michael Lippert mit, konnten 152 Feuerwehrfahrzeuge sowie 51 Feuerwehrgerätehäuser in Dienst gestellt werden. Auch die Verbesserung der Funk- und Fernmeldetechnik für Feuerwehren und Katastrophenschutz ließ sich das Land im vergangenen Jahr rund viereinhalb Millionen Mark kosten.

„Für die 56 930 Feuerwehrfrauen und -männer in den 2149 Freiwilligen und Berufsfeuerwehren des Freistaates“, so Lippert weiter, „bedeutet dies eine spürbare Verbesserung ihrer Einsatzbedingungen. Zugleich haben wir damit in Thüringen einen weiteren Schritt zur Überwindung des Niveauunterschiedes bei den Brandschutzausrüstungen in den alten und neuen Bundesländern vollzogen.“

Bilanz der Naturkatastrophen

Vor allem aufgrund zahlreicher großer Überschwemmun-

gen in aller Welt zählte das Jahr 1993 zu den schadensträchtigen seit 1960. Insgesamt rund 23 Milliarden US-Dollar kosteten allein die sieben großen Naturkatastrophen, die in den betroffenen Gebieten überregionale oder internationale Hilfe notwendig machten. Der Anteil der versicherten Schäden hieran war

mit knapp sechs Milliarden US-Dollar allerdings deutlich geringer als in den Vorjahren, weil relativ viele beschädigte oder zerstörte Objekte nicht versichert waren und speziell das Überschwemmungsrisiko auf vielen Märkten kaum versichert wird.

Die Münchener Rückversicherungsgesellschaft hält

Termine

3. bis 8. Juni 1994: Interschutz - Der Rote Hahn
Hannover
Info: Deutsche Messe- und Ausstellungs-AG, Messengelände, 30521 Hannover

10. und 11. Juni 1994: 6. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenmedizin e.V.
Bad Hersfeld
Info: Dr. J. W. Weidinger, Denninger Straße 36, 81679 München

20. Juni bis 1. Juli 1994: Prüfungslehrgang Feuerwehraucher Stufe I
Kelheim
Info: Hubertus Bartmann, Mitterfeldstraße 16 a, 93309 Kelheim

11. bis 15. Juli 1994: Fortbildungswoche für Notfallseelsorger/innen
Jettingen
Info: Pfarrer H. v. Wietersheim, Wolliner Straße 32, 90451 Nürnberg

5. bis 7. September 1994: „Wenn der Tod plötzlich kommt“ - Seminar für Feuerwehr und Rettungsdienst
Bad Boll
Info: Pfarrer Müller-Lange, Akazienstraße 22, 53859 Niederkassel

17. September 1994: Eröffnung der Oberbayerischen Brandschutzwoche
Planegg
Info: Freiwillige Feuerwehr Planegg, Pasinger Straße 24 a, 82152 Planegg

20. bis 23. September 1994: Internationale Sicherheits-, Feuer- und Brandschutz-Messe „Kips 94“
Almaty (Kasachstan)
Info: Gima GmbH, Hofweg 62, 22085 Hamburg

11. bis 14. Oktober 1994: Sicherheitsmesse „Security“
Essen
Info: Messe Essen GmbH, Messehaus Ost, 45131 Essen

4. bis 6. November 1994: Psychische Belastungen im Rettungsdienst - Seminar für Feuerwehr und Rettungsdienst
Enkenbach (Pfalz)
Info: Pfarrer Müller-Lange, Akazienstraße 22, 53859 Niederkassel

22. bis 25. März 1995: Internationale Sicherheits-, Feuer- und Brandschutz-Messe „Mips 95“
Moskau
Info: Gima GmbH, Hofweg 62, 22085 Hamburg

25. bis 28. Mai 1995: XI. Internationale Feuerwehr-Sternfahrt
Meppen (Emsland)
Info: Freiwillige Feuerwehr Meppen, An der Feuerwache 1, 49716 Meppen

Seminare und Lehrgänge von Instituten und Firmen

Technische Akademie Esslingen, Postfach 1265, 73748 Ostfildern:
6. und 7. Juni 1994: Brandschadenverhütung.

Verband der Sachversicherer e.V., Pasteurstraße 17, 50735 Köln:
20. bis 24. Juni, 27. Juni bis 1. Juli, 12. bis 16. September, 10. bis 14. Oktober, 7. bis 11. und 21. bis 25. November, 5. bis 9. und 12. bis 16. Dezember 1994: Lehrgang Brandschutzbeauftragte.

Gloria-Werke, Postfach 1160, 59321 Wadersloh:
7. bis 9. September, 12. bis 14. Oktober 1994: Brandschutz-Seminare.

Technische Akademie Wuppertal e.V., Postfach 100409, 42097 Wuppertal:
15. Juni 1994: Brandschutz in Gemeinden.
16. und 17. Juni 1994: Neuzeitliche Brandschutzkonzepte.

Minimax-Schulungszentrum, Minimaxstraße 1, 72562 Bad Urach:
Seminarreihe „Brandschutz“
30. August bis 2. September 1994: Betrieblicher Brandschutz.
21. bis 24. Juni, 13. bis 16. September 1994: Brandschutz-Praxis.
11. bis 14. Oktober 1994: Brandschutz-Technik.
8. bis 11. November 1994: Baulicher Brandschutz.
18. bis 21. Oktober 1994: Brandschutz-Organisation.
22. bis 25. November, 6. bis 9. Dezember 1994: Brandschutz aktuell.

den Aufwärtstrend der Naturkatastrophenschäden für ungebrochen. Das Jahr 1994 begann mit dem Erdbeben in Los Angeles, schweren Winterstürmen in Europa und heftigem Frost in den USA; hohe volkswirtschaftliche, allerdings erneut nur begrenzt versicherte Schäden waren die Folge.

Verband für Sicherheit in der Wirtschaft Baden-Württemberg, Seelbergstraße 16, 70372 Stuttgart:
7. und 8. Juni 1994: Brandschutz in Unternehmen.

ecomед Kongreß- und Veranstaltungsservice, Rudolf-Diesel-Straße 3, 86899 Landsberg:
20. und 21. Juni 1994: Gefahrstoff-Datenbanken.
2. bis 5. November 1994: 10. Münchner Gefahrstoff-Tage.

Institut für Rettungswesen, Brand- und Explosionsschutz, Schönscheidtstraße 28, 45307 Essen:
15. bis 18. August, 10. bis 13. Oktober, 5. bis 8. Dezember 1994: Sachkundiger in Atemschutz, Grund- und Wiederholungslehrgang.
26. bis 30. September 1994: Atemschutzgerätewart, Grund- und Wiederholungslehrgang.
29. bis 31. August, 24. bis 26. Oktober, 28. bis 30. November 1994: Atemschutzgerätewart.
21. bis 22. September 1994: Chemikalienschutzanzug-Gerätewart.
9. bis 10. Juni, 24. bis 25. August, 1. bis 2. September, 19. bis 20. September, 17. bis 18. November, 1. bis 2. Dezember 1994: Chemikalienschutzanzug-Träger.

Drägerwerk AG, Sicherheitstechnik, Moislinger Allee 53/55, 23542 Lübeck:
Seminare Gasmeßtechnik bei Feuerwehreinsätzen, Termine/Orte 1994: 28. Juni in Lübeck, 22. September in Krefeld, 11. Oktober in Stuttgart, 2. November in Wiesbaden, 9. November in Nürnberg, 6. Dezember in Lübeck.
Seminare Chemische Gasmeßtechnik: Dräger-Röhrchen, Termine/Orte 1994: 14. Juni in Wiesbaden, 5. Juli in München, 21. September in Krefeld, 29. September in Lübeck, 3. November in Wiesbaden, 15. November in Lübeck, 24. November in Stuttgart, 1. Dezember in Leipzig.

„Der Bund darf sich nicht aus seiner Finanzverantwortung zurückziehen“

Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Rudi Geil zum Zivil- und Katastrophenschutz

Bevölkerungsschutz: Seit Februar 1993 sind Sie Innenminister in der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern. Was waren die Schwerpunkte Ihrer bisherigen Arbeit?

Geil: Die Aufgabenschwerpunkte sind letztlich vorgegeben durch das Innenressort, das hier in Mecklenburg-Vorpommern drei Schwerpunkte hat. Erstens die Fragen der inneren Sicherheit, also Polizeianglegenheiten und den Verfassungsschutz, zweitens die Zuständigkeit und die Aufsicht über die Kommunen, also der typische Teil eines Innenministers, der gleichzeitig auch Kommunalminister ist und drittens, das ist nicht in allen Bundesländern so, ist der Innenminister unseres Landes gleichzeitig auch Bauminister, d.h. er ist zuständig sowohl für das gesamte Baurecht, wie auch für alles, was mit Bauförderung zusammenhängt, d.h. schwerpunktmäßig Wohnungsbauförderung.

Bevölkerungsschutz: Also brauchten Sie sich über Arbeit nicht zu beklagen, als Sie nach Schwerin kamen?

Geil: Im allgemeinen nicht.

Bevölkerungsschutz: Wenn der Wähler es denn so will, werden Sie im Herbst dieses Jahres erstmals in den Landtag einziehen. Werden Sie für den Landtag kandidieren?

Geil: Ja, ich kandidiere. Ich bin von meiner Partei, der CDU, sowohl als Direktkandidat wie auch auf der Landesliste aufgestellt. Ich kandidiere also erstmals für den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, nach-

dem ich in früheren Jahren 22 Jahre dem Landtag von Rheinland-Pfalz angehört habe. Aber hier ist es ein Neubeginn für mich.

Bevölkerungsschutz: Und wenn der Wähler es will und es wieder zu einer Koalition oder zu einer CDU-Regierung kommt, werden wir Sie dann als Innenminister wiedersehen?

Geil: Das muß man abwarten. Das muß die neue CDU-Landtagsfraktion in Abstimmung mit dem Ministerpräsidenten entscheiden. Aber ich bin guten Mutes.

Bevölkerungsschutz: Sie kamen nicht als heuriger Hase nach Meck-

lenburg-Vorpommern. Sie hatten Regierungsarbeit in Rheinland-Pfalz erfahren. Gibt es Unterschiede zwischen der Regierungsarbeit in den Altländern und hier in den Neuländern?

Geil: Ja, die gibt es. Die gibt es einmal aufgrund der doch sehr unterschiedlichen Aufgaben. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir uns in den neuen Bundesländern, und das gilt für alle, nach wie vor im Aufbau befinden. D.h. wir müssen den inneren Aufbau, beispielsweise die Landesverwaltung natürlich noch arrondieren und immer wieder neu diskutieren. Aber was viel wichtiger ist: Wir befinden uns nach wie vor in einem



Rudi Geil (CDU) ist seit Februar 1993 Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Von 1987 bis 1991 war er Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz und von 1985 bis 1987 Minister für Wirtschaft und Verkehr in Rhein-

land-Pfalz. Von 1976 bis 1981 führte er die CDU-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz und war von 1981 bis 1985 Minister für Soziales, Gesundheit und Umwelt. Der am 25. April 1937 in Lahnstein geborene Politiker ist verheiratet und hat zwei Kinder. Nach seinem Examen als Dipl.-Handelslehrer (1961) war er als Lehrer an berufsbildenden Schulen in Lahnstein und Koblenz tätig. Der christdemokratische Politiker setzt sich insbesondere für das ehrenamtliche Engagement in Gesellschaft und Staat ein. Seine Überlegungen zur Modernisierung des Katastrophen- und Zivilschutzes sind von Pragmatik und Realismus geprägt. Er setzt sich unter Berücksichtigung der finanzpolitischen Gegebenheiten für eine behutsame Weiterentwicklung des Zivilschutzes ein.

Umstrukturierungsprozeß unserer gesamten Wirtschaft und auch Gesellschaft. Das sind natürlich andere Aufgaben als sie sich mir in einem der Altbundesländer gestellt haben. Dort konnte man in allen Bereichen auf gewachsene Strukturen zurückgreifen in gesellschaftlicher, in wirtschaftlicher und natürlich auch in verwaltungsmäßiger Hinsicht. All das muß hier in den neuen Bundesländern noch zu einem Großteil geleistet werden. Ein Beispiel: Mit dem Tag unserer Kommunalwahl am 12. Juni können wir unsere kommunale Gebietsreform abschließen. Wir haben die notwendigen Gesetze geschaffen, d.h., der Landtag hat sie beschlossen, und sie werden mit dem Tag der Kommunalwahl umgesetzt. Eine vernünftige auf Zukunft gerichtete Gebietsstruktur im kommunalen Bereich liegt dann praktisch erst ab dem 12. Juni dieses Jahres vor.

Bevölkerungsschutz: Bei so vielen, elementaren Aufgaben, wie Sie sie gerade genannt haben, verwundert es, daß Sie noch Zeit dazu haben, eine Veranstaltung wie „Katastrophenschutz ist Bürgerschutz“ zu organisieren, vorzubereiten, durchzuführen und zu dokumentieren. Wie ist der organisatorische und personelle Aufbau des Katastrophenschutzes in Mecklenburg-Vorpommern?

Geil: Sie weisen auf eine Konferenz hin, die Ende letzten Jahres stattfand. Wir hatten sie als die zweite Sicherheitskonferenz unseres Landes deklariert und sie ganz bewußt dem Schwerpunkt Katastrophenschutz gewidmet. Ich bin sehr dankbar, daß alle Organisationen und auch die Kommunen sich an dieser Konferenz beteiligt haben.

Grundlage für den Aufbau und die Erfüllung von Aufgaben im Katastrophenschutz bildet das am 23. Oktober 1992 verabschiedete Gesetz über den Katastrophenschutz in Mecklenburg-Vorpommern. Mit diesem Gesetz und dem im November 1992 beschlossenen Brandschutzgesetz sowie dem Rettungsdienstgesetz vom 01. Juli 1993 werden Behörden, Verwaltungen, Feuerwehren und andere Hilfsorganisationen rechtlich in die Lage versetzt, die notwendigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Gefahrenabwehr zu schaffen. Mit En-



„Unser Bestreben ist es, unseren Katastrophenschutz zu der Leistungsfähigkeit zu entwickeln, die notwendig ist, um auf Gefahrensituationen und Schadenslagen angemessen reagieren zu können.“

gagement und nicht geringem Mitteleinsatz wird in unserem Lande die Infrastruktur verbessert und aufgebaut. Unser Bestreben ist es, unseren Katastrophenschutz zu der Leistungsfähigkeit zu entwickeln, die notwendig ist, auf Gefahrensituationen und Schadenslagen angemessen reagieren zu können. Dazu braucht man Geld, Zeit und Menschen, die bereit sind, freiwillig und engagiert an dieser Aufgabe mitzuwirken. Wir sind ein ganzes Stück vorangekommen, haben aber noch viel zu tun. Wir haben im Augenblick 26 Löschzüge für den Bereich Retten und 13 Löschzüge Wasser in der Trägerschaft der Freiwilligen Feuerwehr. DRK, ASB, JUH und MHD stellen gemeinsam 13 Sanitätszüge und 13 Betreuungszüge. Das THW hat 11 Bergungszüge und 13 Instandsetzungszüge aufgestellt.

Bevölkerungsschutz: Gibt es bei dieser Menge an Aufbauarbeit auch im Katastrophenschutz Probleme bei der Gewinnung von ehrenamtlichen Helfern?

Geil: Ja, das ist das eigentliche Problem. Ich glaube, wir sind gemeinsam der Auffassung, daß es ohne das ehrenamtliche Engagement im Katastrophenschutz nicht gehen kann. Aber wir haben Schwierigkeiten bei der Gewinnung von Helfern. Das hängt mit der Umstrukturierung zusammen. Ich möchte daran erinnern, daß es natürlich zu DDR-Zeiten auch einen Katastrophenschutz gab. Nur war er ausschließlich staatlich organisiert und staatlich verwaltet. Mit dem

Tag der Wiedervereinigung mußte dies umgestellt werden auf freiwillige Organisationen und damit auch auf freiwillige Helfer.

Bevölkerungsschutz: Gibt es einen Zusammenhang zwischen Arbeitsplatzmangel und ehrenamtlichem Engagement im Katastrophenschutz?

Geil: Ein Großteil unserer ehrenamtlich Tätigen hat bedauerlicherweise keinen Arbeitsplatz am Wohnort gefunden, wenn er überhaupt einen gefunden hat. Häufig müssen die Bürger, z.B. im Westen unseres Landes, sehr weit fahren, sehr häufig nach Niedersachsen, Hamburg oder Schleswig-Holstein. Das heißt, sie sind über Tag nicht zu Hause. Sie sind auch häufiger in Abendstunden oder am Wochenende nicht zu Hause, wenn die notwendigen Ausbildungs- und Trainingsstunden angesetzt sind. Daraus ergeben sich Schwierigkeiten. Ich sage auch ganz klar, daß es natürlich ein Problem ist, jemandem, der arbeitslos ist, klarzumachen, er solle sich trotzdem ehrenamtlich für die Gemeinschaft engagieren. Deswegen sind auch viele aufgrund der zu hohen Arbeitslosigkeit, sowohl hier bei uns als auch in den anderen neuen Bundesländern, nicht mehr bereit, sich zu engagieren. Deswegen setze ich darauf, daß wir in erster Linie Jugendliche gewinnen. Wir haben finanzielle Unterstützungen seitens des Landes an die örtlichen Vereinigungen gegeben. Ich glaube, daß wir den fehlenden Helferbestand nur über den Zugang zu Jugendlichen tatsächlich ergänzen können.

Bevölkerungsschutz: Sie haben das Problem der Helfergewinnung angesprochen. Können Sie denn eigentlich noch auf Ressourcen der Ex-DDR-Zivilverteidigung zurückgreifen?

Geil: Nein, das ist nicht mehr möglich. Die vorhandenen Strukturen wurden im Zuge der Wiedervereinigung weitgehend aufgelöst und die materiellen Mittel ausgesondert und vernichtet. Die für den Katastrophenschutz vorgehaltene Technik und Ausrüstung wird aber in der täglichen Gefahrenabwehr weiter benutzt. So arbeiten wir z.B. im Bereich der Feuerwehren vorwiegend noch mit Tech-



„Ich glaube, daß wir den fehlenden Helferbestand nur über den Zugang zu Jugendlichen tatsächlich ergänzen können.“

nik und Fahrzeugen aus DDR-Produktion. Verschweigen darf man sicherlich nicht, daß insbesondere die Technik in Fragen der Instandsetzung und Wartung zunehmend Probleme bereitet. Wir waren bisher nicht in der Lage, die gesamte Technik zu erneuern, aber ich bin guter Hoffnung, daß das Parlament auch hierfür die notwendigen Mittel im angemessenen zeitlichen Rahmen bewilligen wird. Zu einem Großteil aber können und wollen wir nicht bewußt auf die ehemaligen Strukturen zurückgreifen.

Bevölkerungsschutz: Sie sind als Landesinnenminister nicht nur für den Katastrophenschutz, sondern auch für den Zivilschutz zuständig. Ist eigentlich nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des Ostblocks Zivilschutz nach Ihrer Meinung noch notwendig?

Geil: Das ist eine Diskussion, die im Augenblick zwischen dem Bundesinnenminister und den Landesinnenministern sehr intensiv geführt wird. Ich beteilige mich auch an dieser Diskussion der klassischen und bekannten Gliederung, wie wir sie auch in den Altbundesländern hatten und ja teilweise heute von den Organisationsvorgaben auch noch vorhalten. Wir unterscheiden zwischen dem zivilen Katastrophenschutz und dem berühmten Verteidigungsfall. Der Staat hat das menschliche Leben zu schützen. Auch wenn die kriegerische Bedrohung in Europa geringer geworden ist, erleben wir trotzdem täglich große und kleine Konflikte und

Kriege in Europa. Die Kriegsgefahr ist noch nicht vollständig gebannt. Dem muß der Staat Rechnung tragen und entsprechende Vorsorgemaßnahmen treffen.

Den Zivilschutz in der bisherigen Form halte ich für nicht mehr erforderlich und von den Organisationsstrukturen her für überholt. Wir brauchen einen verstärkten zivilen Katastrophenschutz und wir müssen die Potentiale, vor allen Dingen die Einsatzkräfte – und da meine ich in erster Linie die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer –, versuchen für den zivilen Katastrophenschutz zu gewinnen und zu aktivieren. Das ist das Ziel, das ich verfolge. In diesem Zusammenhang möchte ich gerne die Bundeseinrichtungen, also beispielsweise den BVS und das THW, eingebunden wissen. Es gibt Vorstellungen, solche Bundesorganisationen aufzulösen, aber die sind nicht von mir. Ich halte sie nach wie vor für wichtig.

Ich glaube jedoch, daß diese Bundeseinrichtungen im einen oder anderen Fall auch bereit sein müssen, sich stärker zu der allgemeinen Katastrophenhilfe hinzuwenden.

Im übrigen hat der BMI gerade jetzt ein Papier zur Neukonzeption des Zivilschutzes vorgelegt. Die hier geäußerten Vorstellungen müssen sorgfältig geprüft und allseitig durchdacht werden, um die effektivste Lösung zu finden. Ich halte Zivilschutz in der bisherigen Form für nicht mehr aufrechtzuerhalten und auch für nicht mehr notwendig.



„Die Kriegsgefahr ist noch nicht vollständig gebannt. Dem muß der Staat Rechnung tragen und entsprechende Vorsorgemaßnahmen treffen.“

Bevölkerungsschutz: Also nicht auflösen, sondern umstrukturieren?

Geil: Wir haben nicht zu viel, sondern eher zu wenig ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Die Beispiele der Hochwasserkatastrophe in Thüringen und Sachsen zeigen doch, daß wir für solche Extremsituationen personell noch nicht ausreichend ausgestattet sind. Allein das Land Mecklenburg-Vorpommern hat fast 1500 Kilometer Küste an der Ostsee. Was dort an Gefahren drohen kann, brauche ich im einzelnen nicht aufzulisten. Wir haben große Flüsse und riesige Seen, die gerade unter Sicherheitsgesichtspunkten Probleme mit sich bringen. So haben wir bis zur Stunde im Bereich der Mecklenburger Seenplatte noch keinen Rettungsdienst aufbauen können. Mein Ziel ist es, diese Sicherheitslücken zu schließen und hierfür Personal und Material des Zivilschutzes in Anspruch zu nehmen.

Bevölkerungsschutz: Nach unserer Verfassung darf der Bund nur im Bereich des Zivilschutzes tätig werden. Nicht im Bereich des friedensmäßigen Katastrophenschutzes. Sind Lösungen denkbar, die im Rahmen des Doppelnutzens des Zivilschutzes Ihren Vorstellungen entsprechen können?

Geil: Darüber beraten wir im Augenblick. Die nächste Innenministerkonferenz hat es auf der Tagesordnung. Sie findet übrigens bei uns im Lande statt. Ich hoffe, daß wir möglichst bald ein Stück weiterkommen. Der Bundesinnenminister hat ein vertrauliches Papier vorgelegt, über das im Augenblick in Fachgremien diskutiert wird. Wir arbeiten zur Zeit an einer Lösung, und ich meine, diese Lösung darf nicht rückwärts gerichtet sein, sie muß sich den Aufgaben stellen, die wir in dem Bereich Katastrophenschutz für die Zukunft sehen. Deswegen noch einmal auch die Bitte an Bundesorganisationen, sich hier nicht zu verweigern. Wenn etwas anders werden sollte, dann in der Zielsetzung, nicht aber im Engagement.

Bevölkerungsschutz: Sie sehen also eine Lösung dieses verfassungsrechtlichen Problems?

Geil: Wenn man es will, kann man es lösen.

Bevölkerungsschutz: Eines der Probleme von Zivil- und Katastrophenschutz besteht ja darin, daß der Bürger üblicherweise nichts damit zu tun haben will. Er weist diese Probleme weit von sich. Denken Sie, daß es eine Aufgabe des BVS sein könnte, PR für eine Bewußtseinsänderung zu schaffen?

Geil: Ja. Das gilt aber für alle Organisationen. Das gilt übrigens auch für Unternehmerorganisationen. Der Handwerker, der den in der Freiwilligen Feuerwehr tätigen Mitarbeiter nicht freigibt, der wird spätestens dann hellhörig, wenn es im eigenen Betrieb brennt. An diesem Beispiel möchte ich gerne verdeutlichen, daß keiner von uns weiß, wann ihn ein Katastrophenfall treffen kann. Jeder von uns verlangt aber in dem Moment, in dem eine solche Katastrophe eintritt, daß eine Vielzahl von Helfern bereitsteht. Deswegen glaube ich, daß wir gemeinsam, Bundesorganisationen und Landesorganisationen, unser Engagement verbreitern und vergrößern. Wir arbeiten auf Landesebene sehr unkompliziert zusammen und miteinander. Es gab auch in der jüngsten Zeit eine Vielzahl von Begegnungen. Bei allen Veranstaltungen habe ich stets darauf hingewiesen, daß alle Organisationen – gleichgültig ob auf Bundes- oder Landesebene organisiert – gleiche Aufgaben und gleiche Ziele verfolgen.

Bevölkerungsschutz: Unter den Organisationen gibt es auch so gut wie keine Meinungsverschiedenheiten. Die arbeiten in aller Regel sehr ordentlich zusammen, gelegentlich ist es die Politik, die mit Organisationsvorschlägen für Unruhe sorgt. Der Bereich des organisierten Katastrophenschutzes scheint mir als ein Betrachter von außen in Mecklenburg-Vorpommern außerordentlich gut strukturiert zu sein. Ich denke aber auch, es ist ganz wichtig, daß dem Bürger Hinreichungen gegeben werden, was er selbst tun kann. Kann man eigentlich noch darauf vertrauen, daß der Staat einfach alles so vorhält oder müssen wir nicht viel stärker, auch unter finanziellen Aspekten, den Bürger mit einbinden?

Geil: Ja, das ist ein Problem. Das ist wahrscheinlich auch ein stärkeres Problem in den neuen Ländern. Man war in den neuen Ländern gewohnt, daß der Staat alles administrierte, daß er alles vorhielt. Hier ist ein Umdenkungsprozeß notwendig. Mir wird noch zu oft gefragt, wie hättest du es denn gerne, und mir wird häufig zu wenig Eigeninitiative entfaltet. Ich bin aber eigentlich guten Mutes, und wir kommen auch Woche für Woche ein gutes Stück voran. Ich möchte ein Beispiel erwähnen. Wir hatten Ende des letzten Jahres in einem Landkreis eine Vollübung Katastrophenschutz durchgeführt mit allen Organisationen und allen Ansprechpartnern unter der Leitung des Landrates. Auf der Grundlage dieser Vollübung haben wir dann im nachhinein auch eine Handreichung erarbeitet, die jetzt an alle Landkreise gehen soll, wo dann für den Fall des Falles natürlich jeder Verantwortliche die berühmte Checkliste hat, nach der er vorzugehen hat. Auch diese Hilfsmittel bieten wir heute an. Gerade die Zusammenarbeit mehrerer Organisationen gab es in Mecklenburg-Vorpommern früher nicht. Vielmehr gab es eine Befehlsstelle, das war die Polizei. Danach hatte sich jeder zu richten. Das ist heute nicht mehr so.

Bevölkerungsschutz: Selbstschutz also als wichtige Vorstufe für den Bereich des organisierten Katastrophenschutzes?

Geil: Ja.

Bevölkerungsschutz: Wie erreichen wir mehr Selbstschutz? Wie können wir das bürgerschaftliche Engagement verstärken?

Geil: Wir müssen den Bürger immer wieder darauf aufmerksam machen, z. B. durch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen. Ich habe jetzt vor, in etwa zwei Monaten eine dritte landesweite Konferenz zu veranstalten, die wir als „Tag des Helfers“ definiert haben. Bei dieser Veranstaltung wollen wir ganz bewußt dieses ehrenamtliche Engagement ansprechen. Ziel dieser Veranstaltung ist es wiederum, über die Information und Berichterstattung auch die breite Bevölkerung gezielt anzusprechen.

Bevölkerungsschutz: Sie sprachen die Innenministerkonferenz an. Da wird ja die Frage, wie der Bund sich denn zukünftig finanziell noch engagieren kann, eine wichtige Rolle spielen.

Geil: Wenn wir die Neuordnung zwischen Bund und Ländern diskutieren, dann ist eines ganz klar, der Bund darf sich nicht aus seiner Finanzverantwortung zurückziehen. Der Bund hat hier ganz klar Mitverantwortung. Ich würde nicht zustimmen, daß er Zug um Zug alle Kosten auf die Länder verlagert, dies weiß auch das Bundesinnenministerium so von mir. Und an meiner Haltung wird sich nichts ändern. Es ist eine für die Zukunft gemeinsame Verantwortung zwischen Bund und Ländern. Aber ich glaube, es wird zwangsläufig notwendig sein, die ehrenamtlichen Helfer stärker auf Länderebene zu organisieren und daß der Bund seine Verantwortung mehr in der Ausstattung sucht. Ich bin dankbar für jedes Fahrzeug, das wir beispielsweise in unse-



„Wenn wir die Neuordnung zwischen Bund und Ländern diskutieren, dann ist eines ganz klar, der Bund darf sich nicht aus seiner Finanzverantwortung zurückziehen.“

rem Land bekommen. Es wird darüber zu sprechen sein, daß der Bund einen Teil der Fortbildungs- und Ausbildungsarbeit entweder alleine oder mit den Ländern gemeinsam leistet. Hier sind die Altbundesländer ja mehr betroffen als die neuen. Ich denke an die Schulen, ich denke an die zentralen Werkstätten, die ja nun in den Altbundesländern bundesweit vorhanden sind. In den neuen Bundeslän-

dem ist das nicht so. Es gibt durchaus auf anderer Ebene auch diese Zusammenarbeit. Für den gesamten Bereich der Bereitschaftspolizei läuft seit Ende der 50er Jahre diese Zusammenarbeit so, daß die Länder das Personal stellen und der Bund die Sachmittel zur Verfügung stellt. Warum kann nicht so etwas auch einmal überlegt werden? Ob das inhaltlich so umgesetzt wird oder nur in Teilbereichen, das muß die Beratung in den nächsten Wochen und Monaten zeigen.

Bevölkerungsschutz: Auf Bundesebene gibt es gelegentlich die Befürchtung, daß die Politik nicht mehr von den Ressortpolitikern, sondern von Finanzpolitikern gemacht wird.

Geil: Das ist bedauerlicherweise so. Da muß ich schlicht und einfach sagen, wir brauchen eine vernünftige Finanzpolitik, sonst können wir alles andere vergessen. Aber es gibt eben auch Ressortnotwendigkeiten. Und jetzt beziehe ich das ausschließlich auf mich: Ich setze mich auch durch.

Bevölkerungsschutz: Bekommen Sie denn bei Ihrem Durchsetzen die notwendige parlamentarische Unterstützung?

Geil: Bisher habe ich keine Probleme. Ich darf das jetzt noch etwas gezielter sagen als in einer früheren Bemerkung. Wir waren das erste der neuen Bundesländern, das ein Kata-



„Eine Solidargemeinschaft funktioniert nur dann, wenn viele bereit sind, mehr zu geben als sie beanspruchen.“ (Fotos: Goll)

strophenschutzgesetz verabschiedet hat. Wir sind auch bei unseren Überlegungen im organisatorischen Bereich relativ weit vorangekommen. Noch nicht in allen Bereichen zufriedenstellend, aber ich hatte bisher in all diesen Fragen auch die notwendige parlamentarische Unterstützung und das gilt auch für meine Vorgänger im Amt, so daß ich auch für die Zukunft sehr optimistisch bin.

Bevölkerungsschutz: Selbstschutz, Katastrophenschutz, Zivilschutz haben sicherlich eine Menge mit Geld und mit Organisation zu tun. Ich glaube, sie haben aber auch etwas mit Bewußtsein zu tun. Hat Politik in dem Bereich nicht so etwas wie eine Vorbildfunktion?

Geil: Die Politik wird immer in der Vorbildfunktion angesprochen. Jetzt wollen wir einmal als Gesellschaft auch ehrlich miteinander umgehen. Abgeordnete und Politiker sind Repräsentanten dieser Gesellschaft und natürlich wollen wir Vorbild sein in der Politik. Wir sind es nicht immer, aber ich hoffe, daß in gerade diesen Fragen, über die wir diskutiert haben, die Politik es in der Vergangenheit geschafft hat, Vorsorge zu treffen und die Bevölkerung durchaus mit einzu beziehen. Ich erinnere mich an viele Veranstaltungen, Ausstellungen, die nicht nur von Offiziellen aus der Politik besucht wurden, sondern auch von vielen Bürgerinnen und Bürgern. Ich meine, für diese Frage ist Aufgeschlossenheit vorhanden, und es muß uns auch in naher Zukunft gelin-

gen, daß wir trotz vielfältiger Konsumwünsche die Notwendigkeit des Eintretens für die Solidargemeinschaft nicht ganz vergessen, ja sie vielleicht ein Stück stärker in den Mittelpunkt stellen. Eine Solidargemeinschaft funktioniert nur dann, wenn viele bereit sind, mehr zu geben als sie beanspruchen. Das wünsche ich mir für den Katastrophenschutz, das wünsche ich mir aber auch für einen Großteil der Politik.

Das Interview mit Innenminister Rudi Geil führte Peter Eykmann.



„Aber ich glaube, es wird zwangsläufig notwendig sein, die ehrenamtlichen Helfer stärker auf Länderebene zu organisieren und daß der Bund seine Verantwortung mehr in der Ausstattung sucht.“

SOS
Kurs
Menschen
retten!



..... heißt es für unsere Rettungsmänner. Bei jedem Wetter, zu jeder Zeit. Die DGzRS wird nur von freiwilligen - steuerabzugsfähigen - Zuwendungen, ohne jegliche staatlich-öffentliche Zuschüsse, getragen. Auch durch Ihre Spende - beispielsweise ins Sammelschiffchen.

Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS)
Postfach 10 63 40, 28063 Bremen
Postbank NI. Hamburg
(BLZ 200 100 20) 70 46-200

„Großer Bahnhof“ in Husum

Führungswechsel bei der Feuerwehr – Ehrungen für Hinrich Struve

Husum, Theodor Storms „graue Stadt am Meer“, stand diesmal ganz im Zeichen anderer Farben: Das Straßenbild war am 27. Februar 1994 ganz vom Blau der Uniformen und vom Rot der Fahrzeuge geprägt, denn der Deutsche Feuerwehrverband hatte zur Verabschiedung seines langjährigen Präsidenten Hinrich Struve und zur Amtseinführung von Nachfolger Gerald Schäuble eingeladen. Und so waren über 400 Gäste aus den Reihen der Feuerwehr und Repräsentanten aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft aus allen Teilen Deutschlands und zahlreichen europäischen Nachbarländern zum Festakt in die Husumer Kongreßhalle gekommen.

Nach einer Amtszeit von zwölf Jahren war es natürlich Hinrich Struve, der im Vordergrund der dreistündigen Feier stand, zumal er an diesem Tage sein 65. Lebensjahr vollendete. Ein Geburtstagsständchen besonderer Art überbrachte ihm das Tanz- und Folklore-Ensemble des Staatstheaters Lemberg, das eigens aus der Ukraine anreiste. Ebenfalls aus der Ukraine kam vom Regierungspräsidenten der Region Lemberg eine Dankesurkunde nebst Staatsgeschenk für „Edelmut und Humanität“, die Struve durch seine über Deutschland hinausreichende Tätigkeit bewiesen habe.

Der Dank aus Deutschland in Form von Ehrungen war vielfältig: Unter dem anhaltenden Beifall der Festversammlung zeichnete Schleswig-Holsteins Innenminister Prof. Dr. Hans Peter Bull den bisherigen Präsidenten mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland aus. Hinrich Struve wurde in Husum auch erster Träger des erst wenige Tage zuvor per

Landtagsbeschluß geschaffenen Feuerwehr-Ehrenzeichens des Landes Brandenburg, das ihm in der Sonderstufe in Gold zuerkannt wurde. Für sein Engagement beim Aufbau des Deutschen Feuerwehrmuseums verlieh ihm die Stadt

Fulda ihre Gedenkmedaille. Und schließlich gab es für Ehefrau Änne Struve auch eine Ehrung: In Anerkennung der tatkräftigen Unterstützung der Arbeit ihres Mannes erhielt sie das Deutsche Feuerwehr-Ehrenkreuz in Gold.



Der alte und der neue Präsident (links) mit Schleswig-Holsteins Innenminister Prof. Dr. Bull.

Als einen „Präsidenten zum Anfassen“ bezeichnete DFV-Ehrenmitglied Rolf Englerth in seiner Laudatio Hinrich Struve. Der bisherige Präsident habe sich erfolgreich um den Feuerwehr-Nachwuchs bemüht, habe die Typenreduzierung im Fahrzeugbereich vorangetrieben und das ehrenamtliche Element der Feuerwehr in das öffentliche Bewußtsein gerückt. Seine Weltoffenheit und Erfahrung, aber auch eine Portion absolut notwendigen Starrsinns, kamen den deutschen Feuerwehren, so Englerth, stets zugute. Nach zwölf Jahren sei festzustellen, daß sich der DFV spürbar weiterentwickelt habe. Die erfolgreiche Amtsführung Struves brachte

Englerth mit einem Sprichwort auf einen Nenner: „Einmal Erfolg ist Zufall, zweimal ist Glück, aber dreimal Erfolg kann nur Fleiß sein.“ Die Laudatio schloß mit der Feststellung, daß Hinrich Struve sich um das deutsche Feuerwehrwesen verdient gemacht hat.

Nunmehr Ehrenpräsident

Mit dem offiziellen Präsidentenwechsel kam der Höhepunkt des Festaktes. Hinrich Struve wünschte seinem Nachfolger Glück und Erfolg für sein neues Amt und bat alle Ver-

antwortlichen, die ihm selbst gewährten Hilfen und die erwiesene Loyalität auch auf Gerald Schäuble zu übertragen. Als Dank für die geleistete Arbeit trug Präsident Schäuble seinem Vorgänger die Ehrenpräsidentenschaft an. Damit war es nunmehr auch offiziell: Der DFV hat einen neuen Präsidenten und einen frischgebackenen Ehrenpräsidenten.

Schleswig-Holsteins Innenminister Prof. Dr. Hans Peter Bull überbrachte Dank und Gruß von Ministerpräsidentin Heide Simonis. Als derzeitiger Vorsitzender der Innenministerkonferenz der Länder sprach Bull auch den Dank aller Länder-Innenminister aus und stellte fest, daß es dem bisherigen Präsidenten zu verdanken sei, daß „Ost und West im Feuerwehrwesen schnell zusammengefunden haben“. Mit großem persönlichen Engagement habe sich Struve stets den Aufgaben gestellt, sei dabei jedoch „immer sachlich, aber hart“ geblieben. Dank sprach er Hinrich Struve auch für seinen Einsatz in den Zeiten deutscher und europäischer Veränderungen aus, wobei er besonders auf die Neuordnung des Katastrophenschutzes hinwies.

Der Präsident des DRK-Landesverbands Schleswig-Holstein, Karl Eduard Claussen, verwies auf das gemeinsame Anliegen der inneren Sicherheit, das Hinrich Struve stets tatkräftig vertreten habe. Dafür und für das in den vielen Jahren gewachsene Vertrauensverhältnis sei Struve hohes Lob zu zollen, betonte Claussen, der im Namen aller Hilfsorganisationen sprach.

Für das CTIF (Internationales Technisches Komitee für Vorbeugenden Brandschutz und Feuerlöschwesen) erinnerte Präsident Gunnar Haurum (Dänemark) daran, daß es Hinrich Struve gewesen sei, der „Großes geleistet hat für die Zusammenarbeit über Staatsgrenzen hinweg“ und sich damit zum „Vorkämpfer des internationalen Verständnisses, insbesondere mit Blick auf die Feuerwehren in den osteuropäischen Staaten“ gemacht habe. Haurum zeigte sich erfreut, daß Struve auch weiterhin als CTIF-Vizepräsident zur Verfügung steht.

Fuldas Oberbürgermeister Dr. Hamberger bescheinigte Hinrich Struve eine „großartige Amtsführung und überzeugende Präsidentschaft“. Für die Verwirklichung des Deutschen Feuerwehrmuseums sei die Stadt zu Dank verpflichtet. „Das Haus in Fulda wird mit Ihrem Namen in Verbindung bleiben, hier haben Sie sich



Die Amtsübergabe ist perfekt: Hinrich Struve (rechts) und Gerald Schäuble.

selbst ein Denkmal gesetzt“, faßte Dr. Hamberger zusammen.

„Grüße der Fachebene der Innenminister“ überbrachte Ministerialdirigent Heinrich Pflock (Hessen) als Vorsitzender des Unterausschusses „Feuerwehrangelegenheiten“. Er erinnerte daran, daß sich Struve intensiv und erfolgreich für den Erhalt der Feuerschutzsteuer eingesetzt habe und stellte fest, daß die Feuerwehr mit der Wahl Struves einen „wahren Glücksgriff“ getan habe.

Bereicherung des Festaktes

Neben der musikalischen Umrahmung der Veranstaltung, für die der

Musikzug der Feuerwehr Westerland verantwortlich zeichnete, ist insbesondere das bereits eingangs genannte Tanz- und Folklore-Ensemble des Staatstheaters Lemberg zu nennen, das Gastgeber und Gäste mit seinen musikalischen Darbietungen und temperamentvollen Tänzen erfreute. Besonders die schon als akrobatisch zu bezeichnenden Einlagen der männlichen Ensemblemitglieder rissen die Zuschauer immer wieder zu Beifall hin. Eine gelungene und willkommene Unterbrechung der Reihe der Grußworte und eine Bereicherung des Festaktes.

Die Schar der Gratulanten wurde nur langsam kleiner, weitere Glückwünsche und Grüße folgten. So überbrachte Gunther Stoltenberg-Frick,



Zwölf Jahre gab Hinrich Struve bei der Feuerwehr den Ton an.

Landesbrandmeister von Schleswig-Holstein, die Grüße aller deutschen Landesfeuerwehrverbände. Der Vorsitzende der FFG (Fachgemeinschaft Feuerwehrfahrzeuge und -geräte), Jürgen Fischer, überreichte Struve die Ehrenurkunde der Gemeinschaft für die „großartige Zusammenarbeit“.

Schwer verständlich wurde es für die auswärtigen Gäste, als sich Max-Hermann Wulff von Struves heimatlicher Feuerwehr Reußenköge an die Versammlung wandte, denn er faßte seine Glückwünsche in Plattdeutsch. Die Reaktion der Zuhörer ließ jedoch erkennen, daß die wesentlichen Inhalte seiner Ansprache trotzdem verstanden wurden. Für Belustigung sorgte anschließend ein „Trabi“, den Brandenburger Feuerwehrkameraden als künftigen „Außerdienstwagen“ in die Halle schoben. Der Kleinwagen sollte auf den Humor Struves anspielen.

Glückwünsche und Grüße der Leiter der 93 deutschen Berufsfeuer-

wehren übermittelte Dieter Farrenkopf als Vorsitzender der AGBF (Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren). Es blieb Hans-Jochen Blätte, Vorsitzender der vfdB (Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes), vorbehalten, die Reihe der Grußworte zu beschließen. Mit seiner Feststellung, Hinrich Struve sei „ein Vorbild zum Nacheifern“ faßte er viele der zuvor gemachten Feststellungen treffend und prägnant zusammen.

„Ecken und Kanten“

Das letzte Wort hatte der nunmehrige Ehrenpräsident: Hinrich Struve dankte für die vielen lobenden Worte, doch verwies er darauf, daß er auch „Ecken und Kanten“ gehabt habe. Es sei nur zu verständlich, daß in zwölf Jahren nicht immer eitel Sonnenschein geherrscht habe, es habe mit-

unter Diskussionen gegeben und manchmal klärender Worte bedurft. Doch letztendlich sei immer wieder eine Einigung möglich geworden, wobei die Kameradschaft stets im Vordergrund gestanden habe. In seine Bitte um Verständnis und seinen Dank für die gewährte Unterstützung schloß er an erster Stelle seine Familie, und hier besonders seine Ehefrau, ein. Den Feuerwehren gab er für die Zukunft auf den Weg: „Steht zusammen und haltet zusammen!“ Minutenlang, stehende Ovationen verabschiedeten einen verdienten Präsidenten. Eine Geste, die spürbar ernst gemeint war.

Die Ära Struve ist vorbei. Nicht vorbei ist jedoch, so der Tenor der Grußworte, die Erinnerung an einen Präsidenten, der das Erbe seines Vorgängers Albert Bürger mit „Kraft und Mut“ (Vizepräsident Englerth) weitergeführt hat. Gerald Schäuble ist eine ebenso glückliche Hand zu wünschen. Der Unterstützung und Loyalität der deutschen Feuerwehren kann er sich jedenfalls – auch das wurde in Husum deutlich – stets sicher sein.

Und wie blickt Hinrich Struve zurück? Im persönlichen Gespräch bringt er es auf den Nenner: „Die zwölf Jahre waren eine schöne Zeit. Die Feuerwehr hat mir viel Kraft abverlangt, doch in Form von Kameradschaft und Gastfreundschaft habe ich immer mehr zurückbekommen, als ich gegeben habe.“ Positiver kann eine Bilanz nicht ausfallen.

- cl -



Die beiden „Neuen“ an der Spitze des DFV, Präsident Gerald Schäuble und Bundesgeschäftsführer Winfried Glass (rechts), im Gespräch mit BVS-Direktor Helmut Schuch.



Hochrangige Feuerwehr-Prominenz in Husum: Hier die Delegation aus Nordrhein-Westfalen mit den beiden Präsidenten. (Fotos: Claes)

Sicherheit auf allen Wegen

„Ich bin dafür...“

... unnötigen Verkehr auf unseren Straßen zu vermeiden. Wir alle sollten daher vor jeder Autofahrt überlegen, ob wir unser Ziel nicht auch zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen können. Das schont die Umwelt und es kommt außerdem zu weniger Unfällen.“

Chris Petry, EDV-Fachfrau



Ihre Berufsgenossenschaft
und der
Deutsche Verkehrssicherheitsrat

Zivile Hilfe nicht verdrängen, sondern ergänzen

Oslo-Konferenz über die Nutzung von militärischen Ressourcen und des Zivilschutzes in der internationalen humanitären Hilfe

Am 20. und 21. Januar 1994 fand in der norwegischen Hauptstadt Oslo eine internationale Konferenz über die Nutzung von militärischen Ressourcen und des Zivilschutzes in der internationalen humanitären Hilfe statt. Die Teilnehmer kamen aus über 60 Staaten und zahlreichen internationalen und nationalen Hilfsorganisationen. Ziel der Konferenz sollte die Diskussion und die Verabschiedung von Richtlinien (Guidelines) zum Gebrauch von militärischen Mitteln und des Zivilschutzes in der internationalen Katastrophenhilfe sein.

Vorgeschichte zur Oslo-Konferenz

Gemäß der VN-Resolution 46/182 vom 14. April 1992 „Verbesserung der Koordination von internationaler Katastrophenhilfe durch die Vereinten Nationen“ hatte das neugeschaffene „Department of Humanitarian Affairs (DHA)“ den Auftrag erhalten, in Zusammenarbeit mit interessierten Regierungen, internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen im Fall von internationalen Großkatastrophen einen schnellen Zugang zu Hilfspotentialen (z.B. Personal und logistische Unterstützung) zu erlangen.

Am 14. und 15. Dezember 1992 fand in Brüssel bei der NATO ein Workshop zu o.a. Thema statt. Eingeladen hatten dazu DHA-Geneva, die NATO und die Föderation der Rotkreuz- und der Rothalbmondgesellschaften. Es nahmen 36 Länder (alle

wichtigen Geberstaaten) und 20 große internationale Hilfsorganisationen teil. Chairman des Workshops war Generalmajor Greindl vom österreichischen Verteidigungsministerium, der mehrfach auch in führender Position bei VN-Blauhelmeinsätzen eingesetzt war.

Als Folge dieses Workshops wurde eine Standing Coordinating Group (SCG) eingesetzt, die Richtlinien (Guidelines) zur Nutzung von Kapazitäten von Streitkräften und des Zivilschutzes in der Katastrophenhilfe ausarbeiten sollte. Chairman dieser SCG war wiederum Generalmajor Greindl. In dieser Gruppe hatten die Protagonisten des humanitären Einsatzes von Streitkräften eindeutig die Oberhand, u.a. der belgische Generalmajor Vervoort, NATO-Hauptquartier, der Däne Michael Elmquist, Direktor der NATO-Zivilverteidigung, und Oberst Gabriel vom norwegischen Verteidigungsministerium.

Österreich hat ein besonderes Interesse an einem institutionalisierten Gebrauch von Streitkräften in der internationalen humanitären Hilfe. Die staatliche österreichische humanitäre Hilfe ist auf das militärische Hilfskorps AFDRU (Austrian Armed Forces Disaster Relief Unit) fixiert. Es konnte seit dem Erdbeben in Armenien 1988 bislang nur einmal im Iran anlässlich der Kurdenhilfe 1991 mit einem Feldlazarett eingesetzt werden.

Im Vergleich dazu greift das Auswärtige Amt für die humanitäre Hilfe der Bundesregierung im Ausland überwiegend auf deutsche private Hilfsorganisationen zurück, die aufgrund ihres zivilen Status und ihrer

Zusammenarbeit mit Partnern vor Ort der Katastrophe seit Armenien einige hundert Mal im Einsatz waren.

Nicht Siegen, sondern Dienen

Zu Beginn der Konferenz hatte der Generalsekretär der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (früher Liga), George Weber, die Gelegenheit, den Standpunkt der Rotkreuz-Bewegung darzustellen.

Wesentliche Punkte seiner Ausführungen waren:

- Das wachsende Ausmaß weltweiter Katastrophen ist zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß pro Jahr weitere zehn Millionen Menschen (insgesamt zur Zeit ca. 250 bis 300 Millionen Menschen) in Regionen abgedrängt werden, die traditionell von Naturkatastrophen bedroht sind. Diese Menschen sind besonders verletzlich, weil sie arm sind. Es gilt vor allem, deren Selbsthilfefähigkeit zu stärken, damit sie fähig werden, ihr Schicksal selbst zu meistern.
- Der Großteil der modernen Katastrophen ist komplexer Natur. Es vermischen sich „Naturkatastrophen“ mit politischen, ethnischen und wirtschaftlichen Problemen, die zu Bürgerkriegen führen. Um hier langfristig erfolgreich zu sein, müssen die Helfer strikt unparteilich und neutral sein. Dies ist eines der wesentlichen Prinzipien der Rotkreuz-Bewegung und muß



Der deutsche Delegationsleiter, VLR I Klaus Holderbaum, Auswärtiges Amt, (Mitte stehend) argumentiert für eine qualifizierte, ergänzende Unterstützung durch Streitkräfte, jedoch gegen eine Militarisierung der humanitären Auslandshilfe.

auch für die militärische humanitäre Hilfe gelten, wenn sie glaubwürdig sein soll.

- Beim Gebrauch von Streitkräften in der internationalen humanitären Hilfe muß es zu einer Abkehr vom klassischen militärischen Denken hin zu einer Haltung kommen, die mit den folgenden Worten umschrieben werden kann: „Nicht Siegen, sondern Dienen!“ Dazu ist ein gründliches Training in den Streitkräften erforderlich, um der neuen Rolle als verlässlicher Helfer gerecht zu werden.

Verlauf der Konferenz

Ein großer Teil der Konferenz wurde auf die Darstellung der Vorteile des Gebrauchs militärischer Mittel zur humanitären Hilfe verwandt. Eine eigentliche Diskussion fand nicht statt. Für Statements der einzelnen Ländervertreter waren knapp drei Stunden vorgesehen. Viele Länder der Dritten Welt waren durch Militärs der „Zivilverteidigung“ vertreten und gaben zumeist positive Statements ab. Ehemalige WP-Staaten wie die Tschechische Republik, Ungarn und Polen äußerten sich ebenfalls positiv. Diese Staaten hoffen, auf diesem Weg mehr mit der NATO zu kommunizieren.

Die Vertreter des Vereinigten Königreiches, Schwedens, Kanadas und der Niederlande äußerten sich skeptisch zu den „Guidelines“ und wollten diese nur zur Kenntnis nehmen (to take note), aber auf keinen

Fall gutheißen (endorse). Der Vertreter Frankreichs erklärte, man brauche keine „Bibel“ (Guidelines) für den Einsatz von Streitkräften zur internationalen humanitären Hilfe, außerdem agiere Frankreich bilateral. Der US-Vertreter sicherte eine spätere schriftliche Stellungnahme zu.

Haltung der deutschen Delegation

Das Statement des deutschen Delegationsleiters, Klaus Holderbaum, Leiter des Arbeitsstabes Humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt, setzte sich – im Gegensatz zu anderen – mit dem Inhalt der „Guidelines“ auseinander. Es fand erhebliche Beachtung und ging zum Teil in die Schlußbemerkungen des Konferenzvorsitzenden ein.

Wesentliche Punkte waren:

- Die Bundesrepublik Deutschland befürwortet grundsätzlich die Bemühungen von DHA-Geneva, den Einsatz von militärischen Mitteln und Mitteln der Zivilverteidigung zum Zwecke der humanitären Auslandskatastrophenhilfe zu erleichtern;
- Hinweis auf erfolgreichen Einsatz der Bundeswehr seit 30 Jahren in der internationalen humanitären Hilfe (einzigartige Mittel wie Hubschrauber und Flugzeuge für kurze und auch nicht asphaltierte Landepisten);
- die Bundesrepublik Deutschland ist jedoch gegen eine Militarisierung

der humanitären Hilfe. Militärische humanitäre Hilfe darf sich nicht verselbständigen, sondern muß stets in die zivile Hilfe integriert sein;

- militärische Mittel haben in der humanitären Hilfe einen sehr begrenzten Anwendungsbereich, z.B. ist die militärisch-medizinische Versorgung auf das chirurgische Gebiet und auf männliche Patienten ausgerichtet;
- das zivile UNDAC-Team (United Nations Disaster Assessment and Coordination) soll die Ersterkundung durchführen, um den tatsächlichen Bedarf bei Katastrophen festzustellen. Die gleichzeitige Entsendung einer militärischen Advance-Party würde zu einer Parallelität von ziviler und militärischer Hilfe führen, was in jedem Fall zu vermeiden ist.

Ergebnis und Schlußbemerkungen zur Oslo-Konferenz

Die „Guidelines“ wurden nicht gutgeheißen, sondern lediglich zur Kenntnis genommen und der Standing Coordination Group zur Überarbeitung zugewiesen.

In Deutschland wird es darauf ankommen, die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den deutschen Hilfsorganisationen (einschl. THW), den betroffenen Ministerien und der Bundeswehr im Rahmen des „Gesprächskreis Humanitäre Hilfe“ weiter auszubauen und zu konkretisieren. Dabei sollte sich die Bundeswehr von dem Grundsatz der Subsidiarität leiten lassen: „Zivile Hilfe nicht verdrängen, sondern ergänzen!“

Damit wird einem wesentlichen Kernsatz aus dem Schlußstatement des Konferenzvorsitzenden, des norwegischen Verteidigungsministers Jörgen Kosmo, entsprochen, nämlich:

„Militärische Ressourcen und des Zivilschutzes sollten als zusätzliche, ergänzende Werkzeuge zum bestehenden Hilfssystem gesehen werden. Dabei sollten die speziellen Fähigkeiten des Militärs und des Zivilschutzes genutzt werden, um den besonderen Erfordernissen der jeweiligen Katastrophensituation zu entsprechen. Ferner sollte dabei der Kostenfaktor im Auge behalten und geprüft werden, ob eine preisgünstigere Alternative zur Verfügung steht.“

Eine Ausbildungsstätte mit Perspektiven

Schon ein Jahr nach der Eröffnung anerkanntes Schulungszentrum für Wehrmänner – Rund 53 Millionen Mark für weiteren Ausbau vorgesehen

Mit dem Erlaß des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg zur Errichtung einer Landesfeuerwehrschule in Eisenhüttenstadt fiel im Jahre 1991 der Startschuß zum Aufbau einer Aus- und Fortbildungsstätte für die rund 50 000 Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren sowie die etwa 750 Mitarbeiter der vier Berufsfeuerwehren und neun hauptamtlichen Wachen des neuen Bundeslandes. Schon 1990 hatte die Suche nach einer Liegenschaft für eine praxisbezogene Ausbildung der Wehrmänner begonnen. Fündig war man in Eisenhüttenstadt geworden, hier bot sich die ehemalige Bezirksschule der Zivilverteidigung Frankfurt/Oder mit einem Gelände von zwölf Hektar als idealer Standort an.

Am 19. April 1993 wurde der Ausbildungsbetrieb an der neuen Landesfeuerwehrschule nach umfangreichen Umbau- und Renovierungsarbeiten aufgenommen. Damit hatte auch ein Provisorium ein Ende: Seit August 1992 nutzte das Innenministerium ein angemietetes Objekt, 20 Kilometer von Eisenhüttenstadt entfernt, als Schulungsstätte. Hier wurden noch in 1992 15 Anpassungslehrgänge für rund 360 Führungskräfte der Feuerwehren wie Kreisbrandmeister und Wehrführer durchgeführt, um sie mit den für sie veränderten Rechtsvorschriften vertraut zu machen.

Viel Mühe gekostet

Die offizielle Eröffnung der Feuerwehrschule erfolgte am 16. Juni 1993 durch den Innenminister des Landes



Der große Hörsaal.

Brandenburg, Alwin Ziel. Er führte dabei u.a. aus: „Es hat uns viel Mühe gekostet, bis das, was Sie hier auf einer Fläche von rund zwölf Hektar sehen, erreicht war.“ Aus regionaler Sicht sei die Landesfeuerwehrschule für Eisenhüttenstadt mit gegenwärtig 40 Beschäftigten zwar kein großer Arbeitgeber, aber für Firmen und Dienstleistungsbetriebe der Region sicher ein gefragter Auftraggeber.

Mit dem weiteren Ausbau werde die Schule verstärkt zur praktischen Ausbildung übergehen. Dazu seien Übungsflächen mit technischen Einrichtungen, ein Übungsteich und eine Kfz-Halle geplant. Minister Ziel: „Das alles kommt nicht von selbst. Außer Planung und Arbeitskraft brauchen wir Geld. So sind in den nächsten acht bis zehn Jahren etwa 53 Millionen Mark an Investitionen geplant,



Der Planspielraum.

und zwar für den Neubau von Unterkünften, eines Lehrgebäudes und von Ausbildungs- und Sozialeinrichtungen.“

Gelungener Ausbau

Was die ersten Lehrgangsteilnehmer nach der Renovierung Mitte April 1993 auf dem Gelände vorfanden, konnte sich sehen lassen und war nicht mehr zu vergleichen mit der alten Liegenschaft der ehemaligen Zivilverteidigung. Ein Großteil der Baracken war zu ansprechenden Gebäuden geworden, die Außenanlage, von Altlasten befreit, bildet mit dem zum Teil alten Baumbestand einen schmucken Rahmen für die Schulungsstätte.

Bei der Einweihung der Landesfeuerweherschule waren das gemeinsame Unterkunfts- und Verwaltungsgebäude, in dem auch Küche, Speisesaal und Kantine untergebracht sind, das Lehrgebäude mit modern ausgestatteten Unterrichtsräumen, eine Atemschutzgeräte-Werkstatt mit 15 Ausbildungsplätzen, eine Lehrleitstelle sowie eine rekonstruierte Fahrzeughalle fertiggestellt. Genutzt werden auch noch einige ältere, nicht renovierungswürdige Gebäude, die später Neubauten weichen müssen. Zu Beginn des Ausbildungsbetriebes konnte die Schule mit 50 Lehrgangsteilnehmern belegt werden. Ende 1993 wurden wegen des hohen Bedarfs an Lehrgangspätzen zusätzlich Wohncontainer aufgestellt, so daß sich die Ausbildungskapazität verdoppelte.

Die Landesfeuerweherschule führte nach dem Start des Ausbildungsbetriebes bis zum Herbst 1993 die Anpassungslehrgänge für Führungskräfte der Feuerwehr weiter. „Natürlich brauchten wir den Lehrgangsteilnehmern nicht beibringen, wie ein Feuer ausgemacht wird, das beherrschen sie sicher genau so gut wie ihre Kollegen aus den alten Bundesländern“, sagt Schulleiter Hans Roy im Gespräch mit dem „Bevölkerungsschutz-Magazin“. „Es bestand aber ein großer Bedarf an Information über Rechtsgrundlagen und Verwaltungsvorschriften für die Tätigkeit der Feuerwehr. Deshalb konzentrierten sich die Lehraussagen in den zweiwöchigen Schulungen auf Themen wie Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland mit den verschiedenen Stufen der Verwaltungsebene, Haushaltsrecht, Brandschutzrecht, Be-

Hier kann man sich wohl fühlen: Eines der gediegen ausgestatteten Zweibettzimmer.



Freundlich und hell ist der Speisesaal.



triebskostenrechnung, Gebührensatzung etc.“

Parallel dazu liefen dann die ersten Gruppenführerlehrgänge an. Hinzu kamen weitere Lehrgänge wie Meßtechnik Strahlenschutz, Kreisausbilder-Atemschutz sowie -Funk und -Ausbildungslehre, um für die Führungskräfte Grundlagen für die Ausbildung der Feuerwehrmänner am Standort zu schaffen. Insgesamt wurden in 1993 69 Lehrgänge mit 1598 Teilnehmern durchgeführt.

Breite Lehrgangspalette

Die Landesfeuerweherschule bietet heute eine breite Palette von Lehrgängen in einem zur Zeit dreizügigen Lehrbetrieb an. Vor diesem Hintergrund erläutert Schulleiter Hans Roy das Ausbildungswesen der Feuerwehren in der ehemaligen DDR: „In der Vergangenheit bestanden zwei Ausbildungsstätten: die Feuerweherschule in Nardt, Sachsen, für die Berufsfeuerwehr, hier fanden auch Sonderlehrgänge für die Freiwillige Feuerwehr statt, und die Fachschule der Feuerwehr in Heyrothsberge, Sach-

sen-Anhalt, die Brandschutzingenieure ausbildete und Fortbildungs- und Speziallehrgänge durchführte. Die Ausbildung der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren erfolgte an Wochenenden in Schulen, die in den Bezirken der ehemaligen DDR eingerichtet waren, sowie im organisierten Selbststudium.

Grundlage war, daß wir diese Ausbildung anerkannten. Lediglich für den Bereich der Technischen Hilfeleistung, die es früher nicht gab, wird seit Anfang 1993 auf Kreisebene nach einem von der Schule erstellten Musterausbildungsplan eine 16stündige Ergänzungsausbildung für Gruppenführer angeboten. Sie wird an Wochenenden vor Ort durchgeführt und läuft Ende 1994 aus.“

Fundierte Fachausbildung nötig

In den letzten Jahren hat das Land Brandenburg mit erheblichem finanziellem Aufwand Einsatzfahrzeuge und Geräte für die Feuerwehren beschafft. So erhielten die Wehren neben gebrauchten Einsatzfahrzeugen



Realistische
Übungsobjekte
für die praktische
Ausbildung.



Im Bau
ist die neue
Fahrzeughalle.

auch 44 neue Tanklöschfahrzeuge für die Waldbrandbekämpfung sowie Gerätewagen Gefahrgut und Meßtechnik/Strahlenschutz, Ölseparatoren- und -sperrern, Boote, Spezialanhänger, Schläuche etc., um für eine wirkungsvolle Gefahrenabwehr gerüstet zu sein. Aufgelegt wurde auch ein Sonderprogramm für einen Strahlenmeßkoffer für die Feuerwehren an den Hauptverkehrsstrecken, weil durch die Öffnung der Ostgrenzen die Gefahren durch „vagabundierende“ Strahler erheblich gewachsen sind.

Für die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren und der Berufsfeuerwehren bedarf es einer fundierten Ausbildung, um die neuen Fahrzeuge und Geräte bedienen sowie neue Aufgaben wahrnehmen zu können. Es ist das Anliegen der Landesfeuerwehrschule Brandenburg, die Wehrmänner für die jeweils zu übernehmenden Aufgaben qualifiziert aus- und fortzubilden. Die Schule stellt sich mit viel Engagement diesem Lehrauftrag.

Es war kein leichter Start, teilweise wurde bei Null angefangen. Für viele Lehrgänge mußten die Ausbildungsunterlagen erst erarbeitet werden. Schulleiter, Fachlehrer und Ausbilder engagierten sich mit einer guten Portion Begeisterungsfähigkeit

weit über die normale Arbeitszeit hinaus für diese Aufbauarbeit. Sie schafften damit die Grundlagen für die heute angebotenen Laufbahn-, Funktions- und Sonderlehrgänge:

- Führer von Führungsgruppen und Verbänden mit und ohne Luftbeobachtung
- Leiter einer Freiwilligen Feuerwehr
- Zugführeranpassung (nur noch 1994)
- Zugführer
- Zugführer-Ergänzung im Katastrophenschutz
- Ausbildung auf Kreisebene
- Gruppenführer
- Kreisausbilder-Ausbildungslehre
- Kreisausbilder-Truppmann/Truppführer
- Kreisausbilder-Funk
- Kreisausbilder-Atemschutzgeräteträger
- Strahlenschutz I
- Umgang mit gefährlichen Stoffen/Gütern I
- Atemschutzgerätewarte
- Gerätewart einer Freiwilligen Feuerwehr Teil A
- Strahlenmeßkoffer „Typ Brandenburg“
- Strahlenmeßkoffer „Typ Brandenburg“ Fortbildung

- Technisch Hilfeleistung Grundtätigkeiten
- Technische Hilfeleistung bei Verkehrsunfällen
- Technische Hilfeleistung Gewässerschutz I
- Technische Hilfeleistung Motorsägenausbildung
- Gerätewagen-Gefahrgut II
- Gerätewagen-Meß
- Drehleitermaschinisten
- Fahren auf den Gewässern
- Fahren auf den Gewässern Ergänzung
- Leitstellenpersonal Sprechfunkdienst
- Erstellen einer Alarm- und Ausrückordnung I und II
- EDV-Grundlagen
- Leitstellen-Disponenten I und II
- Leitstellen-Disponenten Fortbildung I
- Grundlagenlehrgang für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst
- Seminar für Ärzte in Sondereinsatzgruppen (SEG) Grundlagen

Zur Zeit unterrichten an der Schule elf Fachlehrer und Ausbilder sowie ein Gastreferent aus Nordrhein-Westfalen, der die Lehrgänge Strahlenschutz und Gefahrgut durchführt und zusätzlich die Lehrkräfte in diese für sie neue Ausbildungsaufgabe einweist. Hans Roy bedauert, daß nicht mehr Gastlehrer aus den alten Bundesländern an die Landesfeuerwehrschule kommen: „Ich habe in der Vergangenheit intensiv versucht, aus Nordrhein-Westfalen, dem Partnerland Brandenburgs, weitere Abordnungen zu bekommen – Feuerwehrmänner, die hier die Aufbauarbeit unterstützen. So suchen wir z.B. neben Gastausbildern dringend für ein bis zwei Jahre einen Ober- oder Hauptbrandmeister einer Berufsfeuerwehr, der unser Werkstattpersonal in der Handhabung und Wartung der für sie neuen Geräte schult. Leider hat sich bis heute noch niemand gefunden. Es tut sich in diesem Bereich nicht mehr viel, das Engagement ist inzwischen deutlich geschmolzen, wenn nicht gar gegen Null gegangen.“

Moderne Lehrleitstelle

Der besondere Stolz der Landesfeuerwehrschule ist die mit modernster Kommunikationstechnik ausgestattete Lehrleitstelle. Ein gemeinsamer Leitstellenerlaß des Innenministeriums und des Ministeriums für Ar-



Stellvertretender Schulleiter Dipl.-Ing. Reinhard Seebröker (Bildmitte) bei der Ausbildung auf dem Übungsgelände.

beit, Soziales, Gesundheit und Frauen sieht vor, in Brandenburg 14 Rettungs- und Feuerwehrleitstellen einzurichten. Hieraus ergibt sich ein hoher Aus- und Fortbildungsbedarf für Leitstellenpersonal.

Für die Leitstellendisponenten-Schulung stehen insgesamt zwölf Ausbildungsplätze zur Verfügung. Sie verteilen sich auf acht Plätze in der Lehrleitstelle und vier Plätze in zwei Einsatzleitcontainern, die an der Schule stationiert sind und von Mai bis September für Einsätze bei größeren Waldbränden bereitstehen. Diese Kombination von fest installierter und beweglicher Leitstelle läßt eine vielseitige Ausbildung zu.

Viel Platz für praktische Schulung

Die Landesfeuerwehrschule verfügt über ein etwa vier Hektar großes Übungsgelände, das unmittelbar an das Schulgelände angrenzt. Hier stehen auf einer insgesamt 150 Meter

langen Gleisanlage ein Personen-, Güter-, Gas- und Kesselwagen, die u.a. für eine praxisnahe Ausbildung in den Gefahrstoff-Lehrgängen genutzt werden. Eine weitere Gleisanlage mit zwei Straßenbahnwagen dient der praktischen Ausbildung der Sondereinsatzgruppen des landeseigenen Katastrophenschutzes, Stichwort Massenansturm von Verletzten. Geplant sind weitere Übungseinrichtungen, deren Bau sich aber wegen der schlechten Finanzlage des Landes verzögern wird. In der Übergangszeit ist die Schule für bestimmte Übungen bei der Freiwilligen Feuerwehr Eisenhüttenstadt und der Werkfeuerwehr des nahegelegenen EKO-Stahlwerks zu Gast.

Im Bau sind zur Zeit eine weitere Kraftfahrzeug-Halle und eine befestigte 15 x 40 Meter große Übungsfläche. In Kürze beginnen die Arbeiten an einem 42 x 32 Meter großen Übungsteich, in dem das bei Regen anfallende Oberflächenwasser der befestigten Flächen und Dächer der Kfz-Hallen eingeleitet wird. Das Wasser steht dann für Feuerlöschübun-

gen zur Verfügung. Man verspricht sich hiervon eine erhebliche Einsparung bei den Wasserkosten.

Für die praktische Ausbildung stehen rund 20 Einsatzfahrzeuge sowie acht Abrollbehälter mit unterschiedlicher Bestückung bereit. Dies reicht aus für die derzeit angebotenen Lehrgänge. Mit dem Ausbau der Schule und der damit verbundenen Erweiterung des Ausbildungsangebotes wird der Fahrzeug- und Gerätebestand weiter wachsen.

Wachsen müßte aber auch das Freizeitangebot der Schule. Zwar werden Tischtennis, Billard, ein Kraftraum und eine alte Kegelbahn angeboten, dies genügt aber sicher nicht, um den Lehrgangsteilnehmern nach einem langen Unterrichtstag ausreichend Gelegenheit zur Entspannung zu geben – eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Lehrgangsbesuch.

Mit Kompromissen leben

„Die Euphorie der Anfangsphase ist vorbei. Mittlerweile wird alles schwerer“, resümiert Schulleiter Hans Roy zum Abschluß des Besuches des „Bevölkerungsschutz-Magazins“. „Wegen der knappen Finanzen muß das Aufbauprogramm der Schule, mit dem Schwerpunkt des Neubaus eines Unterkunfts- und Lehrgebäudes, zeitlich gestreckt werden. Wir müssen also noch über Jahre hinweg mit Kompromissen leben und dennoch den Feuerwehren des Landes eine qualifizierte Ausbildung bieten.“

Bis zur Jahrtausendwende soll der Aufbau der Landesfeuerwehrschule Brandenburg abgeschlossen und ein fünfzügiger Lehrbetrieb eingerichtet sein. Damit verbunden ist dann auch eine Erweiterung des Lehrgangsangebotes. Trotz der derzeitigen Einschränkungen bietet die Schule heute schon gute Voraussetzungen für eine fachgerechte, praxisbezogene Ausbildung. Für die Feuerwehrangehörigen kommt es darauf an, das Angebot zu nutzen, um dem Anspruch der qualifizierten Hilfe bei Schadensfällen gerecht zu werden.

-güse-



Innenminister Alwin Ziel (Mitte), Schulleiter Hans Roy (rechts) und Landesbrandmeister Wolfgang Zöllner bei der Besichtigung der Schule anlässlich der Einweihung.

(Fotos: Sers 7, Köppen 1)

Informationssysteme für den Transport gefährlicher Güter

Im Jahr 1990 wurden in der Bundesrepublik Deutschland (alte und neue Bundesländer) rund 386 Millionen Tonnen „gefährliche Güter“ mit Lastkraftwagen, Eisenbahn und Binnenschiffen transportiert.

Die „gefährlichen Güter“ werden nach ihren Eigenschaften weltweit in neun Gefahrgut-Klassen und -Untergruppen eingeteilt:

- Klasse 1: Explosive Stoffe
- Klasse 2: Gase
- Klasse 3: Entzündbare Flüssigkeiten
- Klasse 4.1: Entzündbare Feststoffe
- Klasse 4.2: Selbstentzündliche Stoffe
- Klasse 4.3: Stoffe, die bei Berührung mit Wasser entzündbare Gase entwickeln
- Klasse 5.1: Entzündend (oxydierend) wirkende Stoffe
- Klasse 5.2: Organische Peroxide
- Klasse 6.1: Giftige Stoffe
- Klasse 6.2: Infektiöse Stoffe
- Klasse 7: Radioaktive Stoffe
- Klasse 8: Ätzende Stoffe
- Klasse 9: Verschiedene gefährliche Stoffe (z. B. Asbest, PCB)

Die weitaus meisten Gefahrgüter werden auf der Straße befördert (262 Millionen Tonnen), 73 Millionen Tonnen mit der Eisenbahn und 51 Millionen Tonnen mit Binnenschiffen.

Die am meisten transportierten Gefahrgüter sind die entzündbaren Flüssigkeiten mit 71 Prozent (insbesondere Benzin, Diesel und Heizöl); es folgen die ätzenden Stoffe (7 Pro-

zent), die entzündbaren Feststoffe, die giftigen Stoffe und die Gase mit jeweils 6 Prozent; die restlichen 4 Prozent verteilen sich auf die übrigen Gefahrgutklassen.

80 Prozent aller Gefahrgüter werden in Tanks (Tankwagen, Aufsetztanks, Gefäßbatterien, Kesselwagen, Tankschiffe, Tankcontainern) befördert und 20 Prozent in Versandstücken (Stückgut-Lastkraftwagen, Eisenbahnwaggons, Containerschiffe).

Beim Transport passieren immer wieder Unfälle. 1990 waren es (in den alten Bundesländern) im Bereich des Straßenverkehrs 49, und zwar 38 mit Tankfahrzeugen und 11 mit Stückgutfahrzeugen, bei denen Gefahrgut austrat und/oder Personen verletzt wurden. Für den Bereich des Schienenverkehrs ist von ca. 20, für die Binnenschifffahrt von ca. 50 Gefahrgut-Unfällen auszugehen.

Bei den Unfällen kommt es immer wieder zu Verletzungen auch des Rettungspersonals (Polizei, Feuerwehr, Sanitäter)¹⁾, weil die Gefahren entweder nicht erkannt oder nicht richtig eingeschätzt werden. Das in den letzten dreißig Jahren immer weiter entwickelte System der Kenntlichmachung von Gefahrgut-Transporten hat bei den Betroffenen leider noch nicht die an sich erforderliche Verbreitung gefunden.

Für Gefahrgut-Transporte auf der **Straße** gibt es grundsätzlich zwei Informationssysteme:

- **am** Fahrzeug mittels **Warntafeln** und **Gefahrzetteln** („Signalisation“)
- **im** Fahrzeug mittels **Unfallmerkblatt** und **Beförderungspapier** („Dokumentation“).

1) Vgl. Bamberg, R.: Unfälle beim Transport gefährlicher Güter in Stückgutbehältern – Ergebnisse der Jahre 1987 bis 1989 –, Bergisch Gladbach 1990, S. 9.

Die Gefahrgut-Transportvorschriften besagen, daß Beförderungspapiere, die über Art und Menge der beförderten Güter Auskunft geben, unabhängig von der transportierten Menge immer mitzuführen sind. Das gleiche gilt für die orangefarbenen Warntafeln und das Unfallmerkblatt (**Abbildung 1**) im Tankfahrzeugverkehr. Dagegen müssen Warntafeln und Unfallmerkblatt im Stückgutfahrzeugverkehr erst bei Überschreiten bestimmter Mengengrenzen aufgeklappt bzw. mitgeführt werden. Es kann also sein, daß ein Lkw gefährliche Stückgüter geladen hat, aber die Warntafeln nicht aufgeklappt hat und ein Unfallmerkblatt nicht mitführt, weil die „kritische Menge“ nicht erreicht wurde. Diese Gefahrgut-Fahrzeuge sind im Straßenverkehr und damit auch bei Unfällen nicht auf den ersten Blick identifizierbar. Darüber hinaus werden im Tankfahrzeugverkehr die orangefarbenen Warntafeln zusätzlich mit Ziffern gekennzeichnet, was im Stückgutfahrzeugverkehr nicht der Fall ist. Die Ziffern auf den Warntafeln haben die folgende Bedeutung:

Obere Hälfte = „Gefahr-Nummer“ (auch „Kemler-Zahl“ genannt): Gibt Auskunft über Art und Ausmaß der Gefahr;

Untere Hälfte = „Stoff-Nummer“: sagt, welcher Stoff es ist, der transportiert wird.

Die erste Ziffer der „Gefahr-Nummer“ gibt in der Regel die Gefahrgut-Klasse wieder. „3“ zum Beispiel steht also für „entzündbar flüssig“. Ist die Gefahr nicht so groß (hoher Flammpunkt), folgt eine „0“; die Gefahr-Nummer würde also lauten: „30“ (Beispiel: Diesel). Hat der Stoff einen niedrigen Flammpunkt, wäre die zweite Stelle eine „3“; die Gefahr-Nummer würde also lauten: „33“ (Beispiel: Benzin). Ist die Flüssigkeit se-

Abbildung 1

Unfallmerkblatt: SAMMELADUNG GEFÄHRLICHE GÜTER IN VERSANDSTÜCKEN FÜR DIE KLASSEN 2, 3, 4.1, 4.2, 4.3, 5.1, 6.1, 8 und 9

Eigenschaften des Ladegutes: Die Substanzen können Flüssigkeiten, feste Stoffe oder Gase sein. Ihre Eigenschaften sind aus Spalte 3, ihre Kennzeichnung (Gefahrzettel) aus Spalte 1 der Rückseite zu ersehen.

Gefahren: Stoffe können explosionsgefährlich, entzündbar, selbstentzündlich, giftig oder ätzend sein oder die Verbrennung fördern oder sich zersetzen. Sie können explosionsfähige Gemische mit Luft bilden, sie können miteinander oder mit Wasser reagieren. Erhitzen kann zum Behälterzerknall, zur Explosion, Zersetzung und/oder Bildung von giftigen Gasen/Dämpfen führen. Mögliche Gefahr für Gewässer und Kläranlagen. (vgl. Gefahrenangaben zu den einzelnen Gefahrklassen bzw. Gefahrzetteln auf der Rückseite in Spalte 3).

Schutzausrüstung: Für Hilfskräfte:

- Entnahmehilfe: Vollschutz nach VFDG-Richtlinie 0601
- Nach Klärung des Ladungsinhalts flüssigkeitsspezifische Schutzausrüstung und Maßnahmen (siehe Rückseite Spalte 4 und 5)

 Für Fahrzeugführer:

- Geeigneter Atemschutz in Kombination mit dichtschießender Schutzbrille
- dichtschießende Schutzbrille
- Schutzkleidung
- Handschuhe aus Kunststoff oder Gummi
- Schuhsel

NOTMASSNAHMEN: Sofort Feuerwehr und Polizei benachrichtigen

- Motor abstellen
- Schutzausrüstung anlegen
- Zündquellen fernhalten (z. B. kein offenes Feuer) – Rauchverbot
- StraÙe sichern und andere Straßenbenutzer warnen
- Unbefugte fernhalten
- Auf windzugewandter Seite bleiben
- Nur explosionsgeschützte Leuchten und Elektrogeräte benutzen
- Transportdokumente aus dem Fahrerhaus bergen und Feuerwehr oder Polizei bei Eintreffen übergeben

Leck

- Ausgelaufene Flüssigkeit mit Erde, Sand oder anderem geeignetem Material eindämmen
- Verschütteten Feststoff mit trockenem Sand oder anderem geeignetem Material zu decken
- Verschüttetes Ladegut nur in geeignete GefäÙe füllen
- Falls Produkt in Gewässer oder Kanalisation gelangt ist: oder Erdboden oder Pflanzen verunreinigt hat, Feuerwehr oder Polizei darauf hinweisen

Feuer

- Entstehungsbrände mit Feuerlöscher bekämpfen, für die weitere Brandbekämpfung siehe Rückseite Spalte 4

Erste Hilfe

- Unter Beachtung des Selbstschutzes Verletzte retten
- Mit Produkt verunreinigte Haut sofort mit viel Wasser gründlich spülen
- Falls Produkt in Augen gelangt, unverzüglich mit viel Wasser mindestens 15 Min. spülen
- Verunreinigte Kleidungsstücke sofort ausziehen
- Ärztliche Hilfe grundsätzlich anfordern, insbesondere aber erforderlich bei Symptomen, die offensichtlich auf Einatmen, Verschlucken, Einwirkung auf Haut und Augen oder Einatmen u. a. von Verbrennungsgasen zurückzuführen sind

Seiten-Nummer und Anschrift des Beförderers (bei Vernehmung anfragen):

Für den Inhalt verantwortlich: Name und Anschrift der natürlichen oder juristischen Person:

Unfallmerkblatt für den Straßen- und Schienentransport

kundär z. B. giftig, würde eine „6“ folgen; die Gefahr-Nummer würde dann lauten: „336“ (Beispiel: Benzol). Wer die Gefahrgut-Klassen kennt, kann also auch die Gefahr-Nummern in der oberen Hälfte der orangefarbenen Warntafeln „übersetzen“.

Für die Identifizierung der „Stoff-Nummer“ (über 3200 verschiedene!) in der unteren Hälfte der orangefarbenen Warntafeln muß man sich Nachschlagewerken bedienen (z. B. Kühn/Birett: Gefahrgutschlüssel, ecomed Verlag, Landsberg a. L.).

Die Gefahrgut-Fahrer führen zur Durchführung von Erstmaßnahmen bei Unfällen im Lkw in der Regel eine Schutzausrüstung mit, bestehend aus ein Paar Handschuhen, einer dichtschießenden Augenschutzbrille, einer Augenspülflasche mit Wasser, einem Atemschutzgerät (in der Regel eine Halbmaske mit einem Mehrbereichs-Kombinationsfilter) und einem Säureschutz-Overall. Gleiches wäre dem Rettungspersonal ebenfalls anzuraten.

Die Kennzeichnung der Wagen ist im **Eisenbahnverkehr** ähnlich geregelt wie im Straßenverkehr. Warntafeln mit Gefahr- und Stoff-Nummer gibt es nur an Kesselwagen und Tankcontainern. Im Stückgutverkehr werden die Waggons außen mit Gefahrzetteln gekennzeichnet. Im **Binnenschiffsverkehr** erkennt man „Gefahrgutschiffe“ daran, daß sie – je nach geladenem Gefahrgut – ein, zwei oder drei blaue Kegel oder Lichter gesetzt haben.

Der Bundesminister für Verkehr hat eine „Gefahrgut-Informationskarte“ herausgegeben, die im Taschenformat das Wichtigste zum Gefahrguttransport zusammenfaßt (**Abbildung 2**). Diese Karte ist beim Bundesminister für Verkehr (Robert-Schumann-Platz 1, 53175 Bonn) kostenlos in der benötigten Anzahl erhältlich.


Abbildung 2

Der Bundesminister für Verkehr informiert:




Kennzeichnung der Straßenfahrzeuge mit gefährlichen Gütern

Orangefarbene Warntafel, vorn und hinten am Fahrzeug:
Allgemeiner Hinweis auf gefährliche Güter



Orangefarbene Warntafel mit Kennzeichnungsnummern, vorn, hinten und ggf. seitlich an Tankfahrzeugen, an Fahrzeugen mit Aufsetztanks und an Tankcontainern: Hinweis auf bestimmte gefährliche Güter und deren Gefahren.



Die Nummern bedeuten:

Obere Hälfte = Nummer zur Kennzeichnung der Gefahr (Gefahrnummer)

- 2 Entweichen von Gas durch Druck oder durch chemische Reaktion
- 3 Entzündbarkeit von Flüssigkeiten (Dämpfen) und Gasen
- 4 Entzündbarkeit fester Stoffe
- 5 Oxydierende (brandfördernde) Wirkung
- 6 Giftigkeit
- 7 Radioaktivität
- 8 Ätzwirkung
- 9 Gefahr einer spontanen heftigen Reaktion

Die Verdoppelung einer Ziffer weist auf die Zunahme der entsprechenden Gefahr hin.

Wenn die Gefahr eines Stoffes ausreichend von einer einzigen Ziffer angegeben werden kann, wird dieser Ziffer eine Null angefügt.

Folgende Ziffernkombinationen haben jedoch eine besondere Bedeutung:

- 22 tiefgekühltes Gas
- X323 entzündbarer flüssiger Stoff, der mit Wasser gefährlich reagiert, wobei entzündbare Gase entweichen.
- X333 selbstentzündliche Flüssigkeit, die mit Wasser gefährlich reagiert
- X423 entzündbarer fester Stoff, der mit Wasser gefährlich reagiert, wobei brennbare Gase entweichen
- 44 entzündbarer fester Stoff, der sich bei erhöhter Temperatur in geschmolzenem Zustand befindet
- 539 entzündbares organisches Peroxid
- 90 verschiedene gefährliche Stoffe

X vor der Nummer zur Kennzeichnung der Gefahr = Stoff reagiert in gefährlicher Weise mit Wasser

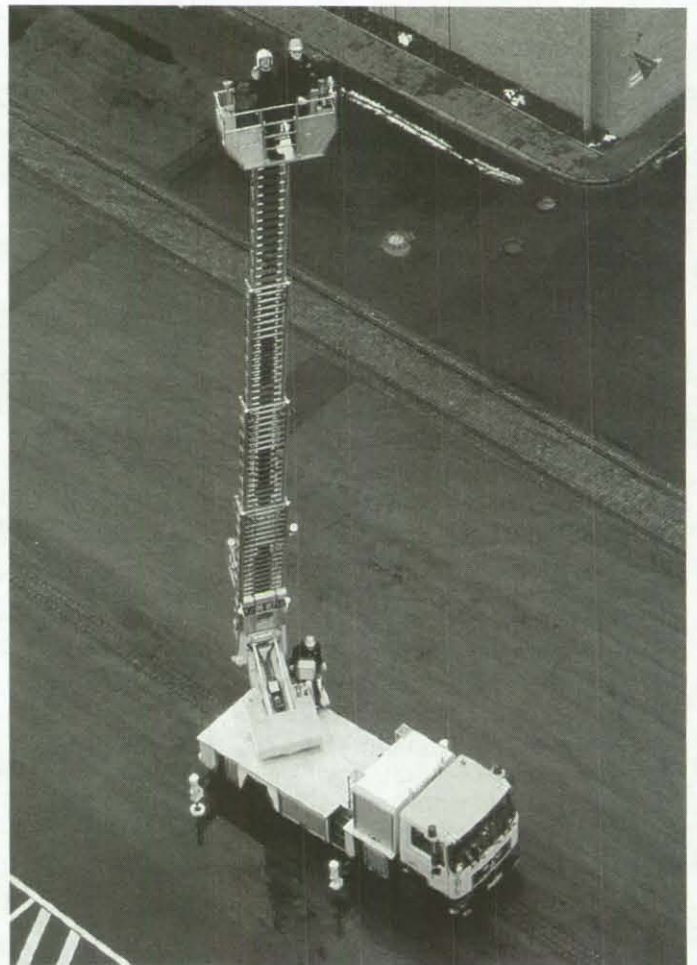
Untere Hälfte = Nummer zur Kennzeichnung des Stoffes (Stoffnummer)

Bei Gefahr: Nummern an Polizei/Feuerwehr weitergeben!

Jochen Maaß

Hoch hinaus mit neuer Technik

Feuerwehr Hamm stellt
neuen Leitertyp in Dienst



Ungewohnt ist der Anblick der neuen Drehleiter DLK 23-12 CIR des Löschzuges Werries der Feuerwehr Hamm auf MAN 14.232 F: Die Drehleiter hat einen neuen vierteiligen Leiterpark, hergestellt vom Feuerlöschgerätekwerk Luckenwalde (FGL). CIR steht für Computer-Integrierte Rettung. Die Leiter hat einen Rettungskorb mit einer Nennlast von 270 kg, der Platz für drei Personen bietet. Der stehende Rettungskorb kann über den Leiterpark gestülpt werden. Der Korb wird durch zwei Hydrozylinder unter dem Boden aufgerichtet und geneigt sowie bei Bewegungen des Leiterparks waagrecht gehalten. Befestigt werden können eine Krantragenhalterung, ein Monitor oder Flutlichtstrahler.

Dem Aufrichten und Neigen des Leiterparks dienen zwei doppelt wirkende Hydraulikzylinder im Drehgestell. Das Aus- und Einfahren der Leiterteile wird durch ein Seilzugsystem am unteren Leiterteil erreicht, das durch zwei doppelt wirkende Hydrozylinder bewegt wird. Ein Axialkolbenmotor sorgt für das Drehen des Leiteraufbaus.

Hinter der Kabine wurde ein zusätzlicher Gerätekoffer auf die Plattform montiert. Darin sind Preßluftatmer, Sprungretter und Hochleistungslüfter untergebracht.

Die Abstützung der Leiter erfolgt durch stufenlos verstellbare Hydraulikzylinder. Alle Zylinder sind mit Doppelrückschlagventilen ausgestattet. Selbst bei Beschädigung eines Hy-



Die neue FGL-DLK 23-12 CIR auf MAN 14.232 F.

draulikschauches bleibt die Abstützung voll erhalten. Ständig wird der Bodendruck elektronisch überwacht.

Der Leiteraufbau besteht aus dem Drehgestell mit Aufrichtrahmen und dem Leiterpark. Der Leiteraufbau ist auf einer doppelreihigen Kugeldrehverbindung gelagert. Ein Spindeltrieb im Aufrichtrahmen sorgt für die gerade Leiterausrichtung, wenn das Fahrzeug schräg steht. Beide Seiten des Drehgestells sind mit glasfaserverstärktem Polyester verkleidet. Dahinter liegen die Elektronik-Baugruppen.

Druck und Volumenstrom der Hydraulikanlage passen sich dem tatsächlichen Bedarf der Verbraucher an. Dies wird „Load-Sensing-System“ genannt. Das System verhindert die Überhitzung des Hydrauliköls. Das ist besonders wichtig bei dem im Hamm verwendeten Bio-Hydrauliköl, das aus Raps gewonnen wird und bei Temperaturen über 70°C schneller altert als synthetisches Öl.

Das Hydrauliköl kann über den Wegeventil-Umschaltblock wahlweise für die Hydrozylinder von Abstützung und Federblockierung oder für den Leiterantrieb genutzt werden. Bei einem Stromausfall steht der Umschaltblock auf Leiterbewegung. Der vierteilige Leiterdrehsatz kann so im Notbetrieb mit direkt auf die Ventile wirkenden Hebeln eingefahren werden.

Im Normalzustand erfolgt die Steuerung aller Bewegungen elektronisch mit der Vorgabe von Sollwertsignalen. Durch Steuerhebel erhalten die Meßfühler an den Hydraulikventilen Elektroimpulse. Durch die überaus genaue elektronische Durchlaßsteuerung an den Ventilen kann die Leiter sehr feinfühlig gesteuert werden.

Übermäßiges Beschleunigen der Leiterbewegungen und plötzliches Bremsen im Endbereich wird durch den Computer verhindert. Der Computer vergleicht ständig den Sollwert und den Ist-Wert verschiedener Betriebszustände. Wenn die Leiter beispielsweise bis fast ans Ende ausgezogen ist, wird dies vom Rechner registriert. Auf dem letzten Stück erfolgt dann automatisch ein sanftes Abbremsen.

Alle wichtigen Werte werden dem Maschinisten am Hauptsteuerstand auf einem Leuchtkristall-Farbgrafikbildschirm (LCD) angezeigt. So werden die Benutzungsgrenzen und der aktuelle Leiterstand angezeigt. Im Korb ist eine Ziffernanzeige vorhanden. Am Bildschirm werden weiterhin farbige Signale für bestimmte Be-



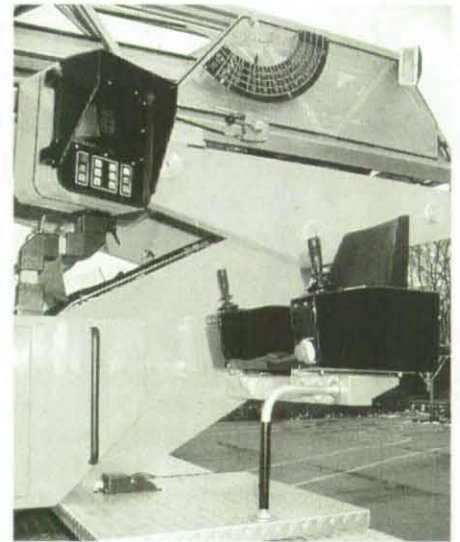
Im Gerätekofter sind auf der linken Seite ein Wenderohr sowie ein Sprungretter untergebracht. Im Fach unten Handscheinwerfer und Sanitätskasten.



Die Halterung der beiden Preßluftatmer auf der rechten Fahrzeugseite kann ausgeklappt werden. Dann haben die Geräte die richtige Höhe zum Anlegen.



Hier wurde ein wettergeschützter Stauplatz für den Hochleistungslüfter geschaffen.



Der Hauptbedienstand befindet sich links am Drehkranz.

triebszustände sowie Textinformationen zur Beseitigung von möglichen Störungen angezeigt. Werden die zulässigen Grenzwerte überschritten bzw. unterschritten, stoppt der Rechner die Antriebe.

- Kontrolliert werden
- die Freistands- oder Benutzungsgrenze,
 - die Überlastung des Leitersatzes,
 - die Abweichung von der lotrechten Seitenlage des Leitersatzes,
 - die Überschreitung des maximalen Aufrechtwinkels,
 - die Korbanstoßgefahr,
 - die Unterschreitung des Bodendrucks an der Abstützung,
 - ein zu niedriger Hydraulikölstand sowie
 - das Abfallen der Batteriespannung.

Eine berührungslose Korbanstoßsicherung bremst die Leiter etwa 30 cm vor einem Hindernis ab. Danach ist Anleitern möglich. Außerdem gibt es noch eine leiterinterne Anstoßsicherung bei Berührung.

Die neue DLK 23-12 CIR wird in Normal- und Niedrigbauweise ausgeführt. Auf MAN 14.232 F wird damit eine Bauhöhe von 3,30 bzw. 3,05 Metern erreicht, bei Mercedes-Benz 1524 von 3,25 bzw. 2,95 Metern. Alle Fahrzeuge haben ein Gesamtgewicht von 14 Tonnen. In der gleichen Technik ist eine DLK 18-12 CIR auf MAN 12.323 F oder Mercedes-Benz 1124 F mit einem Gesamtgewicht von 12 Tonnen erhältlich.



Schlagkräftige Gefahrenabwehr auf Europas größtem Rangierbahnhof in Maschen

Gerüstet für den Notfall

14 Wehrmänner der Bahnfeuerwehr sichern rund um die Uhr die Einsatzbereitschaft

Mit einer Länge von sieben Kilometern, einer Breite von 700 Metern, einer Gleisanlage von 300 Kilometern mit 825 Weicheneinheiten und einer Gesamtfläche von 280 ha ist der Rangierbahnhof Maschen der Deutschen Bahn AG vor den Toren Hamburgs Europas größter Rangierbahnhof. Täglich werden rund 6000 Waggons und Kesselwagen mit unterschiedlichsten Gütern abgefertigt; rund 190 neu zusammengestellte Züge verlassen innerhalb 24 Stunden den Rangierbahnhof in alle Richtungen.

Die hohe Leistungsfähigkeit des Bahnhofs Maschen wird nur möglich

mit Hilfe zahlreicher technischer Hilfsmittel und einem weitgehend automatischen Betrieb, der von Rechneranlagen gesteuert und geregelt wird. Trotz modernster Technik und aller Vorkehrungen ist es bei dem hohen Wagenaufkommen und der Verkehrsdichte nicht ganz auszuschließen, daß es auf dem Bahngelände zu Betriebsunfällen unterschiedlichster Art kommt. Einen besonderen Stellenwert haben dabei Schadensereignisse mit gefährlichen Stoffen wie z.B. Mineralöl oder Chemikalien, denn inzwischen hat das Transportaufkommen gefährlicher Güter bei der Deutschen Bahn AG einen Anteil

von rund 15 Prozent der insgesamt beförderten Gütermenge erreicht.

Bahnfeuerwehr steht bereit

Zur Hilfeleistung bei Bahnbetriebsunfällen und außergewöhnlichen Ereignissen steht auf dem Rangierbahnhof Maschen die Bahnfeuerwehr bereit, gebildet aus 14 Mitarbeitern, die sich freiwillig zu Feuerwehrmännern haben ausbilden lassen. Sie sichern neben ihren eigentlichen Aufgaben in einer Wochenbereitschaft mit jeweils sechs Mann

rund um die Uhr die Einsatzbereitschaft der Wehr. Alarmiert über Funkmeldeempfänger sind sie spätestens innerhalb von zehn Minuten auf der Feuerwache.

In 1993 rückte die Bahnfeuerwehr zu rund 140 Einsätzen aus. Der größte Teil waren Gefahrguteinsätze, die meist daraus bestanden, Undichtigkeiten an Kesselwagen zu schließen oder Fässer mit gefährlichen Stoffen zu bergen, die aus einem Waggon gefallen waren. Zu einem größeren Unfall kam es Anfang 1993, als auf dem Rangierbahnhof drei mit Phenol beladene Kesselwagen umkippten. Zum Glück trat kein giftiges Ladegut aus, so daß es nicht zu einem Umweltschaden kam. Dennoch zeigte dieser Unfall deutlich auf, auf welche möglichen Schadensereignisse, die schnell zur Katastrophe werden können, sich die Bahnfeuerwehr einzustellen hat.

Fundierte Ausbildung

Alle Wehrmänner haben eine fundierte Ausbildung. Ihre Grund- und Truppführerausbildung haben sie nach den bundesweit geltenden Feuerwehrdienstvorschriften am Standort absolviert. Die Ausbildung der Führungskräfte erfolgte bei der Berufsfeuerwehr Hamburg und an den Landesfeuerwehrschulen. Großgeschrieben wird die theoretische und insbesondere praktische Weiterbildung der Wehrmänner vor Ort. Pflicht sind acht Fortbildungsstunden im Monat. Dabei werden jeweils Schwerpunkte gebildet wie zum Beispiel Atemschutz, Menschenrettung, Erste Hilfe, Verhalten bei Freiwerden gefährlicher Stoffe, Technische Hilfeleistung etc. Größere Übungen, teilweise auch gemeinsam mit den Freiwilligen Feuerwehren des Landkreises Harburg, auf die die Bahnfeuerwehr im Notfall zurückgreifen kann, ergänzen die Schulung.

Zu den Aufgaben der Bahnfeuerwehr Maschen zählt auch die Atemschutz-Ausbildung von Mitgliedern der Bahnfeuerwehren im norddeutschen und schleswig-holsteinischen Direktionsbezirk der DB. Zwei- bis dreimal im Jahr schult stellvertretender Wehrführer Brandmeister Horst Rickmann Wehrmänner in einem einwöchigen Lehrgang in der Handhabung der Atemschutzgeräte und Chemieschutzanzüge.

Auch ist dem Rangierbahnhof Maschen eine Atemschutzgeräte-Werkstatt angegliedert, in der die 60 Atem-



Zwei moderne Einsatzfahrzeuge stehen zur Gefahrenabwehr bereit.



Für Gefahrgutunfälle bestens gerüstet.



Der schienengebundene Löschzug in Maschen.



Anfang 1993 stürzten drei Kesselwagen um; zum Glück kam es zu keinem Umweltschaden.



Ein Blick auf die neue Feuerwache auf dem Gelände des Rangierbahnhofs.



Die Wehrmänner der Bahnfeuerwehr Maschen.

(Fotos: Sers 4, DB 2)

schutzgeräte, 80 Atemschutzmasken und 50 Chemieschutzanzüge der Bahnfeuerwehren im Direktionsbezirk nach einem Einsatz gereinigt und gewartet werden.

Moderne Fahrzeugausstattung

Seit 1990 verfügt die Bahnfeuerwehr Maschen über einen Rüstwagen Gefahrgut (RW-G) mit umfassender Ausstattung zur Bekämpfung von Unfällen mit gefährlichen Stoffen. 1992 wurde das bisherig eingesetzte Tanklöschfahrzeug TLF 16/24 durch ein Löschfahrzeug/Technische Hilfeleistung HLF 24 mit einem Hänger, beladen mit 500 Liter Schaummittel, ersetzt. Dies entspricht dem neuen Fahrzeug- und Ausrüstungskonzept für die Bahnfeuerwehren der Deutschen Bahn AG, die damit auf das erheblich gesteigerte Transportaufkommen gefährlicher Güter auf der Schiene reagiert.

Eine Besonderheit in Maschen ist der schienengebundene Löschzug, bestehend aus einem Kesselwagen mit einem Fassungsvermögen von 60 000 Liter Wasser und einem Flachwagen, bestückt mit einer Tragkraftspritze und einem Monitor. Der Löschzug wird in- und außerhalb des Bahnhofsgeländes zur Brandbekämpfung eingesetzt.

Neue Feuerwache im Bau

Kurz vor der Fertigstellung steht die neue Feuerwache der Bahnfeuerwehr Maschen. Das Gerätehaus beinhaltet drei Stellplätze für Einsatzfahrzeuge, einen Schulungsraum, einen Raum zur Entgiftung von Einsatzbekleidung sowie Sozial- und Geräteräume. Untergebracht wird hier dann auch die Atemschutzgeräte-Werkstatt.

Mit der Bahnfeuerwehr verfügt der Rangierbahnhof Maschen über ein schlagkräftiges Hilfeleistungs- und Gefahrenabwehrpotential. Die neue Fahrzeug- und Geräteausstattung, die fundierte Aus- und konsequente Weiterbildung der Wehrmänner und nicht zuletzt auch die in Bälde zu beziehende neue Feuerwache sind die Garanten für eine qualifizierte Schadensbekämpfung im Notfall.

-güse-

Mecklenburg-Vorpommern

Rostock

Der Aufbaustab der BVS-Außenstelle Schwerin hat jetzt ein erstes Pressegespräch in der Informations- und Beratungsstelle in Rostock durchgeführt. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Vorstellung der Aufgabe des BVS als Partner im Bevölkerungsschutz sowie die Werbung von Helfern.

Die Presse hat die Informationen des BVS positiv angenommen und überregional berichtet. Als Vertreter der Stadt nahm Brandrat Jörg Bauschke an der Veranstaltung teil und sprach sich für eine enge Zusammenarbeit mit dem BVS aus.

Als Folge des Pressegesprächs konnte ein reges Interesse von Betrieben und Behörden an der Tätigkeit des BVS verzeichnet werden.

Nordrhein-Westfalen

Bad Neuenahr-Ahrweiler

Anlässlich der Wahl des Bundeshelfervertreters und seiner Stellvertreter am 5. März 1994 in Bad Neuenahr-Ahrweiler zeichnete BVS-Direktor Helmut Schuch die ehrenamtliche Mitarbeiterin Else Grosch mit einer Ehrennadel sowie den ehrenamtlichen Mitarbeiter Werner Schwanck mit einer Ehrengabe für ihre langjährige Mitarbeit im Verband aus.

Frau Grosch, seit 1980 beim BVS tätig, ist Beauftragte für Information/Ausbildung und für Frauen sowie Helfervertreterin im Bereich der Informations- und Beratungsstelle Koblenz. Bis 1993 war sie BVS-Landeshelfervertreterin in



Else Grosch freut sich sichtlich über die Ehrung durch Direktor Schuch. (Fotos: Lauer)



Werner Schwanck erhält aus der Hand von Direktor Schuch die Ehrengabe des Verbandes. (Fotos: Lauer)



Außenstellenleiter Eykmann (rechts) verabschiedet Horst Wutzow, links Margret Getzlaff.

Rheinland-Pfalz. Neben ihrer Mitarbeit im Verband ist Frau Grosch auch Sprecherin der Koblenzer Frauenverbände mit guten Kontakten zu politischen Parteien.

Werner Schwanck wurde 1964 ehrenamtlicher Mitarbeiter im BVS und engagiert sich insbesondere im Ausbildungsbereich. Seit 1981 ist Schwanck Helfervertreter in Bremen.

Direktor Schuch dankte den Geehrten für ihr überdurchschnittliches Engagement, auch in der heutigen schwierigen Zeit. Beide seien schon seit langer Zeit in vielen Funktionen erfolgreich tätig und sollten ihre reichhaltigen Erfahrungen an jüngere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verbandes weitergeben.

Wesel

Zwei Gründe waren der Anlaß für eine Zusammenkunft von ehrenamtlichen Mitarbeitern und Freunden des BVS in den Räumen der Informations- und Beratungsstelle Wesel: Margret Getzlaff, seit 1980 Bürosachbearbeiterin in Wesel wurde von Außenstellenleiter Peter Eykmann in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Gleichzeitig verabschiedete Eykmann den seit mehr als 25 Jahren mitwirkenden ehrenamtlichen Helfer Horst Wutzow, der zunächst als Ausbilder und Fachlehrer, später als Fachbearbeiter tätig war.

Hamm

Im Rahmen einer Feierstunde der BVS-Informations- und Beratungsstelle Hamm wurden drei Jubilare durch Dienststellenleiter Gerhard Reckert geehrt. Fritz Quardon, Heinz Billeb und Friedhelm Böhle blicken auf jeweils 30jährige ehrenamtliche Tätigkeit zurück. Die drei Jubilare werden



Ehrung in Hamm (v. links): Dienststellenleiter Reckert und Heinz Billeb, Fritz Quardon sowie Friedhelm Böhle. (Foto: Lind)

weiterhin den BVS als Beauftragte in Bergkamen, Lünen und Unna vertreten.

Nachruf

Die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BVS-Außenstelle Recklinghausen trauern um ihren ehrenamtlichen Helfer

Karl Schuster

der plötzlich und unerwartet verstarb.

Karl Schuster war seit 1964 beim BVS tätig. Bereits 1966 wurde er mit der Leitung der Kreisstelle Dinslaken beauftragt. Von 1976 bis zu seinem Ausscheiden am 31.12.1990 leitete er die BVS-Dienststelle Wesel. Auch im Ruhestand engagierte er sich als ehrenamtlicher Beauftragter im Kreis Wesel für den Selbstschutz.

Durch seine kollegiale Art und seinen unermüdlchen Einsatz für den Selbstschutz wird er den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Außenstelle in guter Erinnerung bleiben.

Hessen

Biedenkopf

„Der BVS trägt mit dazu bei, daß Vorsorge für Notsituationen richtig geplant werden kann. Dafür bedanke ich mich im Namen der Stadt Biedenkopf und wünsche der Ausstellung einen guten Verlauf und regen Zuspruch.“ Mit diesen Worten eröffnete Stadtrat Willi Bast die BVS-Ausstellung zum Thema „Bevölkerungsschutz“ im Biedenkopfer Rathaus.

Die zahlreichen Besucher, darunter auch Schulklassen, konnten sich auf Schautafeln über den Zivilschutz, den Rettungsdienst und den Katastrophenschutz informieren. Publikumsmagnet war wie immer die praktische Demonstration mit der Brandpuppe. Videos, die vom BVS-Team kommentiert wurden, räumten letzte Unklarheiten aus dem Weg.

Gießen

Die BVS-Informations- und Beratungsstelle Wetzlar führte in ihrem Bereich in punkto „Frauenarbeit“ einige Informationsveranstaltungen durch: Die Sachgebietsleiterin für Frauenarbeit der BVS-Außenstelle Mainz, Hannelore Klingelhöfer-Bartholomäus, richtete sich diesmal an die Landfrauen. Bei den Informationsabenden konnte sie insge-

samt 68 Teilnehmerinnen begrüßen.

Im theoretischen Teil ihrer Erörterungen stellte sie den Bevölkerungsschutz, und hier insbesondere die Arbeit des BVS, vor. Gleichzeitig verwies sie auf das Ausbildungsangebot des BVS für ehrenamtliche Mitarbeiter. Der praktische Teil der Veranstaltungen war auf das Tätigkeitsfeld der Landfrauen abgestimmt. Mit großem Interesse verfolgten sie die Hinweise.

Bad Endbach

Unter dem Logo „Was ist Bevölkerungsschutz?“ informierten der BVS zusammen mit den Hilfsorganisationen und der Gemeinde Bad Endbach in einer zweiwöchigen Ausstellung über Zivil- und Katastrophenschutz. Die BVS-Ausstellung, bestehend aus einer großen Informationswand, war im Foyer des Bewegungsbades „Kurmittelhaus“ in Bad Endbach plaziert. Videovorführungen und Informationsmaterial sprachen zusätzlich Gäste und Besucher an.

Die Eröffnung der Ausstellung nahm Bürgermeister Jochen Becker vor. Er zeigte, wie einfach es ist, aktiv Selbstschutz zu praktizieren und löschte eine Puppe in brennender Kleidung mit einer Decke.

Neu-Isenburg

Sämtliche hauptamtlichen Mitarbeiter der BVS-Außenstelle Mainz waren bei der Arbeitstagung in den Räumlichkeiten des Feuerwehr-Stützpunktes in Neu-Isenburg anwesend. Auf dem Programm der ganztägigen Tagung stand die Einweisung in die neuen Aufgaben des Verbandes. Die Sachgebietsleiter Hans Kremer, Joachim Behrens und Günter Wufka machten in ihren Darlegungen auf zukünftige Maßnahmen und Arbeitsvorgänge aufmerksam und wiesen die Mitarbeiter ein.

Frankfurt

Die Durchführung des BVS-Selbstschutz-Grundlehrgangs für die Abgangsklassen der Haupt- und Realschule Bidda ist mittlerweile schon eine feste Einrichtung. Auf zwei Tage verteilten die BVS-Mitarbeiter der Informations- und Beratungsstelle Frankfurt die Lehrinhalte des 12-Stunden-Lehrgangs.

An die theoretischen Ausführungen über Selbstschutzmaßnahmen schlossen praxisbezogene Beispiele an, die mit Interesse verfolgt wurden.

*

Die BVS-Außenstelle Mainz, vertreten durch Sachgebietsleiter Günter Wufka, ernannte im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft der Infor-



BVS-Mitarbeiter Wufka (Mitte) und die neuen BVS-Beauftragten (v. links) Fritz Krieger, Karl-Heinz Eitel, Wolfgang Stark und Adolf Wolf.

mations- und Beratungsstelle Frankfurt die BVS-Beauftragten für Öffentlichkeitsarbeit. Als Stadt- bzw. Ortsbeauftragte für einzelne Gebietskörperschaften begrüßte Wufka folgende ehrenamtliche Mitarbeiter: Fritz Krieger wird künftig im Main-Kinzig-Kreis den BVS vertreten, Karl-Heinz Eitel im Landkreis Offenbach, Wolfgang Stark wird Kontakte zwischen Kommunen und BVS im Wetterau-Kreis herstellen und Adolf Wolf in der Stadt Wiesbaden nebst dem Main-Taunus-Kreis.

Gilsberg

Anlaß zum Feiern gab das 10jährige Bestehen der Damengruppe der Freiwilligen Feuerwehr Gilsberg. Zahlreiche Besucher kamen ins Feuerwehrhaus, um zum Jubiläum zu gratulieren. Zum Festprogramm gehörte auch ein BVS-Sicherheitswettbewerb, den die Informations- und Beratungsstelle Fulda gemeinsam mit der Freiwilligen Feuerwehr und dem DRK durchführte. Im Vordergrund stand dabei der Selbstschutz, also die Vorsorge und Eigenhilfe des einzelnen. Außerdem zeigte der BVS, wie Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Zivilschutz zusammenwirken.

Rheinland-Pfalz

Frankenthal

Auf der großen Verbraucher-Fachmesse in Frankenthal, der „Frankenthal-Woche“ mit insgesamt 250 Ausstellern war auch dieses Jahr wieder der BVS dabei. Hier präsentierte die BVS-Informations- und Beratungsstelle Kaiserslautern die neue Bevölkerungsschutz-Ausstellung mit dem Slogan „Was ist Bevölkerungsschutz?“

Über mangelndes Interesse an seinem Stand konnte das BVS-Team nicht klagen. Daneben richtete der BVS zusammen mit der JUH und dem

MHD einen Sicherheitswettbewerb aus.

Kaiserslautern

Im festlichen Rahmen ehrte die BVS-Informations- und Beratungsstelle Kaiserslautern langjährige ehrenamtliche Helferinnen und Helfer und setzte neue Ehrenamtliche in ihr Amt ein. Bei der Veranstaltung im Festsaal der Stadtparkasse Kaiserslautern dabei waren alle im Katastrophenschutz tätigen Organisationen und Institutionen sowie Angehörige von Werkfeuerwehren.

Der Referatsleiter für Information und Aufklärung sowie Öffentlichkeitsarbeit der BVS-Bundeshauptstelle, Fritz Neckermann, begrüßte die Gäste. Er dankte den Helfern für ihren Einsatz. Außenstellenleiter Erich Urbaniak und Dienststellenleiter Hilmar Matheis sprachen ein herzliches Dankeschön an die ehrenamtlichen Helfer aus.

*

Zu einem Empfang im Feuerwehrhaus Kaiserslautern lud Bürgermeister Anton Jung und BVS-Dienststellenleiter Hilmar Matheis sämtliche Gewinner des BVS-Sicherheitswettbewerbs ein. Bei dem Wettbewerb, an dem sich rund 100 Personen beteiligten, galt es, an mehreren Stationen Fragen zu Selbstschutz, Brandschutz und Sofortmaßnahmen am Unfallort zu beantworten.

Bürgermeister Jung gratulierte den Gewinnern und dankte dem BVS für seine Initiative im Bevölkerungsschutz. Dienststellenleiter Matheis bedankte sich ebenfalls bei den Preisträgern für ihr Interesse an den Aktionen des BVS.

Koblenz

Auf der Arbeitsgemeinschaft der Informations- und Beratungsstelle Koblenz konnten Helferin Else Grosch und Sachgebietsleiter Günter Wufka von der BVS-Außen-



BVS-Mitarbeiter Wufka gratuliert Lydia Promies zum Jubiläum.

stelle Mainz drei neue Helfer begrüßen. Günter Wufka überreichte die Ernennungsurkunden und dankte den Helfern, daß sie sich für den BVS engagieren.

Anlaß zu einer Ehrung gab die zehnjährige ehrenamtliche Mitarbeit von Lydia Promies, die als Fachlehrerin zahlreiche Ausbildungsveranstaltungen durchführte. Sachgebietsleiter Wufka überreichte ihr die Urkunde des Verbandes und dankte ihr für ihren tatkräftigen Einsatz.

Saarland

Neunkirchen

An einem etwas ungewöhnlichen Ort präsentierte die BVS-Informations- und Beratungsstelle Neunkirchen die BVS-Ausstellung: In einem Baumarkt im Kreis Merzig-Wadern. Der Vorteil dieses Standortes war, daß die BVS-Ausstellung inmitten der Einkaufenden plazierte war. Das weckte natürlich manches Interesse für die Arbeit des BVS.

Insgesamt 500 Broschüren wurden an einem Tag ausgegeben, so die stolze Bilanz der Veranstaltung. Ein näheres Gespräch mit dem BVS-Team führten 70 Personen.

Nachruf

Der BVS nimmt Abschied von zwei langjährigen Mitarbeitern der Informations- und Beratungsstelle Neunkirchen, von

Hans Gregorius

und

Erich Hewel.

Hans Gregorius war insgesamt 20 Jahre für den BVS als Dienststellenleiter in Neunkirchen tätig, bis er aus gesundheitlichen Gründen 1981 ausscheiden mußte. Am Aufbau des BVS im Saarland wirkte er maßgeblich mit. Darüber hinaus engagierte er sich als Mitglied im Hauptpersonalrat. Seine hilfsbereite und aufgeschlossene Wesensart erfreute sich überall großer Wertschätzung.

Erich Hewel setzte sich 27 Jahre als ehrenamtlicher Helfer für die Ziele des BVS ein. Er absolvierte die Ausbildung zum Fachlehrer und war als verdienter Mitarbeiter geschätzt.

Hans Gregorius und Erich Hewel werden wir ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BVS-Außenstelle Mainz und der Informations- und Beratungsstelle Neunkirchen

Stuttgart

„Dieses Gästebuch soll ein Spiegelbild über die Tätigkeit dieser Einrichtung sein. Gerne hätte ich dieses Buch einem Nachfolger zur Weiterleitung übergeben, leider wird die FZA außer Betrieb gesetzt. Zu meiner Verabschiedung übergebe ich das Buch der BVS-Außenstelle Stuttgart.“ So der letzte Eintrag in das Gästebuch der „Fahrbaren Zivilschutzausstellung“ vom langjährigen Leiter dieser Institution, Franz Fuchs. Damit endete eine fünfeinhalbjährige erfolgreiche Arbeit im Rahmen der Ausstellungseinsätze der FZA, und für Franz Fuchs eine 28jährige Laufbahn beim BVS.



Franz Fuchs in „seiner“ Ausstellung.

Mit der Übernahme der neukonzipierten Ausstellung 1988 übernahm Fuchs seine neue Tätigkeit als „Leiter FZA“, und unter hohem persönlichen Einsatz wurde in den folgenden Jahren Erstaunliches geleistet. So konnten insgesamt 99 Ausstellungseinsätze verzeichnet werden. 350.167 Besucher wurden bei Messen, Ausstellungen, an Helfertagen und in öffentlichen Gebäuden und Schulen beraten und informiert. 1.064 Veranstaltungstage, 48.664 zurückgelegte Kilometer und in den letzten drei Jahren allein 696 Info-Veranstaltungen mit

mehr als 16.000 Teilnehmern waren weiterhin in der Leistungsbilanz zu verzeichnen.

*

Zivilschutz, Haager und Genfer Konvention, Katastrophenschutz, Bevölkerungsschutz und Selbstschutz-Themen, mit denen Reservisten nur selten konfrontiert werden, standen jetzt im Mittelpunkt von Vorträgen des BVS. Die im Rahmen von Kameradschaftsabenden durchgeführten Informationsveranstaltungen sind flächendeckend in Baden-Württemberg in enger Zusammenarbeit mit dem Verband Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. in mehr als 280 Reservistenkameradschaften angeboten worden.

Hockenheim

Die oberste Motorsport-Kommission (OMK) verlangt, die Sicherheit auf den Motorrennstrecken zu steigern. Zum fünften Mal fand nun in Hockenheim eine Aus- und Fortbildung im Rahmen eines Tagesseminars für Rennsportwarte des Badischen Motorsport-Clubs (BMC) statt. Die Themen wurden den rund 100 Teilnehmern vom BMC in enger Zusammenarbeit mit dem BVS nahegebracht. Der BVS führte eine Stationsausbildung durch, bei der es u.a. um die Handhabung des Feuerlöschers, die Helmabnahme und das Retten eines Fahrers aus dem Fahrzeug mit dem Rettungsgreif ging.

Freiburg

Für seine 30jährige ehrenamtliche Mitarbeit bei der BVS-Informations- und Beratungsstelle Freiburg konnte vor kurzem Rolf Wiesbrock ausgezeichnet werden. Außenstellenleiter Wolfgang Raach würdigte in seiner Laudatio die Leistungen und das Engagement des Helfers. Trotz starker beruflicher Beanspruchung stand er dem BVS nahezu uneingeschränkt zur Ver-



Glückwünsche zum Jubiläum (v. links): Heinrich Knaub und die BVS-Mitarbeiter Johann Hartmeier und Volker Hochmann.

fügung. Er realisierte und gestaltete Helfertage, unterstützte die Landesstelle bei der Umsetzung von Informationsstrategien, entwickelte eigene Kleinausstellungen und kreierte bereits 1979 einen „Filmstand“, sozusagen den Vorläufer der Filmwagen.

Bayern

Bayreuth

Im Rahmen einer Feierstunde konnte Heinrich Knaub Ehrenurkunde und Ehrengabe des BVS als Dank für 30jährige ehrenamtliche Mitarbeit überreicht werden.

BVS-Dienststellenleiter Volker Hochmann würdigte besonders die Bereitschaft des Jubilars, auch über das 65. Lebensjahr hinaus für den BVS aktiv zu bleiben.

München

Nach 30 Jahren Arbeit im Selbstschutz verabschiedete sich Wolfgang Klippe von den Mitarbeitern der BVS-Außen/Landesstelle Bayern. Helmut Schneider, Leiter der Außen-/Landesstelle, überreichte ihm die Dankurkunde und erinnerte an die Stationen seines Werdegangs.

1964 trat der gebürtige Niedersachse nach seiner Bundeswehrdienstzeit seinen Dienst bei der Landesstelle Bayern des damaligen BLSV an. Vier Jahre war er bei der Dienststelle München-Land tätig und kam 1972 zur Landesstelle in das Sachgebiet Verwaltung zurück. 18 Jahre im Sachgebiet Verwaltung und zuletzt drei Jahre im Fachgebiet Öffentlichkeitsarbeit habe Wolfgang Klippe zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten gearbeitet, betonte Schneider.



Helmut Schneider (links) überbringt Wolfgang Klippe den Dank des BVS, in der Mitte Frau Klippe.

„Das THW steht nicht in Frage“

Innenminister Kanther nimmt zu einem aktuellen Thema Stellung

Mit deutlichen Worten nimmt Bundesinnenminister Manfred Kanther zur gegenwärtigen Diskussion um eine Neugliederung des THW Stellung. In einem Offenen Brief an die Helferinnen und Helfer der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk bekennt sich der Minister zum ehrenamtlichen Engagement in unserer Gesellschaft und zur Unverzichtbarkeit des Technischen Hilfswerks.

Zugleich zeichnet er die Silhouette eines neuen THW, das in seinen Strukturen auch angesichts der angespannten Haushaltslage und der veränderten sicherheitspolitischen Situation in Europa leistungs- und einsatzfähig bleiben soll. Dabei setzt der Minister in seinen Zeilen ausdrücklich auf das Gespräch und das vertrauensvolle Zusammenwirken mit allen Beteiligten:

„Im Technischen Hilfswerk gibt es Diskussionen um die Zukunft der Organisation. Ursache sind Überlegungen für eine generelle Neukonzeption des Zivil- und Katastrophenschutzes, die derzeit umfassend angestellt werden. Es liegt mir daran, folgendes klarzustellen:

1. Der Zivilschutz bedarf dringend der Neuordnung. Hierzu gehört auch das Technische Hilfswerk, dessen primäre Aufgabe die Leistung technischer Hilfe im Zivilschutz ist. Grund hierfür ist zum einen die veränderte sicherheitspolitische Lage in Europa. Sie verlangt eine Veränderung der Vorkehrungen für die zivile Verteidigung. Das Lagebild ist glücklicherweise nicht mehr wie früher von der Möglich-

keit flächenhafter, kriegerischer Verwüstung bestimmt. Zum anderen zwingt auch die schwierige Haushaltslage zum Sparen. Die derzeit gültige Finanzplanung sieht bis 1997 ein Absenken des Plafonds für die gesamte zivile Verteidigung von derzeit rund 663 Mio DM auf rund 589 Mio DM vor. Endgültige Haushaltsentscheidungen sind noch nicht getroffen.

2. Die generellen Überlegungen gelten natürlich auch für das THW. Die Leitung des Technischen Hilfswerks hat deshalb den Auftrag, ein Konzept zur Anpassung an die veränderte Lage zu erarbeiten. Für dieses Konzept gelten folgende Leitlinien:

– Das THW steht als unentbehrliche Organisation nicht in Frage. Es leistet auch in Zukunft qualifizierte technische Hilfe im Inland und wird wie bisher bei humanitären Hilfsaktionen im Ausland eingesetzt.

– Die Zahl der Einheiten, ihre innere Struktur, ihre Aufgabenstellung und ihre Ausrüstung müssen an die veränderte Situation angepaßt werden.

– Die ehrenamtliche Mitarbeit der Bürger im Zivil- und Katastrophenschutz ist eine tragende Säule des von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam getragenen Hilfeleistungssystems und auch in Zukunft unverzichtbar.

– Helfer, die wegen ihres Dienstes im Katastrophenschutz vom Wehrdienst freigestellt sind, sollen auch dann freigestellt bleiben, wenn ihr bisheriger „THW-Platz“ durch die Umstrukt-

rierung entfällt und sie in anderer Funktion im Katastrophenschutz mitarbeiten.

– Die Aufbauorganisation wird gestrafft. Die Zahl der Landesbeauftragten wird durch Zusammenlegung der Dienststellen auf acht reduziert. Die Zahl der Geschäftsbereichsbereiche kann ungefähr um die Hälfte verringert werden, ohne daß dadurch die Einsatzfähigkeit und Schlagkraft des THW geschwächt werden.

– Überprüft werden muß auch die Zahl der Ortsverbände. Wo Ortsverbände mangels geeigneter Helfer nicht lebensfähig sind, sollten sie aufgelöst werden. Soweit in einer Stadt mehrere Ortsverbände bestehen, liegt eine Zusammenfassung nahe. Die THW-Leitung wird entsprechende Vorschläge vorlegen.

– Das Ausbildungswesen des THW wird im Gesamtsystem der Schulen des Sektors Zivil- und Katastrophenschutz überprüft.

– Der Aufbau des THW in den neuen Bundesländern findet planmäßig weiter statt.

Die THW-Leitung hat inzwischen den ersten Entwurf eines Konzepts zur Neugliederung des THW vorgelegt. Dieser Entwurf bedarf noch eingehender Erörterung in allen zuständigen Gremien. Mein Ziel ist es, im vertrauensvollen Zusammenwirken mit allen Beteiligten größtmöglichen Konsens über die Zukunft des THW und seine geänderte Struktur zu erzielen. Das wird abschließend möglich sein, wenn die Haushaltsüberlegungen bis Mitte des Jahres konkretisiert haben.“

Hamburg



Unterstützung durch Versicherung

Hamburg. „Ohne Moos – Nix Los“ lautet der Titel eines Buches von führenden deutschen Karikaturisten, die mit Feder und Pinsel das Thema „die Macht des Geldes in Deutschland“ humoristisch aufgearbeitet haben. Eine Versicherung – traditionell mit dem THW-Hamburg verbunden – hat dieses Buch erfolgreich in der Bleichenhofpassa-

ge verkauft. Über den Reinerlös konnte sich das THW Hamburg freuen. Filialdirektor Peter Neumann konnte in



Landesbeauftragter Trautvetter dankt Direktor Neumann für die Unterstützung. (Foto: Krüger)

einer kleinen Feierstunde LB Trautvetter einen Spendenscheck über 2720,- DM zum Erwerb eines PC mit Drucker überreichen. Direktor Neumann drückte in seiner Ansprache die Hoffnung aus, daß auch bei einer Zusammenlegung des THW Hamburg als Metropole des Nordens der Standort des eventuell vergrößerten Landesverbandes verbleiben möge.

A.K.

Niedersachsen



Große Bombenräumaktion

Osnabrück. In einer Räumungsaktion mußten über 3000 Menschen aus dem nördlichen Stadtzentrum Osnabrücks am Sonntag, dem 20. März 1994, ihre Häuser verlassen, um die Entschärfung eines 500 kg schweren Blindgängers aus dem 2. Weltkrieg in Sicherheit abzuwarten.

Unterstützt wurde die Polizei durch die drei Bergungszüge und den Instandsetzungszug des THW-Ortsverbandes Osnabrück. Jeweils sechs Helfer begleiteten einen Polizeibeamten. Dadurch war der reibungslose Verlauf der Räumung sichergestellt. Ältere und betreuungsbedürftige Osnabrücker wurden vom ASB, MHD sowie der JUH evakuiert. In den Evakuierungszentren erfolgte die Betreuung durch das DRK.

Nachdem die Räumungsaktion abgeschlossen war, konnte die Arbeit des Kampfmittelbeseitigungsdienstes Niedersachsen beginnen. Zwei fehlgeschlagene Hebeversuche im lehmig-morastigen Boden veranlaßten das Bombenräumkommando, das THW um Hilfe zu bitten. So konnten acht Helfer des Ölschadentrupps mittels der Geräte des SEG-Fahrzeuges ihr Können unter Beweis stellen. Aufgabe war das Freispülen der Bombe in einem fünf Meter tiefen Schacht und das Abpumpen



Geschafft! Die Bombe ist entschärft.

(Foto: Kröger)

des anfallenden Schlamm-Wasser-Gemisches. Aber alle Versuche mußten nach einer Gesamtdauer von elf Stunden erfolglos abgebrochen werden.

Der erneute Versuch Sprengkörper zu erheben, wurde zwei Tage später unternommen. Durch die „Generalprobe“ vom Sonntag vorbereitet, war es für die THW-Helfer kein Problem, die Evakuierung zusammen mit der Polizei durchzuführen. Gleichzeitig legten Sprengmeister Oltmann Harms und sein Kollege Bernd Oelke in mühevoller Tätigkeit den nachts vom Grundwasser wieder eingeschlammten Zehn-Zentner-Koloß mit Handspaten frei. Nun begann der eigentliche Vorgang des Entschärfens. Wenige Minuten später Entwarnung: Die Bombe war entschärft.

R.K.

Wirksame Hilfe aus Niedersachsen

Hannover. Schwere Regenfälle und ein erneuter Wintereinbruch haben am Mittwoch, dem 13. April 1994, weite Teile Deutschlands in Mitleidenschaft gezogen. Fast 100 Liter Regen pro Quadratmeter ließen die Pegel der Flüsse in Thüringen und Sachsen-Anhalt auf Rekordhöhe anschwellen. Am schwersten betroffen war der Landkreis Quedlinburg, wo Katastrophenalarm ausgelöst wurde.

Die Nachbargemeinden Alexisbad und Silberhütte waren von der Außenwelt abgeschlossen. Tage später erreichte die Hochwasserwelle über Saale, Bode und Wipper weitere Regionen, so daß ein Großeinsatz des THW mit den Schwerpunkten Halle, Weißenfels, Staßfurt und Bernburg notwendig wurde.

Bereits um 7.00 Uhr wurden an diesem Katastrophen-Mittwoch die Helfer des THW-Ortsverbandes Quedlinburg alarmiert und zunächst in das am schwersten betroffene Alexisbad beordert. Sandsackverbau, Personenrettung und Transportfahrten waren dabei die Hauptaufgaben der Helfer. Glück im Unglück hatten dabei drei von ihnen. Bei ihrem Bemühen, mit ihrem L 60-Lkw mehrere Frauen zu retten, gerieten sie in eine ausgespülte Straßenvertiefung, rutschten ab und wurden im Nu von der schäumenden Selke mitgerissen. Ein Felsvorsprung brachte den Lkw für kurze Zeit zum Halten und gab Gelegenheit, das Fahrzeug unter Zurücklassen persönlicher Habe ans Ufer zu retten. Der Lkw wurde ein Opfer der Fluten.

Im Verlauf des Mittwochs kam Unterstützung von weiteren Ortsverbänden aus dem THW-Geschäftsbereich Magdeburg. THW-Helfer aus Burg, Staßfurt, Salzwedel und Magdeburg halfen bei der Ufersicherung, dem Freimachen von Brücken sowie bei

Rettungsfahrten und Pumparbeiten.

Hilfe kam auch aus Niedersachsen: Bereits am Nachmittag rückten Lehrte und Salzgitter in die Ortschaft Mansfeld aus, Wolfenbüttel und Langenhagen kamen den in ihren Heimatstandort Staßfurt zurückgekehrten Einheiten zu Hilfe. In Oschersleben kämpften Helmstedt und Schöningen, später ergänzt um Celle und Hoya, an der Hochwasserfront.

Um sich ein Bild von der Lage zu machen, starteten THW-Hauptsachgebietsleiter Jochen Rohwedder und Sachgebietsleiter Reiner Bormann am frühen Freitag morgen zu einer Fahrt in die Hochwassergebiete. In ständigem Kontakt zur Einsatzleitung wurde zunächst die Ortschaft Mansfeld besucht. Hier waren die Ortsverbände Lehrte und Salzgitter seit über 20 Stunden mit Deichsicherungs-, Ölschadensbekämpfungs- und Abpumparbeiten beschäftigt. U.a. wurde ein ein Meter hoch überfluteter und mit Schaustellergeschäften bestückter Festplatz leergepumpt.

Während Langenhagen nach Hettstedt beordert wurde, verlegten im Verlauf des Tages Lehrte und Salzgitter ihre Einsatzaktivitäten nach Weißenfels, wo die Situation immer bedrohlicher wurde.

Einem Heerlager glich die THW-Unterkunft in Staßfurt. Hunderte Bundeswehrsoldaten, Feuerwehrleute und THW-Helfer füllten Sandsäcke und transportierten sie an die Ufer der Bode und ihrer Nebenflüsse. Im weiteren Verlauf des Tages und der darauffolgenden Nacht wurden hier schwerpunktmäßig Einheiten und Gerät für den Großeinsatz am Samstag und Sonntag konzentriert und in der Unterkunft eine Koordinierungsstelle eingerichtet.

Den Abschluß der Erkundungsfahrt bildete Quedlinburg. Obwohl der Flußpegel gefallen war, boten die Uferbereiche der Bode ein Bild der Zerstörung. Nun waren Feuerwehr und THW mit umfang-

reichen Pumparbeiten beschäftigt. Nach einer Ruhepause am Samstag wollten sich die Helfer am Sonntag den Aufräumarbeiten der eigenen Unterkunft widmen. Auch sie war in der Unglücksnacht von Dienstag auf Mittwoch überflutet worden. Von Quedlinburg aus ging es über die verwüsteten Straßen von Alexisbad entlang der noch immer reißenden Selke, vorbei an dem im Fluß liegenden Unglücks-Lkw, zum letzten Besuchspunkt. Mitten im Wald waren Helfer aus Clausthal-Zellerfeld dabei, anstelle der weggerissenen eine neue Holzbrücke als befahrbaren Übergang zu den gegenüberliegenden Häuserkomplexen zu errichten. Die über 20 m langen Baumstämme, welche die Hauptträger bildeten, hatten sie unter der Aufsicht des Försters selbst gefällt. Am Samstagabend sollten die Arbeiten beendet sein.

Am Sonntag, dem 17. April 1994, waren fünf Tage nach den verheerenden Regenfällen in den Schwerpunktregionen Halle, Weißenfels, Staßfurt und Bernburg sämtliche elf sachsen-anhaltinischen und 25 niedersächsische Ortsverbände sowie Notstrom-Pumpengruppen aus Bremen und Berlin mit nunmehr knapp 1000 Helfern im Einsatz. Ihre Aufgaben waren vielfältig – Bau von Stegen und Übergängen, Deichsicherungsmaßnahmen, Pumparbeiten an besonders gefährdeten oder versorgungsrelevanten Objekten, Notstromversorgung in großem Umfang, Instandsetzung und Freischaltung von Elektroleitungen, Beleuchtungsarbeiten, Ölschadensbekämpfung sowie Evakuierungs- und Transportfahrten mit Booten und Lkw's.

Die jungen THW-Ortsverbände des Partnerlandes hatten zu diesem Zeitpunkt ihre erste Bewährungsprobe mit Erfolg absolviert. Für die niedersächsischen Einheiten war dieser Einsatz eine Gelegenheit, ihr Können, aber auch ihre Leistungs- und Hilfsbereitschaft unter Beweis zu stellen. Zusammen haben sie ein weiteres Kapitel deutsch-deutscher

Annäherung und Gemeinsamkeit geschrieben und sich bei den Landkreisämtern sowie bei der betroffenen Bevölkerung Respekt, Anerkennung und Sympathie erworben.

R.B.

Vielfältige Ausbildungs- aktivitäten

Lehrte. Führungskräfte der 1. Technischen Einsatzleitung (TEL) des Landkreises Hannover trafen sich vor kurzem beim THW-Ortsverband Lehrte. In einer zweitägigen Fortbildungsveranstaltung referierte der Fachberater Fernmeldedienst für den Landkreis Hannover, Dieter Diedrich, über das Thema „Einsatztaktik der Technischen Einsatzleitung bei einer Explosion in einem Chemiebetrieb“. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen aus den Organisationen Technisches Hilfswerk, Feuerwehr, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe und Regieeinheiten des Landkreises Hannover.

Nach der ersten Lagemeldung der Werkfeuerwehr und einer freiwilligen Ortsfeuerwehr ist schnell erkennbar, daß weitere Rettungskräfte benötigt werden. Neben der Brandbekämpfung muß auch das kontaminierte Löschwasser in Abwasser-Sammelbehälter gepumpt werden. Durch das sich vergrößernde Schadensereignis müssen Anwohner des Chemiebetriebes

evakuiert werden. Weitere Kräfte wie Betreuungs-, Bergungs- und Instandsetzungsdienst sind erforderlich. Der Einsatz einer Technischen Einsatzleitung (TEL) ist nun unumgänglich.

Hier setzt die Ausbildung von Dieter Diedrich an. Die Fachberater der verschiedenen Fachdienste bekommen den Auftrag, die Führungsstruktur neu zu überdenken, welche Einsatzkräfte noch oder neu benötigt werden. Sie müssen festlegen, was zu veranlassen ist, um die Schadenslage in den Griff zu bekommen, die Evakuierung schnellstmöglich abzuschließen und welche Konsequenzen sich für den Fernmeldedienst ergeben. In Gruppenarbeit werden die Aufträge abgearbeitet und anschließend von den Teilnehmern vorgetragen und diskutiert.

Bei allen Großschadenslagen der letzten Zeit ist klar erkennbar gewesen, daß es unbedingt erforderlich ist, für den Fernmeldeinsatz in der Einsatzleitung einen Fachberater Fernmeldedienst zu haben, der den Fernmeldeinsatz plant und organisiert. Sollte sich der Bund ganz aus dem Fernmeldedienst zurückziehen, muß man sich fragen, wer noch in der Lage sein wird, Einsatzleitungen bei Großschadenslagen fernsprechmäßig zu versorgen.

*

In der Nacht vom 11. auf den 12. März 1994 fand im Landkreis Hannover eine Ausbildung für den Fernmeldedienst



Der Abspannbock am Morgen.
(Foto: Kardel)

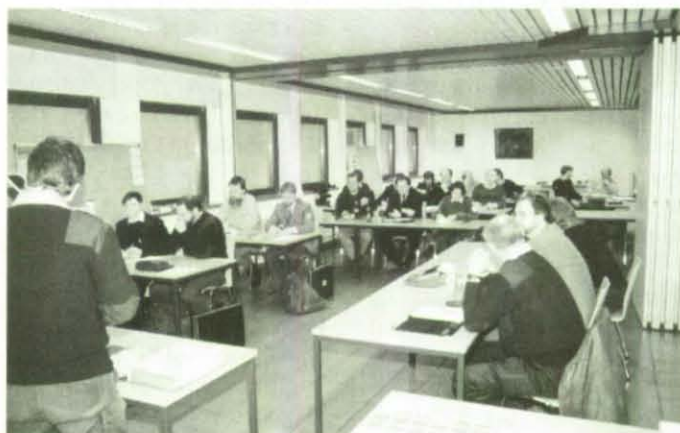
und für Führungsgruppen statt. Teilnehmer waren die Technische Einsatzleitung des Landkreises Hannover (LKH), der 1.FmZ-LKH (Regie), der 4.FmZ-LKH (THW), die Feuerwehren Neustadt und Ahlten mit ihren ELW bzw. KdoW sowie als Gast die TEL Hameln (THW).

Während die Funktruppe in der Nacht ihre Sprechfunkbetriebsübung in Neustadt durchführten, fand eine Fernsprechausbildung auf dem Gelände des THW-Ortsverbandes Lehrte statt. In mehreren Ausbildungsphasen mußten die Helfer vom THW und Feuerwehr nach einer vorgegebenen taktischen Gliederung (TEL mit 7 Einsatzabschnitten) ihre Fernsprechverbindungen bauen.

Am Ende der langen Nacht war der Einsatzabschnitt mit der Technischen Einsatzleitung über mehrfach ausgelegtes Feldkabel auf deren Fernsprechvermittlung OB verbunden. Zusätzlich war eine Fernsprechendstelle mit einem Feldfernsprecher OB 54 in den Lehrsaal der THW-Unterkunft verlegt.

Am frühen Morgen macht der Fachberater Fernmeldedienst für den Landkreis Hannover, Dieter Dierich, mit den anwesenden Einheitsführern einen Rundgang und besprach den Leistungsstand mit allen Beteiligten. Alle waren sich einig, daß eine solche Ausbildung wiederholt werden sollte.

J.K.



Blick in den Unterrichtsraum des THW Lehrte. (Foto: Kardel)

Einsatz nach Gasexplosion

Braunschweig. Am Freitag, dem 4. März, erschütterte eine gewaltige Detonation die Braunschweiger Bebelhof-Siedlung. Im Verlaufe des



Viel Arbeit für die Braunschweiger THW-Helfer.

(Foto: Taylor)

Nachmittags hatte ein 30-jähriger mit Gas Selbstmord begangen. Nach seinem Tod strömte das Gas weiterhin ungehindert in die Wohnung und bildete dort ein zündfähiges Gemisch, das gegen 18.15 Uhr durch einen Funken zur Explosion gebracht wurde. Alle Türen und Fenster des gesamten Hausflügels wurden durch die Wucht der Detonation aus ihrer Verankerung gerissen, das Dach des dreistöckigen Mietshauses angehoben. Durch den Einsturz der Giebelwand entstand im Haus selbst kein größerer Schaden. Wie durch ein Wunder hielten sich zum Zeitpunkt der Explosion im betroffenen Hausflügel keine weiteren Personen auf. Auch auf der Straße kam niemand zu Schaden. Anwohner alarmierten die Feuerwehr, die mit Lösch- und Rüstzug sowie mehreren Rettungswagen ausrückte. Am Einsatzort angekommen, ordnete der Einsatzleiter die Alarmierung der Schnelleinsatzgruppe (SEG) Bergung des Technischen Hilfswerkes an. Diese Einheit hatte der Ortsverband im Dezember 1990 für Einsätze unterhalb der Katastrophenschwelle aufgestellt. 20 Helfer, die sich zusätzlich zu ihren

regulären Diensten einmal im Monat treffen, wurden zugreifend mit Funkalarmempfängern ausgestattet. Übungshalber nehmen die SEG-Helfer regelmäßig von der Feuerwache aus an den Einsätzen der Berufsfeuerwehr teil.

Unter der Führung des SEG-Leiters Kämpfen übernahm die SEG die Ausleuchtung der Einsatzstelle und führte erste Sicherungsmaßnahmen durch. Für die Abstützung der einsturzfähigen Außenwände alarmierte die SEG telefonisch weitere Bergungshelfer und die Zugführer Deistel und Freienberg nach, so daß sich schließlich 50 Helfer im Einsatz befanden. Rüstholz wurde von einer Braunschweiger Firma bereitgestellt und die Berufsfeuerwehr ließ eine Drehleiter an der Einsatzstelle zurück. Improvisation war gefragt, denn Stützböcke für dreistöckige Häuser hatten die Helfer bislang noch nicht errichtet. Für die lotrechten Abstützungen setzte die SEG von der Helfervereinigung beschaffte Deckenstützen ein.

J.K.

Baden-Württemberg



Mit Technik zum Wohl von Flora und Fauna

Ersingen. In einer konzentrierten Aktion stützten knapp 30 Mitglieder verschiedener Naturschutzverbände und Helfer des THW den Pflanzenwuchs nicht mehr bewirtschafteter halbtrocken-Rasenflächen zurecht. Darunter versteht man das Kürzen von Schwarzdorn- und anderen schnellwachsenden Sträuchern, welche ansonsten in ungehemmter Entfaltung die niedrig wachsenden Pflanzen vertreiben würden. Doch ist die fachsprachlich als „Entbuschung“ bezeichnete Tätigkeit weitestgehend Handarbeit und damit zeit- und kostenintensiv. Ausbildungsleiter Wolfgang Link vom THW-Ortsverband

Niefern-Öschelbronn sah die willkommene Gelegenheit, die Helfer im Umgang mit Handsägen, Äxten, Beilen und Motorsägen zu unterweisen und gleichzeitig den ungebremst wuchernden Sträuchern zu Leibe zu rücken. Mit von der Partie waren auch Mitglieder der THW-Jugendgruppe.

Bayern



Hoher Besuch beim THW

Günding. Neukonzeptionen im THW stehen an. Dies war Anlaß für einen Besuch des Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Dr. Kurt Schelter beim THW-Ortsverband Dachau. „Ich glaube nur das, was ich selbst sehe und höre“ sagte Schelter den Führungskräften und Helfern, die ihn über ihre Sorgen, Nöte und Wünsche mit deutlichen Worten informierten. Die täglichen Aktivitäten standen hierbei im Vordergrund. Der Ortsverband habe eine „starke Truppe“ vorzuweisen, die mit modernster Ausstattung seit Jahrzehnten im Hilfeleistungs-

system des Landkreises Dachau tätig ist.

Die Zukunft des Zivil- und Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik und damit auch des THW sei gesichert, aber auch in diesem Bereich, so der Staatssekretär, müsse die allgemeine schwierige Situation, insbesondere bei den Finanzen, Berücksichtigung finden. Was, wann, wo, gestrichen, gekürzt, abgebaut und der neuen Lage angepaßt wird, stehe noch nicht endgültig fest. Er bat die Helfer: „Halten Sie dagegen, wenn Stimmung gemacht wird. Wir alle müssen offen miteinander umgehen, damit die neuen Ziele baldmöglichst erreicht sind.“

August Heitmeier, Kreisbeauftragter, Georg Leitensdorfer, Ortsbeauftragter, und die Führungskräfte waren ebenso wie der bayerische THW-Landesbeauftragte Reiner Vorholz mit dem rund dreistündigen Gespräch zufrieden. Der rege Gedankenaustausch hat für beide Seiten ein gutes Ergebnis gebracht.

J.S.



Staatssekretär Schelter (2. v. links) im Kreise der Dachauer Führungskräfte. (Foto: Schwepfänger)

Besuch im Warnamt X

Die Neustrukturierung des Warndienstes und die daraus resultierenden Probleme waren das zentrale Thema eines Besuchs des für den Zivilschutz zuständigen Staatssekretärs im Bundesministerium des Innern, Dr. Kurt Schelter, im Warnamt X.

Auf dem Programm standen neben einem Kurzvortrag über Organisation und Arbeitsweise des Warndienstes und einer Besichtigung ein Gespräch, in dem die Vertreter der Abteilung Warndienst im BZS, Mitarbeiter des Warnamts X und Vertreter der Helfer des Warndienstes die Möglichkeit hatten, die aktuellen Probleme vorzutragen und zu diskutieren.

Schwerpunkte des Gesprächs waren die Konsequenzen aus der Aufgabe des Sirennetzes, der geplante Personalabbau im Bereich der hauptamtlichen Bediensteten und der Helfer des Warndienstes und die z.T. drastischen Mittelkürzungen.

Staatssekretär Dr. Schelter erklärte hierzu, daß der Zivilschutz weiterhin erforderlich sei, daß jedoch auch in diesem Bereich deutliche Einsparun-

gen zu erbringen sind. Es seien aber nicht schnelle, sondern vielmehr gute Lösungen gefragt. Insbesondere dürfe nichts leichtfertig aufgegeben werden, was später nicht mehr schnell aufgebaut werden könne.

Dr. Schelter führte weiter aus, daß ein vordringliches Problem die Sicherstellung einer schnellen und flächendeckenden Warnung der Bevölkerung sei. Das neue Rundfunkwarnsystem (WARI) könne diese Aufgabe lösen.

Voraussetzung dafür sei aber eine entsprechende Akzeptanz bei der Bevölkerung, die sich aber nur erreichen ließe, wenn dieses System auch für Warnungen vor den Auswirkungen ziviler Katastrophen eingesetzt würde.

Warnamt III über seine Grenzen aktiv

Schon zu Beginn des neuen Jahres konnte das Warnamt III in Rodenberg/Deister seine Bedeutung für den Umweltschutz auch über die Grenzen Niedersachsens hinaus unter Beweis stellen. In zwei ganztägigen Informationsveranstaltungen wurden Vertreter der Länder Sachsen-Anhalt



Großes Interesse bei den Gästen im Warnamt III. (Foto: Vogt)

und Brandenburg über die Aufgaben des Warndienstes und den Aufbaustand des Warndienstinformationssystems (WADIS) informiert. Als Partnerland von Sachsen-Anhalt war auch Niedersachsen durch das Innenministerium in Hannover vertreten.

Es war verständlich, daß ein großes Informationsbedürfnis hinsichtlich der Erkundung, des Aufbaues und der Funktionsweise der Meßstellen bestand. Die weitere Aufbauplanung der nächsten Jahre, die nuklidspezifische Erfassung sämtlicher Meßstellen, die Funktionsweise des nur im Warnamt III erprobten Warn-Rundfunk-Informationssystems WARI und die Bereitstellung wichtiger Wetterdaten in Zusammenarbeit mit den Lagezentren der Länderinnenministerien sind nur einige der erörterten Themenbereiche.

Neben konkreten Fragen der Zusammenarbeit wurden auch erste Ideen für künftige Ansatzpunkte einer Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes erörtert. Schon seit längerer Zeit übernimmt das Warnamt III dem niedersächsischen Landesamt für Ökologie im Rahmen der Kernkraftwerksfernüberwachung wichtige Umweltmeß-

daten und nimmt an entsprechenden Katastrophenschutzübungen in Niedersachsen teil.

Folglich wurden vergleichbare Übungen in Sachsen-Anhalt und Brandenburg auf der Ebene der Landkreise ange-regt. Nicht zuletzt durch die sehr gute fernmeldetechnische Anbindung garantiert das Warnamt III die Weitergabe der Meßdaten in das Integrierte Meß- und Informationssystem des Bundes.

Die Gäste gingen mit dem festen Willen auseinander, die Zusammenarbeit im Bereich des Zivil und Umweltschutzes nach niedersächsischem Beispiel zu intensivieren. Die Vertreter der Innenministerien betonten nochmals die Bedeutung des Warnamtes III und des Warndienstes für die Warnung der Bevölkerung. Gerade die Bevölkerung und deren Warnung, die sich beim derzeitigen Stand der konzeptionellen Überlegungen zur Struktur des Warndienstes in ein „Schutzvakuum“ entlassen fühlt, muß im Mittelpunkt zukünftiger Aufgaben des Warndienstes stehen. Politisch vernünftig und vertretbar könne nur sein, wenn sowohl in Sachsen-Anhalt als auch in Brandenburg ein Warndienst



Dr. Schelter läßt sich die technische Einrichtung des Warnamtes erläutern. (Foto: Wolfert)

gleich dem in den alten Bundesländern existierenden aufgebaut und an vorhandene Systeme angeknüpft werde, denn trotz der Entspannung der militärischen Lage müsse die Warnkomponente vor „denkbaren militärischen Risiken“ im Grundsatz erhalten bleiben. Zudem bringe die Einbindung des Warndienstes in die Radioaktivitätsvorsorge der Bevölkerung gerade dieser neuen Bundesländer das Gefühl der „vorsorgenden Sicherheit“, was in einer Zeit des Umbruchs notwendig sei, zumal sich an der Unsicherheit der Atomkraftwerke in Osteuropa (noch) nichts geändert hat.

Das letzte Mal auf Schloß Körtlinghausen

Auch in diesem Jahr tagten in der BVS-Schule Schloß Körtlinghausen interessierte Behördenselbstschutzleiter. Die diesjährige Informations- und Fortbildungsveranstaltung stand ganz im Zeichen der angespannten Haushaltssituation bei Bund und Ländern. Sie ist auch dafür verantwortlich, daß es vermutlich die letzte Veranstaltung dieser Art war, denn die BVS-Schule Körtlinghausen wird gegen Ende des 2. Quartals 1995 ihren Lehr- und Tagungsbetrieb einstellen.

Die Teilnehmer der Veranstaltung, das wurde sehr schnell deutlich, haben in ihrer Funktion als Behördenselbstschutzleiter derzeit und vorrangig mit folgenden Problemen zu kämpfen:

- auslastungsbedingte Motivationsprobleme der BSO-Fachgruppen

- mangelnder finanzieller Handlungsspielraum und damit verbundene Schwierigkeiten bei der praktischen Umsetzung der in den Behördenselbstschutzordnungen vorgegebenen Ziele, Forderungen und Aufträge. Hierbei wird offenkundig, daß die finanzielle Situation in Ämtern und Behörden immer mehr dazu führt, daß auch im Bereich



Die Teilnehmer der Tagung vor der BVS-Schule Schloß Körtlinghausen. (Foto: Heppner)

der Daseinsvorsorge eine sachgerechte und effektive Aufgabenerfüllung nahezu unmöglich wird. Dieser Umstand wird um so eklatanter, wenn man sich vergegenwärtigt, welchen Raum die Daseinsvorsorge im Rahmen des Selbst- und Zivilschutzes einzunehmen hätte.

Bezogen auf den Warndienst gilt es festzuhalten, daß der Einstellungsstopp sowohl beim haupt- als auch nebenamtlichen Personal dazu führten, daß u.a. durch altersbedingte Fluktuation im Rahmen der BSO eine kontinuierliche Ausbildungsplanung und Einsatzstärkevorhaltung nicht mehr möglich ist. In den Warnämtern, so berichtete der Vertreter des Warnamtes II, Andreas Heppner, bringen die Nichtbesetzung freigewordener Stellen im hauptamtlichen Bereich in Verbindung mit Krankenstand, Schichtdienstleistung und Urlaubsabgeltung bei einer Sollstärke von 28 Beschäftigten es mit sich, daß ein zumindest in Grundzügen vorhandener strukturierter Behördenselbstschutz nicht mehr vorgehalten werden kann.

Einzig möglicher Ausweg aus diesem Dilemma scheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Ausbildung eines jeden Beschäftigten zum „Allrounder“, was zwangsläufig zu einem einsatzgruppenspezifischen Qualitätsverlust führen muß. Somit gilt es, aus der Not eine Tugend zu machen und mittels eines Rahmenausbildungsplanes für das hauptamt-

liche Personal einen nicht-strukturierten, und gerade deshalb flexiblen und trotzdem schlagkräftigen Behördenselbstschutz zu installieren.

In diesem Zusammenhang scheint es an der Zeit, dem Mitarbeitermotivationschwund entgegenzuwirken. Ein probates Mittel könnte hier die Gewährung von Dienstbefreiung für besonders engagierte Truppmitglieder sein. Vielfach außer acht gelassen wird nämlich, daß die Mitwirkung im Behördenselbstschutz freiwillig sein soll(te).

Da die Ausbildung nur während der regelmäßigen Arbeitszeit praktikabel ist, hat der in der BSO beschäftigte Mitarbeiter für seine stellungsbundene Tätigkeit im Hauptamt bei steigendem Arbeitsanfall, nicht zuletzt aufgrund von Personalreduzierungsmaßnahmen, weniger Zeit zur Verfügung bzw. ist gezwungen, Prioritäten zu setzen. Bei dem derzeitigen Stellenwert des Behördenselbstschutzes scheint eben jene Schwerpunktsetzung zu Ungunsten einer freiwilligen Mitarbeit zu führen.

Ob das Argument des Doppelnutzens allein ausreicht, darf aufgrund der gemachten und hier geäußerten Erfahrungen zumindest bezweifelt werden. Vielmehr scheint eine Festschreibung in der Arbeitsplatzbeschreibung indiziert, was jedoch durch steigenden Arbeitsanfall verhindert wird bzw. sich nicht umsetzen läßt. Somit schließt sich der Kreis.

Lösungsansätze zu erarbeiten und zu diskutieren, war ein Schwerpunkt dieser Tagung. Auch die Aufgabe dieser Schule des BVS ist ein Verlust im Bereich des extern durchgeführten Ausbildung der BSO-Kräfte. Bleibt zu hoffen, daß sowohl Qualität als auch Frequentierung der künftig in Voldagsen bzw. Geretsried stattfindenden Tagungen nicht nachlassen, denn ein Motivationsverlust auch auf Führungsebene der BSO wäre ein kaum zu regulierender Schaden. A.H.

Ehrung für langjährige Mitarbeit

Am 1. Februar 1994 wurden der Leiter der Warndienstleitstelle 71 (WDLMS) Erhard Jaekel und der Auswerteleiter Reinhold Bott vom Abteilungspräsidenten der Abteilung Warndienst des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. August-Jürgen Maske, für ihre 25jährige bzw. 20jährige Mitarbeit im Warndienst geehrt und ausgezeichnet.

Erhard Jaekel nahm 1969 seinen Dienst im Warnamt VII auf, wurde 1973 – nebenberuflicher Mitarbeiter – Auswerteleiter in der ABC-Gruppe und übernahm 1978 die Leitung der WDLMS 71.

Reinhold Bott nahm 1974 seinen Dienst im Warnamt VII auf, wurde 1980 – nebenberuflicher Mitarbeiter – Auswerteleiter in der WDLMS 71 und war, bedingt durch berufliche Weiterbildung, fast zwei Jahre Auswerteleiter auch in der WDLMS 73 (Ungstein bei Bad Dürkheim).

Ihrer beider persönlichem Engagement ist es zu verdanken, daß die 9 Helfer der WDLMS 71 nicht nur über einen guten Ausbildungsstand verfügen, sondern als Crew auch ihren Mann stehen. Dies ist besonders deshalb zu würdigen, da die Arbeit der WDLMS nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit steht.



Appell zum Verbot von Antipersonen-Minen und Laser-Waffen

Offener Brief des DRK-Präsidenten an den Bundeskanzler

DRK-Präsident Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein hat in einem offenen Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl appelliert, alles in seiner Kraft stehende zu tun, „um der mörderischen und menschenverachtenden Verwendung von Minen“ in der Welt Einhalt zu gebieten. „Jeden Monat werden“, heißt es in dem Schreiben, „mindestens 800 Menschen, insbesondere Frauen, Kinder und Bauern von Minen getötet und Tausende verstümmelt.“ Ohne die weltweite Ächtung der Verwendung von Landminen müßten selbst in

befriedeten Gebieten geplante Hilfen für den Wiederaufbau wirkungslos bleiben, weil auch nach dem Krieg die Felder vermint blieben. In 62 Ländern der Erde sind nach Schätzung des Roten Kreuzes rund 100 Millionen Minen verlegt.

In dem Schreiben weist der DRK-Präsident auch auf die Gefahr durch den Einsatz von Laser-Waffen hin. Für die Schäden, die solche Waffen bei Menschen verursachen, gebe es noch keine geeignete medizinische Behandlung.

Der DRK-Präsident fordert deshalb die Bundesregierung

auf, ihr Gewicht bei der Überprüfungs-konferenz über das Waffenabkommen der Vereinten Nationen von 1980 für ein weltweites Verbot von Antipersonen-Minen und Laser-Waffen voll in die Waagschale zu werfen. Das Übereinkommen müsse auf interne bewaffnete Konflikte ausgedehnt, weitreichende Kontrollmechanismen müßten geschaffen und die Ratifizierung des Abkommens endlich von allen Staaten auf der ganzen Welt erreicht werden.

„Vor dem Hintergrund der unverständlichen Diskussion

noch vor wenigen Wochen im Deutschen Bundestag über die Lockerung von Waffenexportbestimmungen wäre“, so DRK-Präsident Wittgenstein, „ein entschiedenes Handeln der Bundesregierung ein deutliches Signal an alle, die sich vom Verkauf von Waffen Vorteile versprechen.“ Dies würde den „unheilvollen Folgen im humanitären, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bereich entgegensteuern“.

Wolfgang Pleßke

Katastrophenschutz in der heutigen Zeit

2. Teil

Der Bevölkerung soll anhand eines permanenten Ausbildungsprogramms die Möglichkeit geboten werden, sich Kenntnisse und Fertigkeiten

Vortrag anlässlich der Jahreshauptversammlung des DRK-Kreisverbandes Celle Land e.V. am 22. Februar 1994

anzueignen, die zur Selbsthilfe und zum Selbstschutz notwendig sind. Hierbei muß mit Blick auf die derzeitigen Tendenzen zu erheblichen Einsparungen im System des staatlichen Zivil- und Katastrophenschutzes eindringlich darauf hingewiesen werden, daß jeglicher Absenkung strukturierter Vorhaltung in Form von Einheiten und Einrichtungen die vermehrte Stärkung der Selbsthilfekraft der Bevölkerung gegenüberstehen muß. Somit zeichnet sich ab, daß der Gedanke des Stützpunktnetzes

in frei gestaltbarer Gemeinschaft aller örtlich vorhandenen Behörden, Organisationen sowie freiwillig mitwirkenden Betrieben, anderen Vereinen und Privatpersonen zunehmend an Aktualität gewinnen muß und daher als Schwerpunkt zu sehen ist.

Es ist daher auch selbstverständlich, daß das DRK in dieser Hinsicht mit den zuständigen Katastrophenschutzbehörden engste Verbindung zu halten hat, dort für den Gedanken des Stützpunktnetzes insbesondere im Hinblick auf finanzielle Förderung zu werben hat und zugleich eine große Chance für zukünftig bessere Helfermotivation und bessere Spendermotivation für Hilfeleistungspotentiale direkt im Wohnort besteht.

Der vorhin benannte Rotkreuz-Beauftragte hat die Aufgabe, die Katastrophenschutz-

behörde über den Stand des Auf- und Ausbaus des Stützpunktnetzes auf dem Laufenden zu halten, damit die Selbsthilfekraft der örtlich betroffenen Bevölkerung im Einsatzfälle durch den Stab eingeschätzt werden kann und ergänzende Hilfemaßnahmen abgestimmt und eingeleitet werden können.

Suchdienst

Wie Sie wissen, ist schon von der untersten Einsatzebene der Einheiten oder Stützpunktnetzes her die Registrierung der Betroffenen eine sich stets wiederholende Grundpflicht aller im Einsatz befindlichen Helfer.

Der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes nimmt bei Katastrophen und im Konfliktfall Suchanträge nach Betroffenen entgegen und erteilt

über die Ergebnisse seiner Ermittlungen Auskünfte.

Gemäß den Genfer Abkommen wird diese Aufgabe auch als Amtliches Auskunftsbüro (AAB), unterteilt in Landesauskunftsbüros und Kreisauskunftsbüros (LAB und KAB) bei den Landes- und Kreisverbänden des DRK, bezeichnet.

Bei Katastrophen erfüllt das AAB Suchdienstaufgaben im Rahmen der von den Bundesländern festgelegten Regeln im Inland und erledigt die von der Föderation der Rotkreuz-Gesellschaften festgelegten Aufgaben bei Katastrophen im Ausland gegenüber ausländischen Schwestergesellschaften, der einheimischen Bevölkerung und auskunftsuchenden Ausländern.

Ausbildung

Die Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe und Gesundheitsdienst ist eine satzungsmäßige Aufgabe des DRK.

Bei jeder Katastrophe vergeht Zeit, bevor organisierte Hilfe einsetzen kann. Diesen Zeitraum sollen möglichst viele von den Hilfsorganisationen ausgebildete Personen aus der Bevölkerung durch Selbsthilfe überbrücken. Das Programm zum Ausbau der Selbsthilfe und zur Stärkung des Selbstschutzes umfaßt im DRK insbesondere folgende Gebiete:

- Ausbildung in Erster Hilfe und im Sanitätsdienst,
- Ausbildung „Krankenpflege in der Familie“.

Die Angehörigen der Einheiten müssen für den Einsatz im Konfliktfall über die Einsatzgrundsätze ihres Fachbereichs hinaus über eine zusätzliche Ausbildung verfügen. Diese besteht für den Sanitätsdienst aus der auf der friedensmäßigen Ausbildung aufbauenden besonderen Ausbildung und für den Betreuungsdienst aus einer Vollausbildung, die einen Zivilschutzteil beinhaltet.

Hinsichtlich der Mitwirkung im Katastrophenschutz legen die DRK-Kreisverbände den Katastrophenschutzbehörden die von den Führern der Einheiten unter ihrer Beteiligung erstellten Ausbil-



Weltweit ist das DRK in der Hilfe nach Katastrophen aktiv.

dungspläne zur Genehmigung vor. Diese sind anhand von Musterausbildungsplänen für die Standortausbildung zu erarbeiten.

III. Die Entwicklung der Mitwirkung im staatlichen Katastrophenschutz

Der Katastrophenschutz im Frieden und der Schutz der Zivilbevölkerung vor den besonderen Gefahren eines Krieges (Zivilschutz) sind Aufgaben des Staates. Der Katastrophenschutz umfaßt alle organisatorischen, personellen und sachlichen Maßnahmen, die dazu dienen, bei einer Katastrophe sowie im Falle eines bewaffneten Konflikts die damit verbundenen Gefahren möglichst umfassend zu bekämpfen und weitere Schäden zu vermeiden.

Zivilschutz ist einerseits ein Bestandteil der Gesamtverteidigung als humanitärer Baustein der Zivilen Verteidigung, die wiederum neben der Militärischen Landesverteidigung steht. Als solche staatliche Aufgabe, aufgrund der Zuständigkeitsregelungen des

Grundgesetzes nach Art. 73 (1) in der Verantwortlichkeit des Bundes, wirkt das DRK seit 1968 – Verabschiedung der ersten Fassung des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes – aufgrund von Bereitschaftserklärungen auf allen Verwaltungsebenen (Land, Bezirk und Kreis) mit.

Katastrophenschutz ist ein Bestandteil des Zivilschutzes, wie ich Ihnen am Aufgabenkatalog des Zivilschutzes nachweisen darf. Ich werde in meinem weiteren Vortrag unter dem Begriff „Katastrophenschutz“ diejenigen in Friedenszeiten und denjenigen innerhalb des Zivilschutzes gleichmäßig und gleichwertig behandeln und nur noch Unterschiede dort machen und ansprechen, wo dies aus rechtlichen oder organisatorischen Gründen erforderlich ist.

Vorher möchte ich aber noch darauf hinweisen, daß mit der Ratifizierung der Zusatzprotokolle zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen (Paraphierung 1977, Ratifizierung mit dem Ratifizierungsgesetz von 1990) der Zivilschutz zu einer

eigenständigen humanitären Verpflichtung unseres Staates geworden ist. Das Zusatzprotokoll I enthält in den Artikeln 61 – 67 Bestimmungen über den Zivilschutz. Status, Aufgabenkatalog und Schutzbedürftigkeit des Zivilschutzes sind in diesen Bestimmungen niedergelegt und damit ausdrücklich anerkannt.

Diese Stellung verleiht dem Zivilschutz einen unbeeinträchtigten Schutz. Die im Zusatzprotokoll I aufgeführten Zivilschutzaufgaben werden in der Bundesrepublik Deutschland längst den Anforderungen des Zusatzprotokolls entsprechend wahrgenommen.

Das DRK erwartet, daß die Bestimmungen des Zusatzprotokolls I ab Art. 61 ff. als humanitäre Grundaufgabe über einen Verteidigungsplan des Staates hinaus planungsmäßig einbezogen werden und einen entsprechenden Stellenwert erhalten.

Das Deutsche Rote Kreuz wirkt in Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben und im Rahmen seiner Möglichkeiten bei Maßnahmen des Katastrophenschutzes mit.

Es zeigt sich zunehmend deutlicher, daß nach der sicherheitspolitischen Wende die Abgrenzungen zwischen dem Zivilschutz im Konfliktfall und dem Katastrophenschutz im Frieden praktisch verschwimmen, auch wenn das Grundgesetz Unterschiede in der Zuständigkeit von Bund und Ländern vorschreibt.

Das Deutsche Rote Kreuz wird auch ohne behördlichen Auftrag tätig, wenn Menschen in Not geraten sind.

In Ermangelung einer in Bund und Ländern einheitlich geltenden Begriffsbestimmung der Katastrophe hält sich das Deutsche Rote Kreuz an die Auffassung des Internationalen Roten Kreuzes:

Eine Katastrophe ist eine Ausnahmesituation, in der die täglichen Lebensgewohnheiten der Menschen plötzlich unterbrochen sind und die Betroffenen infolgedessen Schutz, Nahrung, Kleidung, Unterkunft, medizinische und

soziale Fürsorge oder anderes Lebensnotwendige benötigen.

Staatliche Weisungsrechte, die aufgrund von Katastrophenschutzgesetzen des Bundes und der Länder sowie der dazu erlassenen rechtsverbindlichen Regelungen und getroffenen Vereinbarungen bestehen, gehen grundsätzlich den rotkreuzigen Bestimmungen und Vorschriften vor.

Die Bundesländer haben durch Gesetze und Verordnungen den Katastrophenschutz im Frieden geregelt. Hierzu gehört auch die landesweit gültige Definition des Begriffs der Katastrophe. Der Bund stellte bisher die Ausstattung für den Zivilschutz den Ländern zur Bekämpfung von Katastrophen im Frieden zur Verfügung.

Das DRK und die übrigen Hilfsorganisationen haben die erforderliche Anzahl von Katastrophenschutz-Einheiten nach den staatlichen Vorgaben (Aufstellungserlasse, Stärke- und Ausstattungsnachweisungen -STAN-, Musterausbildungspläne, Dienstvorschriften)

- personell besetzt,
- ausgebildet,
- die Ausstattung übernommen und vielfach auf eigene Kosten ergänzt,
- in ihrem materiellen Bestand gepflegt, gewartet, um sie entsprechend zu verwenden,
- um sie einsatzbereit zu halten,
- im Bedarfsfall zu alarmieren,

- und führen sie den Katastrophenschutzbehörden mit dem Ziel der Unterstellung zwecks Durchführung von Einsatzaufträgen zu.

Die Vorbereitung auf den Katastrophenfall wird von den DRK-Verbänden aller Verbandsstufen als Pflichtaufgabe erfüllt. Im Deutschen Roten Kreuz ist die untere Verbandsstufe für die Wahrnehmung von Führungs- und Leitungsaufgaben der Kreisverband.

Das DRK ist vorrangig in den Fachdiensten Sanitätsdienst und Betreuungsdienst tätig.

Der Sanitätsdienst ist die Zusammenfassung des Potentials, das dazu dient, der betroffenen Bevölkerung Erste Hilfe, erste ärztliche Maßnahmen und medizinische Betreuung zu gewähren sowie fachgerechten Transport von Verletzten durchzuführen. Im Sanitätsdienst wirken Helfer mit, die über die Kenntnisse der Ersten Hilfe hinaus eine Sanitätsausbildung haben.

Dem Betreuungsdienst kommt nach langjährig vermeintlich geringeren Anforderungen aufgrund der Konzentration der Unglücks- und Katastrophenfälle nach Massenfällen auf der Autobahn, Ramstein, den großen Erdbebenkatastrophen, den Flüchtlingsbewegungen und allen damit verbundenen humanitären Aufgaben bis hin zur Hilfeleistung für die Opfer des Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien erhöhte Bedeutung und damit Priorität im

Aufbau und der Bereithaltung zu. Dabei ist auch deutlich zu erkennen, daß Merkmale des Betreuungsdienstes sich ändern und der Überarbeitung bedürfen.

Unter dem Betreuungsdienst verstehen wir die organisatorische Zusammenfassung der Dienste Verpflegung, Unterkunft und soziale Betreuung, in denen Helfer mitwirken, die neben der Ausbildung in Erster Hilfe eine Ausbildung in einem der genannten Dienste erfahren haben. Zweck des Betreuungsdienstes ist es, für die von Schadensereignissen Betroffenen Versorgungsmöglichkeiten und Unterkünfte bereitzustellen und zu betreiben.

Hierzu haben die Betreuungszüge die Aufgabe, Betroffene aufzufangen, sie weiteren Hilfsmaßnahmen zuzuführen, sie aus Gefahrenbereichen zu leiten, zu verpflegen, in Notunterkünften unterzubringen, sie zu betreuen und zu registrieren.

Das DRK und die Hilfsorganisationen haben die Erfahrung gemacht, daß die bisher an der größten Katastrophe, dem Kriegsfall, orientierten und ausgerichteten fachdienstlichen Vorhaltungen nicht mehr in jeder Hinsicht zeitgemäß sind:

- Es entstehen immer mehr Schnelleinsatzgruppen, die die viel zu langsam und zeitaufwendig alarmierbaren Sanitätszüge, teilweise mit deren Personal, ersetzen und damit den Rettungsdienst in einer zweiten Einsatzphase verstärken. Die Entwicklungen hierzu sind sehr uneinheitlich und durch staatliche wie verbandliche Regelungen nur unzureichend abgefangen worden.
- Die Einsatzwahrscheinlichkeit des ausschließlichen Sanitätsdienst-Helfers ist sehr gering geworden. Dementsprechend hat auch das Selbstverständnis der Helferschaft zu ihrer Dienstleistung enorm gelitten und zu erheblichen Motivationsverlusten geführt.
- Die Gliederung, Stärke und Ausstattung der Züge hat fachdienstlich wie führungs-

technisch Probleme aufgeworfen, die es zu lösen gilt.

IV. DRK-Einsatzinheit

1. Unter diesen Gesichtspunkten hat das DRK-Präsidium und der DRK-Präsidialrat am 08.10.1992 einen Vorschlag vorgelegt, der eine kleinere, multifunktional verwendbare DRK-Einsatzinheit zum Inhalt hat, die aus 3 Komponenten besteht, nämlich der sanitätsdienstlichen, der betreuungsdienstlichen und der technischen Komponente.

Dieses Modell vereinigt die multifunktionale Verwendbarkeit mit der Möglichkeit, auf Kreisebene auch fachdienstlich einheitliche Züge des Sanitätsdienstes und des Betreuungsdienstes lagebedingt kurzfristig zusammenstellen und in den Einsatz führen zu können.

Das Modell bietet eine äußerst flexible Handhabungsmöglichkeit von der Ausbildung bis zur Vorhaltung, Alarmplanung und lageorientierten Zusammenstellung der in den Einsatz zu führenden Einheiten.

2. Die DRK-Einsatzinheit hat nachfolgende Aufgaben:
Die Einsatzinheit leistet der betroffenen Bevölkerung nach einem Schadensereignis Hilfe.
Sie führt ärztliche Sofortmaßnahmen zur Abwendung lebensbedrohlicher Zustände und zur Herstellung der Transportfähigkeit durch und transportiert Verletzte.
Sie betreut und versorgt hilfebedürftige Personen und wirkt bei der vorübergehenden Unterbringung mit.

(wird fortgesetzt)



In Armenien errichtete das DRK Holzhäuser für die Opfer des Erdbebens. (Foto: Spiegl)

Auch im Schnee sind ihre Spürnasen unersetzlich!

Seit einigen Jahren unterhält der Arbeiter-Samariter-Bund in neun Städten Rettungshundezüge. Als wichtiges Bindeglied innerhalb des Rettungsdienstes sind sie bei der Suche nach vermißten und verschütteten Personen unentbehrlich. Damit Hunde und Hundeführer auch unter extremen Bedingungen retten können, führt der Rettungshundezug Stuttgart jedes Jahr einen Schneesuchlehrgang im Kaunertal (Österreich) durch.

Um 2.00 Uhr nachts heißt es in der Unterkunft des ASB-Rettungshundezuges Stuttgart im Kaunertal: „Achtung Übungsalarm! Sammeln bei den Fahrzeugen mit kompletter Ausrüstung.“ Innerhalb der nächsten zehn Minuten sind Hundeführer und Hunde bereit zur Abfahrt. Sie werden mit fünf Fahrzeugen in das Einsatzgebiet auf 2000 Meter Höhe gebracht.

Gegen 2.40 Uhr treffen die Rettungshundeteams im Suchgebiet ein. Gesucht werden soll nach vier Personen, die von einer Skitour nicht zurückgekehrt sind. Zuletzt wurden sie in einer Skihütte gesehen, in der sie unter anderem auch alkoholhaltige Getränke zu sich genommen haben. Man geht davon aus, daß sie wie viele Skifahrer den wagemutigen Versuch gemacht haben, die Staumauer des zugefrorenen Stausees, der mitten in diesem Skigebiet liegt, als Abfahrt zu benutzen. Dabei sind sie vermutlich abgestürzt und liegen eventuell im angrenzenden Waldstück. Bei Nachttemperaturen von minus 17 ° Celsius und durch den Alkoholgenuß muß mit Unterkühlungen bzw. Erfrierungen bei den

wahrscheinlich verletzten Skifahrern gerechnet werden.

Jetzt ist rasches und koordiniertes Handeln notwendig. Für das primäre Suchgebiet, das 500 Meter breit ist, werden vier Hunde benötigt. Die Rettungsteams, in diesem Fall bestehend aus einem Hundeführer mit Hund und einem Funker, suchen bergaufwärts. Durch den steilen Aufstieg, den tiefen Schnee und die absolute Dunkelheit ist der Sucheinsatz nicht nur für die Hunde, sondern vor allem auch für die Hundeführer eine große Herausforderung, da sie unter diesen Umständen sehr schnell an die Grenzen ihrer Kondition gelangen. Doch nach etwa 20 Minuten zeigt der erste Hund durch lang anhaltendes Bellen an. Die erste vermißte Person ist gefunden.

Kurz darauf zeigen auch die anderen Hunde durch Bellen einen aufgespürten Menschen an. Um 3.20 Uhr ist der letzte Skifahrer gefunden.

Nachdem die Verletzten noch vor Ort adäquat medizinisch versorgt werden, kann die Einsatzleitung den Sucheinsatz als beendet erklären. Müde und erschöpft, aber hochzufrieden mit ihrem erfolgreichen Übungseinsatz machen sich die Rettungshundeteams auf den Rückweg zu ihrer Unterkunft.

Intensives Training

Die große Leistungsfähigkeit der Rettungshundezüge kann nur durch hartes Training erzielt werden. Denn die Erfahrung hat gezeigt, daß es im Ernstfall weniger an der mate-

riellen Ausstattung hapert, sondern daß vor allem der psychischen und physischen Belastbarkeit der Hundeführer in solchen Extremsituationen wie auf dem Trainingslehrgang im Kaunertal große Aufmerksamkeit gewidmet werden muß. Auch den Hunden wird hier die Möglichkeit gegeben, ihre Suchfähigkeit unter völlig anderen Voraussetzungen als zu Hause auszubauen. Dieses intensive Schneesuchgewöhnungstraining hat den Vorteil, daß jeder Hund optimal auf die Sucheinsätze unter winterlichen Bedingungen wie z.B. im Schwarzwald und auf der Schwäbischen Alb vorbereitet werden kann. Der jährliche Lehrgang im Kaunertal ist so angelegt, daß immer die maximalen Anforderungen an die



Auf dem Weg zum Suchgebiet: Die Hundeführer mit ihren Hunden auf dem Pistenbulle.



Aufmerksam warten die Rettungshunde auf ihren Einsatzbefehl.

Rettungsteams gestellt werden, damit sie im Einsatz allen Eventualitäten gewachsen sind und ihre Handlungen auch unter erhöhtem physischem Druck korrekt und folgerichtig

bleiben. Konkret bedeutet das die intensive Zusammenarbeit mit der Bergwacht, die Gewöhnung der Hunde an die Fahrt auf dem Pistenbulli und mit dem Sessellift sowie

Übungen im Tiefschnee tagsüber und in der Nacht.

Damit dieses hohe Niveau gehalten bzw. kontinuierlich gesteigert werden kann, absolviert jeder Stuttgarter Hunde-

führer mit seinem Hund neben dem ständigen Training, das zweimal in der Woche stattfindet, jedes Jahr freiwillig und ehrenamtlich diesen Schneeschlehangang. Durch diese Übungen wächst das Vertrauen und das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb eines Rettungshundezugs, das als absolute Notwendigkeit für eine erfolgreiche Arbeit betrachtet wird. In dieser Woche lernt der Hundeführer sehr schnell die Grenzen der körperlichen Belastbarkeit seines Tieres kennen und weiß daher, wie stark er seinen Partner im realen Einsatzfall fordern kann.

Hundenasen sind überlegen

Die Effektivität der Rettungshundeteams wird auch heute von keinem technischen Gerät erreicht. So benötigte in einer anderen Übung ein 50köpfiger Suchtrupp 80 Minuten, um eine versteckte Person im Wald zu finden. Fünf Rettungshundeteams beendeten den gleichen Versuch nach 18 Minuten erfolgreich. Besonders bemerkenswert ist dabei, daß sowohl die Einsätze als auch das Training von den Hundeführern ehrenamtlich durchgeführt werden. Dazu gehört ein hohes Maß an persönlichem Engagement, das große Anerkennung verdient.

J. Ulmer/W. Straub



Das Rettungshundeteam im Einsatz: Der Hund sucht im Schnee nach vermißten Personen.

(Fotos: ASB Stuttgart)

Rettungshundezüge im ASB

Rettungshunde sind zur Zeit in folgenden Organisationsstufen des ASB im Einsatz:

- OV Darmstadt
- KV Erlangen-Höchstadt
- OV Geesthacht
- OV Heiligenhafen
- OV Karlsruhe
- KV Nienburg
- OV Schweinfurt
- OV Stormarn
- KV Stuttgart

Übung macht den Meister

Wie in jedem Jahr hielt der Kreisverband Lübeck der Johanniter-Unfall-Hilfe auch in diesem Frühjahr eine zweitägige Katastrophenschutzübung ab. Der 3. Sanitätszug und der 1. Verpflegungstrupp, zwei aus Bundes- und Landesmitteln finanzierte und von den Johannitern personell besetzte Einheiten, übten Mitte April im Kreis Segeberg. Auf Gut Rösing wurde in freier Natur und abseits von öffentlichem Verkehr nach „Verletzten“ gesucht, ihre Behandlung und ihr Abtransport trainiert.

Das Übungs-Szenario sah vor, eine von einem Waldbrand abgeschnittene Schulklasse zu finden, Verletzte zu versorgen und abzutransportieren. Der Übungsleiter, Dr. Thomas Hoffmann, hatte den Johannitern einige Stolpersteine in den Weg gelegt.

Das Schadensgebiet bestand aus einem recht unwegsamen und teilweise auch morastigen Waldstück. Etliche Zufahrtsstraßen waren wegen „Brandgefahr“ für die Rettungsfahrzeuge gesperrt. Anhand von Koordinaten, Karte und Kompaß galt es, die verschollene Schulklasse zu finden. Die 31 jungen Feuerwehrleute aus Lübeck – mit viel Vaseline und Schminke zu „Verletzten“ hergerichtet – riefen sich die Kehlen wund und heiser, bis schließlich ein Erkundungstrupp die „Darsteller“ fand. Der Wald hallte wider von den Rufen der weit verteilten „Opfer“.

Innerhalb der folgenden drei Stunden wurden die „Verletzten“ versorgt. Zum Teil mußten die nicht gehfähigen oder bewußtlosen „Opfer“ unter großem körperlichem Aufwand und viel Schweiß der Helfer aus der Schlucht bis

zum Sammelplatz steil bergauf getragen werden. Die Übungsleitung hatte es sich und den Helfern wirklich nicht leicht gemacht. Versorgung und Abtransport waren dann Routine.

Das Übungswochenende wurde am Abend mit einem Nachtorientierungsmarsch und am Sonntagvormittag mit Gruppenunterricht fortgesetzt. Die Helfer übernachteten in Zelten auf dem Gutsgelände bei noch recht frischen Temperaturen. Der Verpflegungstrupp hatte jedoch während der gesamten Übung die richtigen und kräftigenden Grundlagen bereit, so daß sich die Unbequemlichkeiten des Nachtlagers ertragen ließen.

Seit dem geräuschlosen Abzug der Bundeswehr aus Belet Uen ist Somalia blitzartig aus den Schlagzeilen verschwunden. Das bedeutet noch lange nicht, daß in dem ostafrikanischen Land keine Not mehr herrscht. Im Gegenteil. Wohlwissend, daß dieser Teil der Welt noch eine Weile Empfänger für humanitäre Hilfe bleibt, haben die Johanniter zu Spenden für die Opfer des Bürgerkrieges in Somalia aufgerufen. Der Aufruf ist so erfolgreich verlaufen, daß wir dieses Mal den Versuch starten wollen, nicht nur Löcher zu stopfen, sondern es sollen einige Probleme an der Wurzel angepackt werden. Daß diese Arbeit nicht am Schreibtisch in Bonn erledigt werden kann, soll der nachfolgende Bericht des Auslandsreferenten der Bundesgeschäftsstelle, Heinz Bitsch, verdeutlichen helfen.

Die Johanniter sind mit ihren realitätsnahen Übungen seit 15 Jahren in der Umgebung von Gut Rösing bekannt, das den Söhnen des verstorbenen Rechtsritters des Johanniterordens, Freiherr von Lengerke, gehört. Die Bevölkerung der umliegenden Dörfer zeigt sich deshalb auch nicht beunruhigt, wenn Katastrophensituationen mit einigem technischen Aufwand gestellt werden.

Zufrieden konnte die Übungsleitung nach Abschluß der Übung bestätigen, daß ständige Übung eben den Meister macht. Erfreuliche Leistungen und eine hervorragende Motivation der eingesetzten

Kräfte erbrachten das Urteil: 31 Schminkopfer gerettet, Übungsziel erreicht – und beim nächsten Mal, im kommenden Jahr sind wir noch besser.

Und Jahr für Jahr wachsen der Rettungs- und Hilfsorganisation neue Helfer zu, die unter realistischen Einsatzbedingungen praktisch und psychologisch auf den Ernstfall vorbereitet werden müssen. In Lübeck und Umgebung ist ein größerer Not- oder Katastrophenfall erfreulicherweise noch nicht eingetreten. Wie wertvoll eine praxisorientierte Ausbildung sein kann, konnten die Rettungseinheiten der JUH aus Eutin und Plön vor einem halben Jahr erfahren, als sie an den Rettungsarbeiten in Verbindung mit dem Zugunglück von Raisdorf beteiligt waren.

Dicke Backen am Horn von Afrika

Er hielt sich Ende Januar vor Ort auf, um realisierbare Projektvorschläge zu erarbeiten.

Unser Umstieg von einem Airbus, der uns von Köln nach Djibouti gebracht hatte, in eine einmotorige und achtsitzige Propellermaschine erfolgte morgens um 8.00 Uhr, nachdem sich wegen eines Notfalls unsere Weiterflugmöglichkeit in Djibouti auf drei Tage später verschoben hatte. Dr. Raich, mein Begleiter und unser Experte für medizinische Hilfe und Gesundheitsversorgung, der aufgrund früherer Tätigkeit zudem mit somalischer Mentalität vertraut ist, durfte neben dem Piloten sitzen – aus Gründen der Gewichtsverteilung kam ich nicht in Frage. Nach zwei Stunden Flug über den Golf von Aden erblickten wir zum ersten Mal die Sandpiste von Las Koreh, ein Fischerdorf, welches nur

auf guten Landkarten zu finden ist und etwa vier Stunden Autofahrt westlich des bekannteren Seehafens Bosaso liegt.

Unsere Auskunft war nicht unbemerkt geblieben. Zwei Geländewagen, etwa ein Dutzend Personen und leider auch einige Gewehre von Typ Kalaschnikow erwarteten uns. Die Gewehre blieben auch unserem amerikanischen Piloten von Care International nicht verborgen und veranlaßten diesen, erst einmal durchzustarten. Trotz unserer Zusicherung, daß alles seine Ordnung hätte, brauchten wir vier Versuche bis zur sicheren Landung in Las Koreh International Airport. Die Mitarbeiter unseres einheimischen Projektpartners begrüßten uns, Post wurde übergeben, Zoll- und Paßkontrolle erledigt. Letzteres war so problemlos

wie noch nie, denn kein Mensch kontrollierte.

Las Koreh liegt in der Provinz Sanag, einer infrastrukturell unterentwickelten Region, die wegen des Bürgerkriegs ebenfalls von Flüchtlingen und Migrationsbewegungen betroffen ist. Die Überbevölkerung führt zu einer zusätzlichen Belastung des ohnehin kargen und weitgehend von Nomaden genutzten Landes. Einem etwa 10 km breiten Küstenstreifen schließt sich eine 90 km tiefe Gebirgskette an, mit Erhebungen bis 2000 m, gefolgt von Dornbuschsavanne und einer sehr heißen und endlos erscheinenden wüstenartigen Ebene. Schätzungen zufolge leben in der Provinz ca. 200 000 Menschen, deren Lebensgrundlage die Viehzucht und der Handel mit Tierprodukten ist. Unsere Projektarbeit muß sich auf diese Gegebenheiten einstellen. Die Kollegen von der Deutschen Welthungerhilfe (DW) hatten uns im Vorfeld auf diese Provinz und den Projektpartner aufmerksam gemacht, und angedacht war, eine ähnliche Zusammenarbeit aufzubauen, wie sie derzeit in Angola praktiziert wird. Da sich die DW auf den Ernährungssektor spezialisiert hat und wir uns im medizinischen Bereich engagieren wollen, ergänzen sich diese Aktivitäten sinnvoll. Darüber hinaus gilt die Provinz Sanag als relativ sicheres Gebiet.

Unmittelbar nach unserer Ankunft in Las Koreh gab es das erste Gespräch mit den Verantwortlichen. Konkret bedeutet dies: Zuhören! Danach wurde das weitere Vorgehen abgestimmt und natürlich organisatorische Fragen für unsere Fahrt ins Landesinnere zur Besichtigung der Gesundheitseinrichtungen geklärt. In den Folgetagen wurde uns dann deutlich demonstriert, daß die medizinische und gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in dieser seit Jahren vernachlässigten Region praktisch nicht existiert bzw. von fallweiser Unterstützung der Internationalen Gemeinschaft abhängt. Wegen des Bürgerkriegs gibt es zudem



Dr. Raich inspiziert einen Brunnen, aus dem sich Mensch und Tier mit Wasser versorgen.

seit Jahren keine staatliche Unterstützung mehr. Die Wasserversorgung bleibt in dieser niederschlagsarmen Region das dominierende Problem und ist mitbestimmender Faktor für die Gesundheitssituation. Beindruckend waren die unterschiedlichen Systeme in den einzelnen Dörfern, wie Wasser aufgefangen, kanalisiert, gespeichert und auch transportiert wird. Am Dorfrand wer-

den Reservoirs bis zu 4 m Tiefe gegraben, auf eine Länge von 15 m und Breite von 10 m. In der Regenzeit fließt das Wasser über Kanäle in die Reservoirs, das ganze wird mit Sträuchern abgedeckt und natürlich umzäunt, um das Vieh fernzuhalten. Jedes dieser Reservoirs gehört einer Familie bzw. einem Clan. Wasser ist kostbar und für unsereins, die wir wie selbstverständlich



Unsere einheimischen Begleiter beim Kauf ihres Genußmittels Kat in Hadaftimo. (Fotos: Bitsch)

Dauerduschen und Hahaufdrehen gewohnt sind, bleibt eine nüchterne Erfahrung zurück, die mehr Menschen in Deutschland erleben müßten.

Wenn die Sonne am höchsten steht, scheint auf unserer Fahrt zu den Dörfern für einige unserer somalischen Begleiter – ein Fahrer, zwei Helfer der Partnerorganisation und die unverzichtbaren drei Sicherheitskräfte – die Katzeit gekommen. Hierbei handelt es sich nicht um das in unsere Autos eingebaute Gerät, sondern um bitter schmeckende Blätter, die anregende Alkaloide enthalten und in einen milden Rauschzustand versetzen sollen. Kat, ein Strauch mit ledrigen, kerbig gesägten Blättern und kleinen Blüten, wächst seit Jahrhunderten in Ostafrika. Eine Vielzahl unterschiedlichster Auswirkungen wird mit dem Konsum der „grünen Droge“ verbunden. Zunächst stimulierend, dann wird der Mensch phlegmatisch, sie soll appetitzügelnd wirken oder einfach berauschen. Mein Sitznachbar im Auto kaut jedenfalls hingebungsvoll mit vollen Backen, schiebt den Klumpen Blätter hin und her und schlürft mit Wonne am bitteren Saft. Einer Kostprobe kann ich nicht widerstehen, geschmeckt hat es mir allerdings nicht.

Inzwischen haben wir unsere Eindrücke verarbeitet und mit dem Partner ein Projekt zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung abgestimmt. Basis und Medikamentenversorgung sowie Veterinärmedizin und die Ausbildung von Gesundheitspersonal und Ausstattung von Gesundheitseinrichtungen sind dabei die inhaltlichen Schwerpunkte.

Notfallvorsorge – eine Säule des Malteser-Hilfsdienstes

Die klassischen operativen Dienste als Einheit sehen

Seit den 60er Jahren besteht im zivilen Sicherheitsbereich eine kaum zu überblickende Begriffsvielfalt. Da ist von friedensmäßigem und erweitertem Katastrophenschutz die Rede, von Zivilschutz, von alltäglicher Gefahrenabwehr, von Großunfällen und von Massenankäufen von Verletzten. All diese Begriffe – und noch etliche mehr – stehen nebeneinander, ergänzen sich und überschneiden sich. Um Verständnisschwierigkeiten zu vermeiden, wurde die Vielfalt der „Schubladen“ insbesondere den Führungskräften vermittelt. Gegen Ende der 80er Jahre dann häuften sich

schwere Naturkatastrophen, technische Katastrophen und Großunfälle. Hinzu kam eine veränderte Bewertung der militärischen, sicherheitspolitischen Lage. Damit wurde eine Neubestimmung der Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung notwendig.

Notfallvorsorge meint alle Vorkehrungen zum Schutz vor Gefahren

Die Alltagsgefahren rückten in den Vordergrund, die Parallelität der Vorkehrungen wurde hinsichtlich ihrer Effektivität und Effizienz hinterfragt, der humanitäre Charak-

ter der Hilfeleistung und Gefahrenabwehr wurde besonders betont, und letztlich trat ein gesamtheitlicher Ansatz des Schutzes in den Mittelpunkt der Betrachtungen. In der Fachdiskussion fand sich dafür der Begriff „Notfallvorsorge“. Seitdem meint „Notfallvorsorge“ als Oberbegriff alle Vorkehrungen zum Schutz vor Gefahren – gleich welcher Art – im staatlichen und zivilen Bereich.

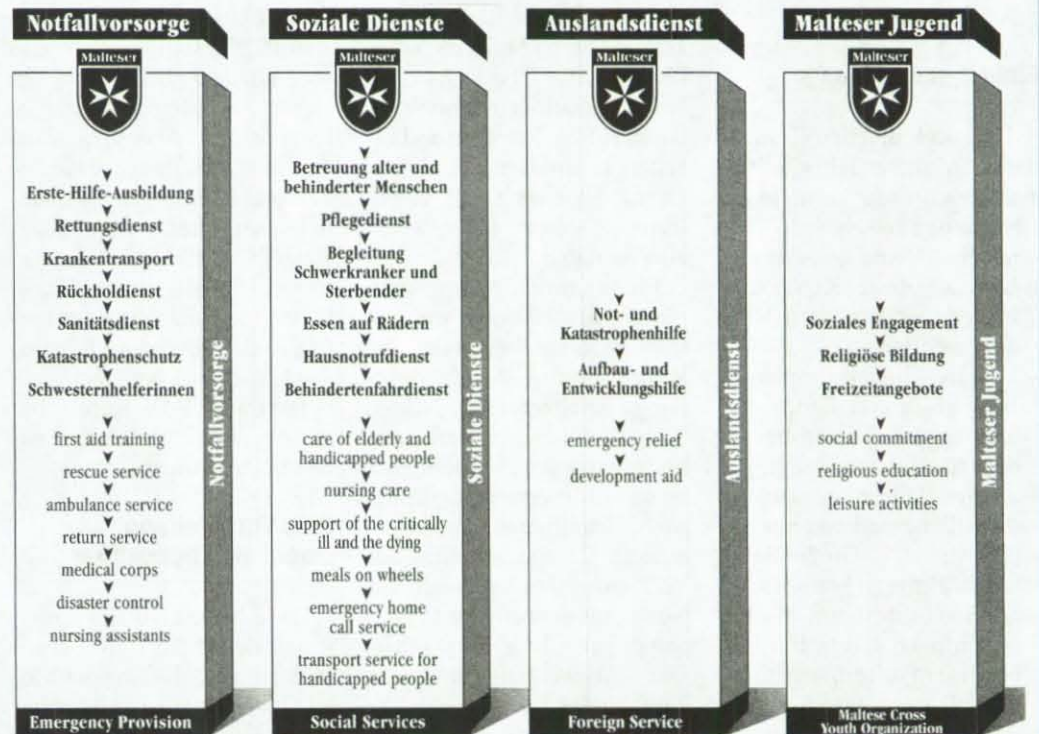
Die Notfallvorsorge umfaßt die allgemeine Versorgung bei friedenszeitigen Notlagen ebenso wie im Fall militärischer Bedrohung, sie umfaßt den Rettungsdienst und den

Katastrophenschutz der Länder ebenso wie den Zivilschutz. Was liegt also näher, als den Begriff der Notfallvorsorge auch für die erste traditionelle Säule des Malteser-Hilfsdienstes zu verwenden? – als einen integrierenden Begriff für die Bereiche, die den Malteser-Hilfsdienst als Hilfsorganisation bestimmen. Die „klassischen operativen Dienste“ decken nämlich ab:

- die medizinische Hilfeleistung von der Ausbildung von Ersthelfern bis zur Intensivmedizin;
- den Einsatz von der alltäglichen Gefahrenabwehr bis zum Katastrophenfall;

Die vier Säulen des Malteser- Hilfsdienstes

Der Malteser-Hilfsdienst, in den 60er und 70er Jahren wesentlich geprägt als Katastrophenschutzorganisation, ist heute sehr viel mehr. Faßt man seine Aufgaben und Dienste zusammen, so ergeben sich vier Säulen, die unseren Verband heute prägen und ihm ein festes Fundament geben: für unsere „klassischen operativen Dienste“ wurde dabei der Begriff „Notfallvorsorge“ gewählt; hinzu kommen drei weitere Säulen: die Sozialen Dienste, der Auslandsdienst und die Malteser Jugend.



– die humanitäre Hilfe in allen denkbaren Notfallsituationen.

Der Begriff „Notfallvorsorge“ verdeutlicht insbesondere das Ineinandergreifen, das gegenseitige Unterstützen, Ergänzen und Einander-Bedingen dieser Dienste. Faktisch schon seit jeher gegeben, muß dieser Aspekt heute jedoch stärker verdeutlicht werden. Er wirkt hinein in

- die Rettungskette mit den wesentlichen Elementen der lebensrettenden Sofortmaßnahmen, der Ersten Hilfe und des Rettungsdienstes;
- den Aufwuchs der Kräfte mit der Vorsorge durch den Sanitätsdienst, den Einsatz vom Sanitätsdienst über den Rettungsdienst bis zu Einheiten des Katastrophenschutzes;
- die Ausbildung, die Gewinnung von Einsatzerfahrung und die personelle Unterstützung durch Katastrophenschutz Helfer und Schwesternhelferinnen im Sanitätsdienst, in der Notfallrettung, im Krankentransport und Rückholtdienst;
- die Helfergewinnung für den Malteser-Hilfsdienst durch interessante und ansprechende Erste-Hilfe- und Schwesternhelferinnen-Ausbildungen.

Einheit, mehr denn je

- Die traditionellen Dienste des Malteser-Hilfsdienstes sind heute mehr denn je als eine Einheit zu sehen,
- als eine Einheit, die unsere breit angelegte Kompetenz in der medizinischen Hilfe dokumentiert;
 - als eine Einheit, die unser Bild als einsatzfähige Sanitätsorganisation insbesondere für Notlagen prägt;
 - als eine Einheit, um sanitätsdienstliche und betreuungsdienstliche Großeinsätze durchführen zu können;
 - als eine Einheit, um unseren Helferinnen und Helfern im medizinischen/sanitätsdienstlichen und betreuungsdienstlichen Bereich Möglichkeiten und Aufga-

ben der persönlichen Entwicklung zu geben;

- als eine Einheit, die leistungsfähig und gezielt die

anderen Säulen unterstützen kann;

- als eine Einheit, um als leistungsfähiger und flexibler

Partner im System der staatlichen zivilen Notfallvorsorge zu gelten.

Benedikt Liefänder

Ein besonderer Erste-Hilfe-Lehrgang

Wann haben Sie zum letzten Mal „Blinde Kuh“ gespielt? Sicherlich können Sie sich noch an die unangenehme Situation des hilflosen Umherirrens erinnern. Doch – wie gehen Menschen mit dem dauerhaften Verlust ihrer Sehkraft um? Daß sie keineswegs unbeholfen umherirren, konnten Braunschweiger Malteser erst kürzlich feststellen.

Positive Argumente für ein Wagnis

Eine Gruppe blinder und sehbehinderter Menschen wollte bei den Braunschweiger Maltesern Erste Hilfe lernen. Die ersten Gedanken: „Unmöglich! Das geht doch nicht. – Wie stellt man das bloß an?“ Schon beim „Feststellen des Bewußtseins“ können Blinde den Patienten nicht „ansehen“, auch die Atmung können sie nicht durch Sehen überprüfen. Überhaupt alle Notfallsituationen können nur durch Hören, Erfragen und Er tasten beurteilt werden. Was ist mit Foliensatz und Videofilm ...? – Neue Ideen waren also gefragt.

Einen Lehrgang mit so komplexen Maßnahmen wie der stabilen Seitenlage oder der Herz-Lungen-Wiederbelebung durchzuführen, schien den Braunschweigern nicht nur wagnisreich, sondern auch kaum erfolgversprechend, da weder Fachliteratur, noch geeignete Unterrichtshilfen zur Verfügung standen. Auch für einen möglichen Zeitablauf gab es keine Erfahrungswerte. Die Entscheidung über den Umfang des Kurses trafen die Teilnehmer letztlich selbst. Ihre Motivation und der deut-

liche Wunsch, anderen Menschen helfen zu können, überwanden schließlich die Schwierigkeiten der Malteser mit diesem reizvollen Vorhaben.

Vorbereitungen mit dem Blindenverband

Die ersten Gespräche erfolgten Monate vor Lehrgangsbeginn. So wurde der inhaltliche und zeitliche Ablauf detailliert erörtert und abgewogen. Es wurde schnell klar, daß viele Themen gestrichen werden mußten, da der Kurs sonst zu umfangreich geworden wäre. Die meiste Zeit wurde für die Herz-Lungen-Wiederbelebung eingeplant und der Gesamtumfang auf zehn Doppelstunden begrenzt. Unter großem Aufwand entstand eine dreizehn Seiten umfassende EH-Broschüre in Punkt-schrift. Sie stellte sicher, daß die blinden Teilnehmer zu Hause das Erlernte wiederholen konnten. Außerdem wurden in stundenlanger Handarbeit drei blindengerechte Modelle hergestellt: ein „münzfreier Notrufschalter“ der Telekom, ein Modell des Brustkorbs (mit Herz, Herzkranzgefäßen, Brustbein und Rippen) sowie ein überstreckbares Schnittmodell des Kopfes mit ertastbarem Gehirn und ertastbaren Atemwegen.

Gute Vorbereitung macht sich bemerkbar

Als es dann endlich losging, waren die Malteser in Braunschweig zunächst von der Mobilität der Blinden und Sehbehinderten überrascht. Sie fanden sich spontan in den ihnen

unbekannten Schulungsräumen zurecht. Die Fähigkeit, die Umwelt taktil (durch Tasten) zu erfassen, hängt vor allem von einer ruhigen, kompetenten Anleitung ab. Das stellte sich schon bei den ersten Unterrichtseinheiten heraus. Sehr angenehm waren die freundlichen, auf Gemeinschaft eingestellten, humorvollen Umgangsformen. Durch einen gezielten Wechsel der Methoden (Kurzvortrag, taktiles Lernen im Einzelunterricht sowie erläuterndes Sprech-Üben, bei dem der Teilnehmer übt und gleichzeitig die Maßnahme erklärt) wurde ein Ausbildungsstand erreicht, den man bei „normalen“ Kursen oft nicht antrifft! Dabei zeigte sich, daß die „anschauliche“ Vermittlung dem Ausbilder nicht nur Zeit, sondern auch viel Geduld abverlangt. Ständige, selbstkritische Lernzielkontrollen stimmten das Konzept immer wieder auf die aktuellen Bedürfnisse ab. Die intensive inhaltliche und materielle Vorbereitung zahlte sich hier letztlich aus.

Blinde und Sehschwache haben in der Regel ein ausgeprägtes Sprachgedächtnis. Und – sie scheinen weniger durch die negativen Einflüsse des Fernsehens geprägt, was sich im Unterricht in jeder Beziehung positiv auswirkte: keine Anzeichen von Aggression, keine Flachheit – keine Oberflächlichkeit! Die sieben blinden und sieben sehbehinderten Teilnehmer waren hochmotiviert und engagiert.

Bodo Stoof
Malteser-Hilfsdienst
Braunschweig

DFV mit neuem „Outfit“

Neues Outfit für die bundesdeutsche Feuerwehrfamilie: Zur Interschutz 1994 in Hannover wird sich der Deutsche Feuerwehrverband in einem kräftig aufpolierten äußeren Erscheinungsbild präsentieren. So hat es das DFV-Präsidium beschlossen. Grundlage ist eine professionelle Werbekonzeption, vorgestellt und erarbeitet von einer Lindauer Agentur. Eine Meinungsumfrage soll in Hannover Aufschluß über die Akzeptanz liefern, und gegebenenfalls soll die Konzeption dann auch der Startschuß sein für eine breit angelegte, bundesweite Imagekampagne der deutschen Feuerwehren. Vorgesehen dafür sind u.a. großflächige Werbeplakate zum Selbstverständnis insbesondere der Freiwilligen Feuerwehren in Stadt und Land.

Schlauchwagen für LZ-W kommen

Das Bundesinnenministerium hat den Bau von 860 Schlauchwagen als – lange ausstehende – Ergänzung der Löschzüge Löschen und Wasserversorgung (LZ-W) im Brandschutzdienst des erweiterten Katastrophenschutzes in Auftrag gegeben. Das wurde am Rande der DFV-Präsidiumstagung in Husum bekannt. Die Fahrzeuge sollen noch in diesem Jahr ausgeliefert werden. Bei den Überlegungen zur Neunkonzeption des erweiterten Katastrophenschutzes konzentriert sich die Zielsetzung des Bundes jetzt auf künftig noch fünf Aufgabenbereiche. Brandschutz- und ABC-Fachdienst sollen danach die Feuerwehren übernehmen, Sa-

Die für die Interschutz entwickelte Konzeption für den DFV-Ausstellungsstand (2400 qm) sieht als zentralen Blickpunkt eine 1:1-Feuerwache mit einem Löschzug modernster Baureihe vor. Hier ist gleichzeitig das Informations- und Logistikzentrum untergebracht.

Augenfällig plaziert werden die ersten Muster der Großflächenplakate. Daß Kommunikation, Gespräche und Diskussion über aktuellen Fragen des Feuerwehralltags wesentliche Teile des DFV-Auftritts bei dieser weltgrößten Fachmesse für Brandschutzwesen, Rettungsdienst und Katastrophenschutz sind, wird durch ein – auch optisch eindrucksvolles – „Feuerwehr-Forum“ verdeutlicht. Fachleute und kompetente Gesprächspartner sollen unter

nitätswesen und Betreuung die freiwilligen Hilfsorganisationen, Bergung des THW. Nach DFV-Intervention soll allerdings – praxisorientiert – bei der Bergung auch die Feuerwehr einbezogen werden.

– woh –

Verabschiedet

DFV-Wettkampfleiter Kurt Frech (Böblingen) und der bisherige Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes Hessen, Jürgen Domke (Stierstadt), sind aus dem DFV-Präsidium verabschiedet worden. In einer Laudatio bezeichnete Präsident Schäuble Kurt Frech als „Feuerwehr-Denkmal“, das internationale Anerkennung gefunden habe.

– woh –

Moderatoren-Anleitung mit einem interessierten Besucherpublikum auch „heiße Themen“ diskutieren.

Gemeinsam mit dem DFV präsentieren sich in Hannover die Deutsche Jugendfeuerwehr und das Versandhaus des DFV. Als Augenweide wird es eine Schau von Feuerwehr-Oldtimern geben.

Präsident Gerald Schäuble sieht in dieser Konzeption den Start einer künftigen „offensiven Öffentlichkeitsarbeit“ des DFV und der Feuerwehren. Denn er ist sicher: „Imagepflege kann nicht nur punktuell betrieben werden, sondern muß über ein Langzeitkonzept abgestützt sein, das durch örtliche/regionale Maßnahmen und Großveranstaltungen ergänzt wird.“

– woh –

Terminplan

2.6.	6. DFV-Vorstandstagung	Hannover
4.6.	47. DFV-Präsidiumstagung	Hannover
3.6.-8.6.	Interschutz	Hannover
3.6.-8.6.	CTIF-Symposium	Interschutz
3.6.-8.6.	CTIF-Permanenter Rat	Interschutz
4.6.	42. DFV-Delegiertenversammlung	Hannover
11.6.	Wettkampf Senatpokal	Bremen
12.6.	Europawahl	bundesweit
17.6.-17.7.	Fußball-Weltmeisterschaft	USA
9.9.-10.9.	DFV: 5. FRef Umweltschutz	Aachen
9.9.-11.9.	Hess. Feuerwehrtag	Friedrichsdorf
17.9.	Eröffnungsveranstaltung bayerische Brandschutzwoche	Rehau
17.9.-25.9.	Bayerische Brandschutzwoche	Bayern
23.9.-24.9.	Verbandsversammlung LFV BW	Tübingen
5.10.-7.10.	Vollsitzung Fachgruppe „Feuerwehr-Hilfeleistung“, BAGUV	?
11.10.-12.10.	FNFW-AA 3 „Fahrzeuge“	Münster
18.10.-19.10.	DFV: 3. FRef. Ausrüstung	?
25.10.-26.10.	FNFW-AA 1 „Ausrüstung und Rettungsgeräte“	Luckenwalde
Herbst	Bundestagswahlen (im Zeitraum 20.9.–20.11.94)	
2.11.	DFV: 4. FRef Sozialwesen	Fulda
7.11.	DFV: 4. FRef Wettbewerbe	Fulda
1995		
13.5.	Landesfeuerweherversammlung LFV SH	Bredstedt
2.6.-6.6.	2. Deutsches Bundesmusikfest	Münster
20.6.-26.6.	CTIF/Permanenter Rat	Schweiz
?	CTIF/Jugendfeuerwehrbewerbe	Trento

Die Feuerwehr-Erholungsheime in der Bundesrepublik

Heute: Hoher Meißner (Hessen)

Anmeldung an:
Ernst Illing, Sand 1, 37290
Meißner-Abterode
Tel: 05657/417
Auskunft auch:
Jugenddorf
Hoher Meißner
Tel: 05657/1032



stellt. Für Gruppen kann Frühstück bzw. im 50 m entfernten Jugenddorf Vollpension vereinbart werden. In den umliegenden Ortschaften gibt es ausreichend Gaststätten. Das Haus ist ganzjährig für jeden Besucher offen.

Vom Hohen Meißner – 750 m – hat man einen herrlichen Ausblick in das Werratal und weit ins Thüringer Land. Im Winter stehen in unmittelbarer Nähe des Heimes gepflegte Langlaufloipen, Rodelhänge und zwei Skilifte für Abfahrtslauf zur Verfügung.

Die nahe Kreisstadt Eschwege bietet gute Einkaufsmöglichkeiten. Auf einer großen Seenplatte kann Wassersport aller Art betrieben werden, auch Angelmöglichkeiten sind vorhanden. Zum Baden laden ein Hallen- und ein Freibad sowie ein Freizeitzentrum in unmittelbarer Nähe von Eschwege ein. In der Kur- und Badestadt Bad Sooden-Allendorf steht neben den Kureinrichtungen ein Sole-Thermal- und Bewegungsbad zur Verfügung.



Das Haus liegt im Naturpark Meißner-Kaufunger-Wald in Nordhessen am Süd-Osthang des Hohen Meißner in 480 m Höhe. Die abwechslungsreiche, hier noch unberührte Natur der reizvollen, typischen Mittelgebirgslandschaft, ausgedehnte Mischwälder, gesundes Klima, wenig Verkehr und Hektik, geben dem Haus einen entsprechend hohen Freizeit- und Erholungswert. Das Heim gehört zur Gemeinde Meißner. Hier werden zahlreiche Freizeitmöglichkeiten geboten.

Auf gut ausgebauten Wegen sind u.a. ein Besucherbergwerk, ein Trimpfad, Schutzhütte, Wassertretbecken und ein 120 Morgen großer Wild- und Erholungspark mit gastlicher Jägerstube zu erreichen.

Das Haus hat elf Doppelzimmer, davon acht mit Dusche und WC, zwei Schlafräume mit zehn und sechs Betten, Etageduschen mit WC, gemütliche Aufenthaltsräume, Sonnenterrasse und eine Grillanlage. Man ist überwiegend auf Selbstverpflegung einge-



Zivilschutz in Deutschland – Programm-entwurf des BMI im Meinungsspiegel

Stellungnahme der ARKAT anlässlich der Erörterung des Entwurfs einer Neuordnung mit den Organisationen und Dachverbänden am 9. März 1994:

Nachdem der Bund bereits zum 31.12.1993 fast für den gesamten Bereich Führung, Kommunikation und Logistik, d.h. die Bereiche, die eigentlich für den Verteidigungsfall von ihm überwiegend zu ergänzen und zu verstärken gewesen wären, die Finanzmittel drastisch reduziert hat, will dieser jetzt auch die bundeseinheitliche Gliederung aller Fachdienste, Einrichtungen und Einheiten des Katastrophenschutzes aufgeben. Offenkundig allein aus finanziellen Erwägungen wird damit unter Verzicht auf eine allgemeine Bedrohungsanalyse davon ausgegangen, daß künftig nur noch lokale/regionale Schadenslagen zu bewältigen seien. Hier ist die vorgelegte Konzeption schon allein deshalb widersprüchlich, weil in Ermangelung allgemeingültiger Aussagen zur Bedrohungslage nicht vom günstigsten Fall, sondern wenigstens von bisher anerkannten Anhaltswerten (z.B. hinsichtlich der Personalstärke) als Grundlage für die Neukonzeption des Katastrophenschutzes ausgegangen werden müsse.

Auch verläßt der Bund mit einzelnen Elementen der Neukonzeption den Rahmen, den ihm das Gesetz vorgibt:

In § 1 KatSG bestimmt der Bund, daß die Erweiterung des Katastrophenschutzes dem Schutz der Bevölkerung vor den besonderen Gefahren und Schäden, die im Verteidigungsfall drohen, dient. Aus

§ 1a Abs. 1 Satz 2 KatSG ergibt sich dann mittelbar eine Bestimmung des vom Bund zu gewährleistenden Schutzniveaus. Dort ist geregelt, daß die für den (friedensmäßigen) Katastrophenschutz aufgestellten Einheiten zum dem in § 1 des Gesetzes genannten Zweck verstärkt, ergänzt sowie zusätzlich ausgestattet und ausgebildet werden. Dies beinhaltet eine mehrfache Verpflichtung des Bundes, der er sich rechtmäßig ohne eine Änderung des Gesetzes nicht entziehen kann: Er muß eine Verstärkung, Ergänzung sowie zusätzliche Ausstattung und Ausbildung der Katastrophenschutzseinheiten in dem Maße vornehmen, daß der Zweck auch tatsächlich erreicht werden kann. Die Zweckbindung hat der Bund sich selbst durch Gesetz auferlegt. Ihr muß er gerecht werden, und es wird fachlich zu bewerten sein, ob die Vorschläge zur Neukonzeption tatsächlich eine Verstärkung und Ergänzung sowie zusätzliche Ausstattung und Ausbildung des friedensmäßigen Katastrophenschutzes bedeuten, die, ausgehend von einem funktionierenden friedensmäßigen Katastrophenschutz, dann auch tatsächlich geeignet sind, die Katastrophenschutzseinheiten für Zivilschutzzwecke zu befähigen. Die vorgelegten Papiere, insbesondere die Gestaltung der sogenannten „Komponenten“, lassen erhebliche Zweifel daran aufkommen, daß der Bund seinen Verpflichtungen aus

§ 1a Abs. 2 Satz 2 KatSG ausreichend nachkommen wird.

Vollends verläßt der Bund den Boden des Gesetzes, wenn er festschreibt, daß sich die Erweiterung des Katastrophenschutzes künftig nur noch auf die Aufgabenbereiche Brandschutz, Bergung, Sanitätswesen, Betreuung und ABC-Schutz erstrecke (Nr. II 3 des Papiers „Zivilschutz in Deutschland – Programm für die Zukunft“). Nur noch in diesen Bereichen soll das Katastrophenschutzpotential der Länder ergänzt bzw. das THW ausschließlich für die Bergung zur Verfügung gestellt werden.

Damit verstößt der Bund gegen § 4 Abs. 1 KatSG, wonach er in den Fachdiensten Brandschutzdienst, Bergungsdienst, Instandsetzungsdienst, Sanitätsdienst, ABC-Dienst, Betreuungsdienst, Veterinärdienst und Fernmeldedienst Einheiten und Einrichtungen aufstellt oder ergänzt. Die in § 4 Abs. 1 KatSG genannten Fachdienste stellen die Fachbereiche dar, in denen der Bund mindestens seine Ergänzungsaufgaben wahrnehmen muß, denn es heißt in der Bestimmung, daß er „insbesondere“ in diesen Fachdiensten seine Verstärkungs- und Ergänzungsaufgaben wahrnehmen muß. Auch wenn § 4 Abs. 2 bestimmt, daß der Bundesinnenminister im Benehmen mit den zuständigen Landesministerien die Stärke der Fachdienste in den Ländern festlegt, so kann daraus doch nicht gefolgert werden, daß er

seine Aktivitäten im Instandsetzungsdienst, Veterinärdienst, im Fernmeldedienst, in der Versorgung und in der Führung auf Null bringt. Auch in diesen Fachdiensten und -bereichen ist der Bund zu einer Verstärkung und Ergänzung des friedensmäßigen Katastrophenschutzes verpflichtet, die die Zweckerfüllung im Sinne des § 1 Abs. 1 KatSG gewährleistet.

Der Bund beabsichtigt weiter, die zusätzliche Ausstattung zu beschränken. Damit verstößt er gegen seine Verpflichtung aus § 5 Abs. 1 Satz 1 KatSG, wonach er ohne Wenn und Aber verpflichtet ist, die zusätzliche Ausstattung zur Verfügung zu stellen. Zusätzliche Ausstattung kann nach der Systematik des Gesetzes wiederum nur die Ausstattung sein, die benötigt wird, den friedensmäßigen Katastrophenschutz der Länder für den V-Fall auszurüsten. Auch hier gilt, daß die zusätzliche Ausstattung so (umfassend) gestaltet und zur Verfügung gestellt werden muß, daß der Zweck im Sinne des § 1a Abs. 1 KatSG auch wirklich erreicht werden kann.

Nach § 5 Abs. 2 Satz 1 KatSG sollen die Ausstattung der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes und die zusätzliche Ausstattung aufeinander abgestimmt und möglichst unter Beachtung bestehender technischer Normen vereinheitlicht werden. Der Bund verzichtet aber künftig ausdrücklich auf bun-

deseinheitliche Standards. Es muß also damit gerechnet werden, daß die in § 5 Abs. 2 KatSG vorgesehene Abstimmung nicht mehr stattfinden kann, weil es an diesen einheitlichen Standards fehlt. Zu der Abstimmung ist der Bund aber grundsätzlich verpflichtet, denn „sollen“ heißt bekanntlich soviel wie „müssen“, es sei denn, besondere Ausnahmesituationen rechtfertigen ein Abweichen von der absoluten Verpflichtung. Eine derartige Ausnahmesituation ist nicht erkennbar. Schon rein logisch ist es nicht möglich, ein Abweichen von der Verpflichtung zur Regel zu machen, weil die Abweichung eben nur für Ausnahmesituationen zulässig ist.

Schon diese wenigen Gedanken zur rechtlichen Situation mögen verdeutlichen, daß die Neukonzeption, wie vom Bund jetzt vorgelegt, äußerst fragwürdig ist. Allerdings darf nicht verkannt werden, daß bislang ein funktionsfähiger (friedensmäßiger) Katastrophenschutz durch die Länder nicht aufgebaut wurde und diese sich weitgehend auf das Potential des erweiterten Katastrophenschutzes stützten. Die Radikalität und Plötzlichkeit, mit der sich der Bund jetzt aus der Finanzierung der Erweiterung des Katastrophenschutzes zurückzieht, wird der vom Grundgesetz her begründeten gesamtstaatlichen und umfassenden Schutzpflicht gegenüber der Gesamtheit aller Bürger jedenfalls nicht mehr gerecht.

„Nicht akzeptabler Teilerückzug“

Zum Schreiben der ARKAT an die Länder und die Fraktionen im Deutschen Bundestag (abgedruckt in Heft 3-4/94) nimmt der rheinland-pfälzische Innenminister Walter Zuber Stellung:

„Das Konzept des Bundesministers des Innern (BMI) ‚Zivilschutz in Deutschland – Programm für die Zukunft‘ berücksichtigt zwar in weiten Bereichen Forderungen der Innenministerkonferenz, be-

zweckt jedoch auch einen für mich nicht akzeptablen Teilerückzug des Bundes aus der Finanzierung des erweiterten Katastrophenschutzes und eine erhebliche Kostenverlagerung auf die Länder und die kommunalen Gebietskörperschaften.

Ich bin mit Ihnen der Auffassung, daß dem vom Bund geplanten Abbau der Katastrophenschutzschulen der Länder und der Katastrophenschutz-Zentralwerkstätten nachdrücklich entgegengetreten werden muß.

Nach der gültigen Rechtslage kann der Bund meiner Ansicht nach ohne Einvernehmen mit dem Land nicht über die Schließung dieser Einrichtungen entscheiden. Nach § 5 Abs. 3 des Bundesgesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) können nämlich die Länder zur Wartung und Instandsetzung der Ausstattung besondere Einrichtungen (Zentralwerkstätten) errichten. Nummer 22 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die zusätzliche Ausstattung des Katastrophenschutzes, die gemäß Artikel 85 Abs. 2 Satz 1 GG mit Zustimmung des Bundesrates erlassen wurde, bestimmt, daß alle über eine einfache Materialerhaltung hinausgehenden Wartungsarbeiten in Zentralwerkstätten durchzuführen sind. Nur in Ausnahmefällen ist eine Vergabe an die gewerbliche Wirtschaft möglich.

§ 6 Satz 2 KatSG ermächtigt die Länder, zur regionalen und fachlichen Zusammenfassung neben den Landesfeuerwehrschulen zusätzliche Ausbildungsstätten für den erweiterten Katastrophenschutz einzurichten. Auf dieser Grundlage haben die Länder Rheinland-Pfalz und Saarland beispielsweise im Einvernehmen mit dem Bund die gemeinsame Katastrophenschutzschule in Burg/Mosel eingerichtet. Nummer 10 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die zusätzliche Ausbildung des Katastrophenschutzes schreibt zwingend vor, daß bestimmte Lehrgänge, z.B. für Führungskräfte des Katastrophenschutzes, an diesen Lan-

desschulen durchzuführen sind.

Nach § 14 Abs. 1 KatSG und den Nummern 10 und 13 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die Kosten der Erweiterung des Katastrophenschutzes hat der Bund die Kosten dieser Einrichtungen zu tragen.

Sowohl das Katastrophenschutzgesetz als auch die hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften können nur mit Zustimmung des Bundesrates geändert werden.

Vor dem Hintergrund dieser Rechtslage, aber auch aus fachlichen Gründen habe ich

daher von Anfang an allen Schließungsabsichten mit Nachdruck widersprochen. Die Einsparungspläne der Bundesregierung würden nämlich zu einer erheblichen Verschlechterung der Ausbildungssituation und zu einer weiteren unzumutbaren Belastung der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, insbesondere bei der Wartung der umfangreichen Ausrüstung, führen.

Ich teile auch Ihre Ansicht, daß der komplette Verzicht des Bundes auf die Bereiche Führung, Kommunikation und Logistik problematisch ist.“

Dr. med. Joachim Habers, Jülich

Medizinische Versorgungsstrategien in Großschadensfällen

Referat zur 7. ARKAT-Fachtagung „Katastrophenschutz – Führung, Logistik und Kommunikation als Schlüsselfaktoren für ein integriertes Gefahrenmanagement“

2. Teil

Faktor Material und Fahrzeuge

In diesen Bereichen zeigt sich in besonderer Deutlichkeit, welchen wahren Stellenwert die Kooperation der verschiedenen Beteiligten am erweiterten Rettungsdienst sowohl bei der Vorbereitung als auch im aktuellen Einsatz hat: Optimale arbeitsteilige Kooperation vorausgesetzt, sollten sich die wesentlichen materiellen und fahrzeugmäßigen Grundlagen für den erweiterten Rettungsdienst ohne größere Neuinvestition seitens des Rettungsdienst-Trägers zusammentragen lassen.

In vielen Sanitätszügen (vor allem des erweiterten Kata-

strophenschutzes des Bundes) ist problemlos Gelegenheit gegeben, geeignetes Material zu rekrutieren und konkurrenzlos günstig in den Einsatz zu integrieren.

Vier konkrete Beispiele sollen aber auch hier wieder akute Problemstellungen und Lösungsmöglichkeiten aufzeigen:

1. Medizinischer Sauerstoff ist vor allem in Form der sogenannten „Sauerstoffbehandlungsgeräte“ (Bild 4) schon seit Jahrzehnten ein besonders wichtiges Medikament. Für alle zivilen Organisationen stellt der Hersteller nun nach etwa 30 Jahren die Ersatzteillieferung ein; Alternativhersteller oder aber geeignete Alternativprodukte sind nicht verfügbar.



Bild 4:
Sauerstoffbehandlungsgerät.

Unverständlich bleibt, weswegen exakt identische Geräte für den Bedarf des Bundeswehr-Sanitätsdienstes noch als Neugeräte mit entsprechender Ersatzteilbevorratung beim selben Hersteller bereitstehen, eine gemeinschaftliche Ersatzteilnutzung durch alle Bedarfsträger im Sanitätsdienst jedoch unmöglich bleibt.

2. Für die Sanitätszüge des Bundes sind Notfallkoffer als Arztausstattung vorgesehen, deren Auslieferung bislang immer wieder an der Unmöglichkeit scheiterte, eine bundeseinheitlich akzeptierte Komplettausstattung festzulegen.

Unverständlich bleibt, weswegen nicht ein Leerkoffer mit einer unstrittig notwendigen Basisausstattung (Bild 5) dann nach Detailabstimmung mit den Ärzten in den Sanitätszügen vor Ort aus Selbstbewirtschaftungsmitteln komplettiert werden kann.

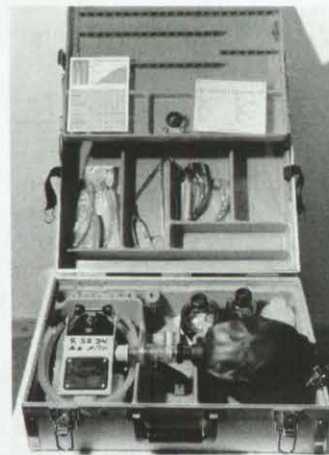


Bild 5: Arzt-Notfallkoffer mit bundeseinheitlicher Basisausstattung.

3. Der Transport liegender Verletzter auf Krankentragen durch Trägertrupps ist körperliche Schwerstarbeit. Auch die Benutzung von Tragegurten hilft hier erfahrungsgemäß wenig weiter. Entsprechend hoch ist der Personalverschleiß, der bei den meist knappen Personalbeständen eigentlich nicht tolerabel ist.

Unverständlich bleibt, weswegen hier nicht die im Sanitätsdienst der Bundeswehr eingeführten Feldtragenfahrgeräte (Bild 6) auch in die Ausstattungsliste der KatS-Sanitätszüge aufgenommen werden, zumal hierfür im Gegenzug die Ausstattung mit Krankentragenlagerungsböcken reduziert werden kann.



Bild 6: Krankentragenlagerungsbock - Feldtragenfahrgerät.

4. Größere Schwierigkeiten bereitet erfahrungsgemäß die Ausstattung mit Medikamenten und Infusionslösungen, die im erforderlichen zahlenmäßigen Umfang im „konventionellen“ KatS-Sanitätsdienst fast nirgends bevorratet werden.

Unverständlich bleibt, weswegen es immer wieder großer Anstrengungen bedarf, um in Absprache mit Großverbrauchern (z.B. Krankenhausapotheken) Verfügbarkeit und rechtzeitige Wälzung vor dem Verfalldatum sicherzustellen, da wohl nur so die Versorgung des erweiterten Rettungsdienstes mit Medikamenten und Infusionslösungen auch für den Rettungsdienst-Träger dauerhaft finanzierbar bleiben kann.

Ein sinnvolles, inzwischen immer weiter verbreitetes Ausstattungsteil für den erweiterten Rettungsdienst ist das

sogenannte „Erstversorgungsset“, das gleichermaßen Profis, geschulten Ersthelfern und Laien sinnvolle Hilfeleistung schon dezentral am Auffindort aber auch zentral auf dem Verbandplatz ermöglicht. Hierzu enthält ein Erstversorgungsset sämtliches Material zur Infusionsbehandlung, Blutstillung, Wärmeerhaltung und Registrierung eines Verletzten (Bild 7).

In der Regel werden Neubeschaffungen für den erweiterten Rettungsdienst somit in den Bereichen

- Alarmierungshilfsmittel
 - Medikamente und Infusionen
 - Hilfsmittel zur Entgiftung
 - einige wenige spezifische Antidota
 - Infusionsstative für Krankentragen
 - Beleuchtung mit Kleinstromerzeugern
- nötig werden, da die meisten Sanitätszüge diese Ausstattungsteile nicht StAN-mäßig im erforderlichen Umfang vorhalten.

Entgegen gelegentlich vorgebrachter Ansicht ist die Vorhaltung von automatischen Beatmungsgeräten für den erweiterten Rettungsdienst über die Ausstattung der regulären Rettungsmittel hinaus aus notärztlicher Sicht abzulehnen, da das verfügbare Geräte-monitoring keine ausreichende Sicherheit für einen Einsatz unter den Bedingungen des Großschadensfalls erlaubt.

Faktor Einsatztaktik

Unabdingbar für einen effektiven Einsatz des erweiterten Rettungsdienstes ist eine sinnvoll durchdachte Integration dieses relativ neuen Einsatzinstruments in die bereits praktizierte einsatztaktische Vorgehensweise. Alle Schnittstellen zu den am Einsatz beteiligten Teileinheiten müssen somit einer Überprüfung der gegenseitigen Abhängigkeiten und Wechselwirkungen unterzogen werden. Besondere Beachtung verdienen:

- Einbindung der rettungsdienstlichen Einsatzleitung



Bild 7: Erstversorgungsset - Einzelteile.

- nachgeordnetes Führungspersonal im Einsatzabschnitt Rettungsdienst/Sanitätsdienst
- Alarmierungsschwellen für die abgestuften Einsatzmodule
- Berücksichtigung unterschiedlicher Qualifikationsstufen

Leitender Notarzt und Einsatzleiter Rettungsdienst als integrierter Teil der Einsatzleitung vor Ort

Die Einsatzleitung beim Großschadensfall muß um das Führungspersonal des Rettungs- und Sanitätsdienstes erweitert werden. Das hierzu bundesweit fast ohne Widerspruch praktizierte Modell umfaßt einen Leitenden Notarzt sowie den Einsatzleiter Rettungsdienst (in etwa einem Zugführer entsprechend) als rettungsdienstliche Einsatzleitung.

Nachgeordnetes Führungspersonal im Einsatzabschnitt Rettungsdienst-Sanitätsdienst

Auch im nachgeordneten Bereich des Einsatzabschnitts Rettungsdienst-Sanitätsdienst werden sich Leitender Notarzt und Einsatzleiter Rettungsdienst auf weitere Führungskräfte zur effektiven Einsatzleitung stützen. So werden zur Unterstützung des Einsatzleiters Rettungsdienst weitere or-

ganisatorische Leiter als Abschnittsleiter (in etwa den Unterführern entsprechend) tätig. Insbesondere die Funktionsbereiche des Verbandplatzes sowie der Krankenwagenhalteplatz sind vordringlich mit geeignetem Führungspersonal zu besetzen. Auch im medizinisch-fachlichen Bereich können weitere Ärzte (seien es weitere Leitende Notärzte, Notärzte oder sonstige Ärzte) den Leitenden Notarzt vor allem in den Bereichen Sichtung, Behandlung, Transportsteuerung und Transportbegleitung unterstützen.

Alarmierungsschwellen für die abgestuften Einsatzmodule

Schon im Vorfeld potentieller Einsätze muß einvernehmlich geklärt werden, bei welchen Schadensstufen die einzelnen abgestuften Einsatzmodule durch die Rettungsleitstelle eigenständig alarmiert werden sollen. In der Regel folgen auf die Rettungsmittel des regulären Rettungsdienstes die Rettungsdienst-Reservefahrzeuge, bevor Teileinheiten des KatS-Sanitätsdienstes als Vorkommando ihrer Einheiten (angelehnt an KatS-DV 400 Teil B, 5.2) in den Einsatz gehen.

Hierbei ist im besonderen zu beachten, an welcher Einsatzablaufposition die modularen Teileinheiten eingesetzt werden. So wird die Versorgung in den ersten Einsatzphasen direkt am Auffindeort wohl primär durch den regulären Rettungsdienst sicherzustellen sein. An frühen Alarmpositionen wird dann die Materialausstattung für den zentralen Verbandplatz anzusiedeln sein, während Krankenwagen für den Abtransport unter Umständen weiter zeitlich gestaffelt werden können.

Berücksichtigung unterschiedlicher Qualifikationsstufen

Zwangsläufig werden im Einsatzabschnitt Rettungsdienst-Sanitätsdienst Einsatzkräfte unterschiedlicher Qualifikationsstufen zusammen-

treffen. Dies betrifft sowohl den ärztlichen Bereich mit Leitenden Notärzten, Notärzten und sonstigen Ärzten sowie den nicht-ärztlichen Bereich mit Rettungsassistenten, Rettungssanitätern, Rettungshelfern, Sanitätshelfern und Laien. Zusätzliche Unterschiede zur Grundausbildung der Einsatzkräfte bringt die nicht homogen verteilte Einsatzerfahrung, so daß ein maximal heterogenes Personalspektrum zu bestmöglicher Kooperation gezwungen wird.

Besondere Bedeutung erlangen hierbei die eingesetzten Abschnittsleiter (oder Unterführer), die unter optimalen Bedingungen nicht erst im Großschadensfall-Realeinsatz mit ihren nachgeordneten Einsatzkräften zusammentreffen. Hier wird der Wert langjähriger Zusammenarbeit und gemeinsamer Aus- und Fortbildung in ihrer eigentlichen Bedeutung sichtbar.

In der Regel wird in Kauf zu nehmen sein, daß das Ausbildungsniveau vor allem der nicht-ärztlichen Einsatzkräfte mit zunehmender zeitlicher Staffelung der Alarmierung tendenziell sinkt. Dies muß für die Personaleinsatzplanung bedeuten, diese nachrückenden Einsatzkräfte sukzessive unterstützend in den Gesamtversorgungsablauf einzubinden, um so im gesunden Mix höher und niedriger qualifizierte Einsatzkräfte gemeinsam optimal tätig werden zu lassen. Hierbei sind durchaus Schwerpunkte für einzelne Helfergruppen denkbar: Versorgung, Stabilisierung und Überwachung der Verletzten vornehmlich durch Rettungsassistenten und Rettungssanitäter; Registrierung, Unterbringung und technische Unterstützung primär durch Sanitätshelfer.

Langfristig bedeutsam werden so zwei Konsequenzen:

- in der Fachausbildung für den Rettungsdienst muß die Problematik der Kooperation mit niedriger qualifizierten Einsatzkräften thematisiert werden;
- ein eigenständiger Einsatz „klassischer“ Sanitätsdiensteinheiten im eigenen

Einsatzabschnitt ohne die enge Kooperation mit dem Rettungsdienst ist für alle Großschadensfall-Szenarien unterhalb der flächendeckenden Zerstörung nach Waffeneinwirkung zum jetzigen Zeitpunkt undenkbar.

StAN-Novelle im Sanitätsdienst

Ohne den Rahmen dieses Artikels sprengen zu wollen, sollen abschließend wichtige Gedanken zur Zukunft des KatS-Sanitätsdienstes aus ärztlicher Sicht aufgeführt werden.

Anregungen unterschiedlicher Herkunft empfehlen zur Zeit zumeist ohne stringent innere Sachlogik wechselweise den kompletten Verzicht auf jeglichen operativen KatS-Sanitätsdienst, die alleinige Abstützung auf Schnelleinsatzgruppen einiger Kommunen, den Zusammenschluß von Sanitätsdienst und Betreuungsdienst zum neuen Superfachdienst „Gesundheit und Soziales“ bis hin zum Verbleib beim Status quo mit Verzicht auf jedwede Nivellierung. Zusätzlich irritierend wirkt allein schon die äußere Form der derzeit veröffentlichten Diskussion, die jedwede Einigungsmöglichkeit vor allem zwischen Bund und Ländern vermissen läßt. Ein Bezug zu aktuellen Sachproblemen der Arbeitsebene scheint nicht mehr herstellbar, seit Dispute über staatsrechts-theoretische Petitionen die Argumentation zunehmend bestimmen.

Wichtig (nicht nur) für den KatS-Sanitätsdienst ist jedoch ein völlig neuer Denkansatz, der der vorrangigen Bedeutung des Faktors Personal für die gesamte Hilfeleistung gerecht werden kann. Im Vordergrund allen staatlichen Handelns vor allem oberhalb der Ebene der unteren KatS-Behörden muß die bestmögliche Unterstützung der Arbeitsebene vor Ort stehen. Hierzu gehört sowohl radikale Beschneidung allen bürokratischen Wildwuchses als auch umfangreiche Kompetenzverlagerung nach „unten“. Die Aufstellung von Einsatzein-

heiten sowie deren Ausstattung und Einsatzwert haben sich zudem weniger an den Traditionen der LSHD-Sanitätsbereitschaften als an den Möglichkeiten und Grenzen der Aus- und Fortbildung der Einsatzkräfte zu orientieren.

Konkret muß dies für den Sanitätsdienst bedeuten, daß nur eine langfristig angelegte Kooperation mit dem regulären Rettungsdienst die hinreichende Gewähr für ein ausreichendes Fortbildungsangebot aller Helferinnen und Helfer im Sanitätsdienst bieten kann.

Alternative StAN-Konzepte

Essentiell wichtig für den Sanitätsdienst sind primär die Bereiche Verbandplatz sowie Abtransport mit Rettungsmitteln (vorwiegend Krankentransportwagen) und Pkw-Kombi. Eine umfangreiche Einplanung von „einfachen“ Sanitätsgruppen erscheint aus ärztlicher Sicht primär nicht notwendig. Auch ist eine Abkehr vom übergroßen Allrounder-Sanitätszug hin zu kleineren Einheiten mit enger gefaßtem Aufgabenschwerpunkt sinnvoll.

So erscheint es sinnvoll, an eine Rettungswache ohne Notarztstandort einen Krankentransportzug anzugliedern, der neben einem Zugtrupp und einem Arzttrupp als Hauptkomponente drei Verletzentransportgruppen mit jeweils zwei 4-Tragen-KTW aufweist (Bild 8).

Für Notarztstandorte ist die Angliederung eines Verbandplatzzuges zu erwägen. Neben dem Zugtrupp und einer Verletzentransportgruppe bildet eine einsatzstarke Arztgruppe mit drei auch autark einsetzbaren Arzttrupps plus Krankentransportwagen den Schwerpunkt dieser Einheit (Bild 9).

Verfolgt man konsequent diese Kriterien zur Aufstellung von Sanitätsdienst-Einheiten, so werden wohl nicht alle bisher existierenden Sanitätszüge einer neuen Aufgabenstellung und Struktur an einer Rettungswache mit oder ohne Notarztstandort zugeführt werden können. Nicht

2	8	18	28	Krankentransportzug					
Zugtrupp									
1	1	2	4	Zugtrupp-Kraftwagen	ZFu	ZTrFu	Kf3/Fu	Krad	Kf4/Me
Arzttrupp									
1	1	4	6	Arzttrupp-Kraftwagen	TrFu	Arzt	Kf3 He He He		
Verletzten-transportgruppe 1									
0	2	4	6	Kranken-Kraftwagen	GrFu	Kf3 He	Kranken-Kraftwagen	TrFu	Kf3 He
Verletzten-transportgruppe 2									
0	2	4	6	Kranken-Kraftwagen	GrFu	Kf3 He	Kranken-Kraftwagen	TrFu	Kf3 He
Verletzten-transportgruppe 3									
0	2	4	6	Kranken-Kraftwagen	GrFu	Kf3 He	Kranken-Kraftwagen	TrFu	Kf3 He

Bild 8: StAN-Bild Krankentransportzug (Modell Habers).

4	6	20	30	Verbandplatzzug					
Zugtrupp									
1	1	2	4	Zugtrupp-Kraftwagen	ZFu	ZTrFu	Kf3/Fu	Krad	Kf4/Me
Arztgruppe									
3	4	13	20	Arzttrupp-Kraftwagen	TrFu	Arzt	Kf3 He He He	Arzttrupp-Kraftwagen	Arzttrupp-Kraftwagen
Verletzten-transportgruppe									
0	2	4	6	Kranken-Kraftwagen	GrFu	Kf2	Kranken-Kraftwagen	TrFu	Kf3 He

Bild 9: StAN-Bild Verbandplatzzug (Modell Habers).

2	8	24	34	Sanitäts-Betreuungszug					
Zugtrupp									
1	1	2	4	Zugtrupp-Kraftwagen	ZFu	ZTrFu	Kfa/Fu	Krad	Kf4/Me
Versorgungstrupp - Sanität									
1	1	4	6	Krankenkraftwagen 4 Tragen	TrFu	Arzt	Kf3 He He He		
Sanitäts-Betreuungsgruppe 1									
0	2	6	8	Mannschafts-transporter	GrFu	TrFu	Kf3 He He He He He		
Sanitäts-Betreuungsgruppe 2									
0	2	6	8	Mannschafts-transporter	GrFu	TrFu	Kf3 He He He He He		
Sanitäts-Betreuungsgruppe 3									
0	2	6	8	Mannschafts-transporter	GrFu	TrFu	Kf3 He He He He He		

Bild 10: StAN-Bild Sanitäts-Betreuungs-Zug (Modell Habers).

nur der Respekt vor der in diesen Einheiten bislang geleisteten ehrenamtlichen Arbeit gebietet die Suche nach sinnvollen Zukunftskonzepten für diese Einheiten, denen langfristig im regulären Rettungsdienst keine ausreichende Fortbildungsbasis geboten werden kann.

Hier – und nur hier – bietet sich an, die Fachdienste Sanität und Betreuung jeweils auf dem Niveau der Fachdienstgrundausbildung im sogenannten „Sanitäts-Betreuungszug“ zusammenzuführen. Der Einsatz dieser neu zu schaffenden Einheit dient dann in erster Linie der Unterstützung der fachlich höher qualifizierten Verbandplatz- und Krankentransportzüge sowie der originären Betreuungszüge.

Im Ablaufmodell der Versorgung durch den erweiterten Rettungsdienst beim Großschadensfall mit Massenansturm von Verletzten sind denkbare Einsatzstellen für Helferinnen und Helfer eines Sanitäts-Betreuungszugs die Mithilfe bei:

- Verletztentransporten aus dem Schadensgebiet
- Verletztentransporten von den Verletztenablagen
- Registrierung und Verletztenversorgung am Verbandplatz
- Ausleuchtung und behelfsmäßige Unterbringung
- Verletztentransporten mit Fahrzeugen zu den weiterbehandelnden Stellen.

Eine denkbare Struktur eines Sanitäts-Betreuungszugs fügt einen Zugtrupp, einen medizinischen Versorgungstrupp mit Arzt-besetztem 4-Tragen-KTW und drei Sanitäts-Betreuungsgruppen zusammen (Bild 10).

Zusammenfassung

Die Erfahrung der zurückliegenden Jahre zeigt, daß eine steigende Zahl von Großschadensfällen mit Massenansturm von Verletzten den regulären Rettungsdienst immer wieder über die Grenze seiner Leistungsfähigkeit führt. Im globalen Interesse aller Beteiligten, vor allem jedoch der Ver-

letzten, liegt es, im Hinblick auf diese Einsatzsituation sämtliche Kräfte aus Rettungsdienst und KatS-Sanitätsdienst in einem sogenannten „erweiterten Rettungsdienst“ zu bündeln.

Die genaue Betrachtung des allgemeinen Ablaufschemas für Großbeinsätze bietet hierbei ausreichend Gelegenheit, mit den vor Ort in Rettungsdienst und KatS-Sanitätsdienst eingebundenen Personen, Organisationen und Institutionen sinnvolle Kooperationsstrukturen aufzubauen.

Daß hierzu auch mannigfaltige eingefahrene Fehlregulationen beseitigt werden müssen, konnte anhand einiger konkreter Beispiele aus der Praxisrealität vor Ort aufgezeigt werden. Kaum zu überschätzende Bedeutung hat in dieser Situation die wachsende Demotivierung vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer in allen Fachdiensten durch die wenig sensible, dafür aber um so mehr praxisentfremdete Diskussion vor allem zwischen Bund und Ländern über die Zukunft des Gesamtsystems Katastrophenschutz.

So bleibt an dieser Stelle nur zu hoffen, daß zukünftig wieder unmißverständlich der hilfebedürftige Mitmensch und damit gleichzeitig die zur Hilfeleistung immer und unter allen Umständen unverzichtbare personelle Basis wieder fachlich kompetent, sachlich-aufgabenorientiert und menschlich-verbindlich in den Mittelpunkt der gemeinsamen Anstrengungen von Regierung, Verwaltung, Hilfsorganisationen und operativen Einsatzeinheiten gerückt wird.

Anschrift des Verfassers:
Dr. med. Joachim Habers,
Jülicher Straße 77, D-52070
Aachen

Zugführer und Notarzt im
DRK-Ortsverein Jülich e.V.

Elektronische Suchhilfe

Eine neue, mobile Kamera zur Lokalisation verschütteter Personen verbindet die Sinne des Retters – das Gehör und das Auge – mit modernster Technik. Eine Videokamera, auch bei geringsten Lichtverhältnissen voll leistungsfähig, verbunden mit einem hochempfindlichen Mikrofon machen das System zu einem vielseitig einsetzbaren Rettungsmittel. Es erlaubt dem Rettungspersonal, in unzugänglichen Trümmern und anderen Situationen Blick- und Geräuschkontakt zu eingeschlossenen und verschütteten Personen herzustellen.

Das System besteht aus einem Teleskoparmsystem und dem Monitor/Steuerpack. Der Kamerakopf beinhaltet eine hochauflösende Videokamera und ein hochempfindliches Mikrofon. Der Bediener sieht auf dem Bildschirm das von der Kamera eingefangene Bild und hört über seinen Kopfhörer auch leiseste Geräusche im Umkreis des Sondenkopfes. Das integrierte Zwei-Wege-Kommunikationssystem macht es möglich, daß der Bediener mit dem eingeschlossenen Opfer Sprechkontakt aufnehmen kann. Elektronik und Batterien sind in einem Steuer-Pack untergebracht, welches vom Bediener auf dem Rücken getragen wird.

Je nach Lichtverhältnissen ist die Kamera in der Lage, bei einer Entfernung von 12-15 m noch ein deutliches Bild zu liefern. Eine ausreichende Beleuchtung ist in den Kamerakopf integriert. Ein Videoausgang macht das Aufzeichnen des empfan-

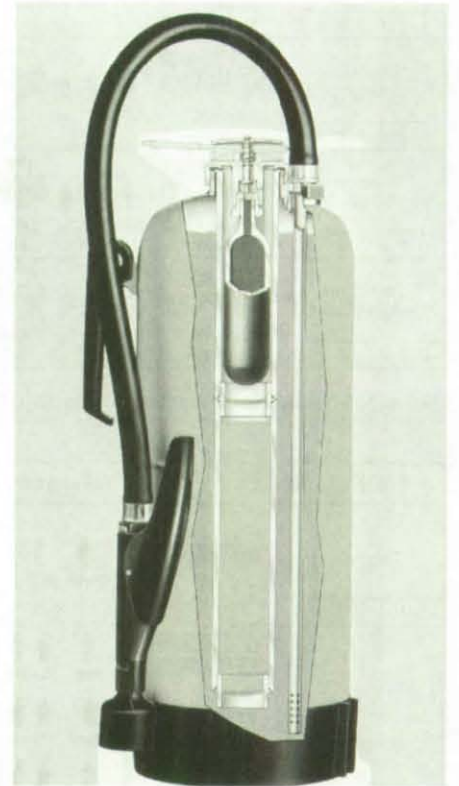
genen Bildes oder die Übertragung auf einen zweiten größeren Monitor möglich.

Der Sucherarm besteht aus einem Teleskoparm mit einem Bedienerhandgriff und dem Kameragehäuse. Der Arm kann in der Standardversion auf Längen zwischen 86 cm und 200 cm und in der erweiterten Ausführung auf Längen zwischen 116 cm und 339 cm ausgefahren werden. Er ist um 180° frei schwenkbar und hat ein Gesichtsfeld von ca. 220°.

Der Batteriepack ist so konzipiert, daß er auch unter schwierigsten klimatischen Bedingungen seine volle Leistung erbringt und auch nach Monaten noch seinen vollen Ladezustand besitzt, so daß das System immer einsatzbereit ist. Bei den Batterien handelt es sich um Trockenzellen, welche eine Betriebsdauer von ca. 4 Stunden besitzen. Die Ladedauer eines Batteriesatzes beträgt ca. 5-8 Stunden, je nach gewünschter Ladekapazität. Mit der Kamera werden standardmäßig zwei Batteriepacks mitgeliefert. (Foto: HRS)

Neuer Schaumlöcher

Anders als bei herkömmlichen Löschern dieser Art sind hier die Komponenten Wasser und Schaumkonzentrat voneinander getrennt. Dieses sogenannte Kartuschenlöcher-System ist mit dem entscheidenden Vorteil verbunden, daß bei der Revision das Wasser/Schaummittel nicht mehr entsorgt werden muß. Das ist



ökologischer, kostensparender und effektiver. Bislang mußte die vorge-mischte Schaum-Wasserlösung (Premix) im Bedarfsfall alle zwei Jahre ausgetauscht werden.

Die für die Brandschutzbranche grundlegend neue Kartuschen-Technik wurde zum Patent angemeldet. Die wesentliche Neuerung: Die Kartusche ist zweigeteilt; das obere Teil schützt die Druckgasflasche und die Armatur vor dem Wasser, das untere Kartuschenteil beinhaltet das hermetisch abgeschlossene Schaumkonzentrat. Die Auslösemechanik basiert auf der bewährten, bedienungsfreundlichen Schlagarmatur. Die abstellbare Löschpistole ist mit einer Spezialdüse ausgestattet. Sie erzeugt einen feinverteilten Sprühstrahl, der vor Hitzeabstrahlung schützt und den Kühleffekt erhöht.

Der Löcher ist mit sechs Litern Wasser gefüllt und enthält in der separaten Kartusche das Schaumkonzentrat. Es wirkt in der Brandklasse A imprägnierend, in der Brandklasse B hat es filmbildende Eigenschaften. Das Gerät ist zugelassen für die Brandklassen A und B und erreicht die Leistungsklassen 13 A und 183 B.

(Foto: Total)



Innenraumfilter sorgen für saubere Luft

Dicke Luft auf Deutschlands Straßen – diese Feststellung treffen Millionen Autofahrer jeden Tag. Ein Gemisch aus Staub, Blütenpollen, Gummiabrieb, Asbest- und anderen Fasern sowie Ruß dringt über das Lüftungssystem in den Fahrzeuginnenraum. Nicht nur Allergiker oder für Luftschadstoffe sensibilisierte Menschen reagieren darauf. Auch der „normale“ Autofahrer fühlt sich oft in seinem Wohlbefinden beeinträchtigt.

In der automobilen Oberklasse gehören deshalb Innenraumfilter mittlerweile zu einem gängigen Ausstattungsdetail. Aber auch in der unteren bzw. mittleren Kategorie kann man sie ab Werk bestellen. Die Filter sorgen für die Reinigung des Hauptluftstromes, der über das Lüftungssystem in den Fahrzeuginnenraum fließt. Zwei namhafte internationale Anbieter von Filterprodukten für industrielle Anwendungen und die Automobiltechnik werden bei der Versorgung des Ersatzteilmarktes kooperieren. Deren Innenraumfilter für den Erstbedarf entsprechen den Anforderungen, die z.B. die Automobilindustrie an Filtersysteme für die Erstausrüstung stellt.

Die Filter sind mit einem neu entwickelten Filtervlies ausgerüstet. Es besteht aus sehr feinen rechteckigen Polypropylenfasern, die dauerhaft elektrostatisch geladen sind. Dadurch ziehen sie die in der Luft enthaltenen Partikel wie ein Magnet an und halten sie fest. Partikel mit einem Durchmesser von bis zu drei Mikrometern (=3/1000 Millimeter) werden zu fast 100 Prozent abgeschieden. Partikel mit einer Größe von bis zu 0,4 Mikrometern werden bis zu 80 % im Filter festgehalten.

Das Basismaterial Polypropylen weist Wasser ab, was die Bildung von Feuchtestern und die Ansiedlung von Schimmelpilzen oder Bakterien verhindert. Man verwendet bei der Herstellung das sogenannte Insert-Molding-Verfahren. Hierbei wird das Filterelement direkt mit dem umgebenden Kunststoffrahmen umspritzt. Dadurch sind Klebefolien oder Klebstoffe zur Befestigung des Filtervlieses im Rahmen nicht nötig. Rahmen und Filtervlies werden aus dem recyclingfähigen Polypropylen hergestellt. Ein aus lediglich einem Materi-

al hergestelltes Filtersystem hat Vorteile bei der Wiederverwertung, weil es ohne Separierungsschritte stofflich verwertet werden kann. (3M)

Gefahrendiamant zur Kennzeichnung gefährlicher Stoffe

Der Gefahrendiamant ist ein Kennzeichnungssystem, mit dem Gefahren nach Unfällen mit Gefahrstoffen schnell und sicher beurteilt werden können. Das System wird bereits von einigen Chemieunternehmen sowie in außereuropäischen Ländern erfolgreich zur Kennzeichnung gefährlicher Stoffe auf Tanks, Kanistern und Silos eingesetzt.

Der Gefahrendiamant ist ein Quadrat, das auf einer Spitze steht und in vier gleich große farbige Quadrate aufgeteilt ist. Die Farben stehen symbolisch für die drei Hauptgefahren: blau = Gesundheitsgefährdung, rot = Brandgefahr, gelb = Reaktionsgefahr und ein weißes Feld für besondere Gefahren, wie z.B. extreme Reaktion mit Wasser sowie Radioaktivität. In die farbigen Felder werden Ziffern von 0 bis 4 eingetragen, die Auskunft geben, wie hoch die Gefahr einzuschätzen ist (z.B. 0 = keine Gefahr, 4 = extreme Gefahr).

Das Kennzeichnungssystem ist detailliert genug, Risiken schnell und sicher zu beurteilen. Das System ist leicht verständlich und bedarf nur eines geringen Schulungsaufwandes. Der Arbeitnehmer ist somit in der Lage, nach einem Unfall mit gefährlichen Gütern die Gefahr schnell zu erkennen und sich gegebenenfalls sofort aus dem Gefahrenbereich zu entfernen. Die Einsatzkräfte können die



von den Stoffen ausgehenden Gefahren sofort beurteilen und die zweckmäßigsten Einsatz- und Sicherungsmaßnahmen einleiten.

(Foto: Kroschke)

Löschmittel anerkannt

Der Verband der Sachversicherer e.V. (VdS) in Köln hat mit Wirkung zum 1. März 1994 die Anerkennung für das neue Brandschutzmittel Inergen ausgesprochen, gemäß den Anerkennungsmodalitäten zunächst vorläufig. Ein Unternehmen aus Köln entwickelte und vertreibt seit zwei Jahren die neue Inergen-Löschgas-Technologie.

Inergen besteht ausschließlich aus Bestandteilen der Luft. Seine drei Komponenten Stickstoff (52 Prozent), das Edelgas Argon (40 Prozent) und Kohlendioxid (8 Prozent) wirken, da sie an der Brandreaktion nicht teilnehmen, nicht korrosiv und umweltneutral. Vor allem ist Inergen für den menschlichen Organismus ungefährlich. Als „trockenes“, gasförmiges Löschmittel führt es nicht zur Niederschlagsbildung und schont so kostbare Einrichtungsgegenstände.

Die Wirkungsweise von Inergen ist verblüffend einfach. In einem mit Inergen gefluteten Raum wird der Sauerstoffgehalt der Luft durch das Gasgemisch unter 15 Prozent gesenkt. Damit wird dem Feuer ein wesentlicher Teil seiner Nahrung genommen und es erlischt ganz einfach.

Gleichzeitig wird der Kohlendioxidanteil im Raum bis auf vier Prozent erhöht. Anwesende Personen werden dadurch automatisch zu einer vertieften und intensiveren Atmung angeregt, selbst in bewußtlosem Zustand. So wird durch ein größeres Einatmungsvolumen der Sauerstoffmangel völlig ausgeglichen. Da das gasförmige Inergen zudem nicht zu einer Taupunkt unterschreitenden Abkühlung führt und damit keinen Nebel bildet, bleibt die volle Sichtfreiheit erhalten und einer Panik wird vorgebeugt.

Vorhandene Halonanlagen können oft problemlos auf Inergen umgerüstet werden. Halon, ein Gas mit besten Löscheigenschaften, ist seit Anfang des Jahres gesetzlich verboten. Der Grund: Es gehört zur Gruppe der FCKW-Gase und trägt zur Zerstörung der Ozonschicht bei. Deshalb dürfen stationäre Brandschutzanlagen seit dem 1. Januar 1994 kein Halon mehr enthalten. (Total)

Notfallplanung in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen

Informationsmappe der Reihe
„Ausbildung der Feuerwehren“
Herausgegeben vom Landesfeuerwehrverband Nordrhein-Westfalen,
Am Lindenhof 5, 59063 Hamm

Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime sind bauliche Anlagen, die aufgrund ihrer Nutzung ein relativ starkes Gefährdungspotential oder auch Sicherheitsrisiko darstellen. Ursache ist die Belegung mit einer mehr oder weniger hohen Zahl von Personen, die sich wegen Krankheit oder Gebrechlichkeit im Gefahrenfall nicht selbst retten oder helfen können.

Eine Berufsfeuerwehr in einer Großstadt führt in ihrer Statistik aus den Jahren 1977 bis 1984 zum Beispiel zwei Großbrände, dreizehn Mittelbrände sowie einundsechzig Kleinbrände in ihren Krankenhäusern auf. Auch in anderen Städten und Gemeinden kam es in den vergangenen Jahren zu spektakulären Bränden.

Die vorliegende Informationsmappe wendet sich sowohl an die Feuerwehr als auch an die Betreiber entsprechender Objekte. Beginnend bei den Voraussetzungen des vorbeugenden baulichen und organisatorischen Brandschutzes und den gesetzlichen Grundlagen zeigt die Ausbildungsunterlage den Weg der Vorsorge über Notfallplanung und Evakuierungsplan auf. Der Einsatzlenkung im Ernstfall ist ebenfalls breiter Raum gewidmet.

Schließlich fehlen auch detaillierte Hinweise an Krankenhäuser und Heime, aufgrund derer sich Notfall- und Einsatzpläne erstellen lassen, nicht. Mit der kontinuierlichen Fortführung seiner Reihe „Ausbildung der Feuerwehren“ geht der Landesfeuerwehrverband NRW einen Weg, der nur als vorbildlich bezeichnet werden kann.

Brandschutz-Lehrgang für Pflegepersonal

Von Siegfried Volz
Wenzel Verlag, 35039 Marburg

Brandschutzschulung findet in Alten- und Pflegeheimen, Krankenanstalten, Krankenpflegeschulen, Ausbildungsstätten und ähnlichen Einrichtungen immer noch nicht die Beachtung, die notwendig ist, um Brände zu verhüten und im Falle eines Brandes richtig handeln zu können. Die Verantwortlichen für diese Ausbildung zu motivieren, dem Lehrpersonal einen entsprechenden Leitfaden, dem Auszubildenden und Interessierten eine Unterlage an die Hand zu geben, soll deshalb Sinn dieses kurzgefaßten Buches sein. Anhand vieler Fotos und Merksätze wird hier das Wichtigste für die Vorsorge, das Verhüten und das Verhalten im Brandfall erklärt.

Das große Unimog-Buch

Von Lars Döhmman und Jost Niemeier
Heel-Verlag GmbH,
53639 Königswinter

„Das große Unimog-Buch“ erzählt die Geschichte des Alleskönners aus Gaggenau, der schon zu Bauzeiten eine Legende ist. Die Chronik, die von der Entwicklung und Entstehung des Unimogs über seinen Einsatz in Vergangenheit und Gegenwart bis hin zu den neuen Unimog von 1992

reicht, liest sich flüssig und unterhaltsam. Auch der Technik-Fan kommt bei diesem rund 190 Seiten starken Band voll auf seine Kosten: Der Anhang liefert alle relevanten Daten wie Typen, Verkaufsbezeichnung, Bauzeiten und Lieferzahlen. Die vielen und größtenteils bislang unveröffentlichten Fotos belegen die unendliche Vielfalt des Unimogs. Alles in allem eine lebendig gestaltete Lektüre, die nicht nur den Nutzer des Unimogs begeistern wird.

Strategien gegen den plötzlichen Herztod

2. Auflage
Hrsg. von Bernd Fertig
Verlagsgesellschaft Stumpf & Kossendey,
26183 Edewecht

Das vorliegende Handbuch ist von Praktikern für Praktiker in Klinik und Rettungsdienst verfaßt worden. Notärzte, Rettungsassistenten, Juristen, Soziologen und Dozenten im Rettungsdienst haben sich zusammengefunden, um ein Handbuch für die Ausbildung und Praxis der kardiopulmonalen Reanimation zusammenzustellen. Die Basismaßnahmen werden in logischen Behandlungsschritten dargestellt. Die verständliche Sprache erleichtert es dem Leser, auch komplexe Zusammenhänge der medikamentösen Reanimation zu verstehen und anhand eines einfachen Systems die Interpretation komplexer EKG-Bilder zu erlernen. Mega-Code-Fallbeispiele und Übungen zur EKG-Interpretation ergänzen das Selbststudium. Den Möglichkeiten zur Optimierung der Ausbildung in den Wiederbelebungstechniken und der Organisation eines effektiven Rettungssystems ist ebenso ein eigener Buchabschnitt gewidmet wie den juristischen und ethischen Überlegungen, die jeden Reanimationsversuch begleiten.

Die 2. Auflage des Handbuches wurde völlig überarbeitet, erweitert und graphisch neu gestaltet. Die neuesten Empfehlungen von American Heart Association (AHA) und European Resuscitation Council (ERC) fanden Berücksichtigung.

Maxi Atlas Deutschland

ADAC-Verlag, 81373 München

Durch sein Großformat von 29 x 39 Zentimetern verbindet der Atlas große Detailgenauigkeit mit hervorragender Übersicht und leichter Orientierung. Der Maßstab von 1:150 000 erlaubt, jede Straße und auch kleinere Ortschaften leicht erkennbar darzustellen. Ein ausführliches Ortsregister mit über 90 000 Gemeindenamen – mit den neuen Postleitzahlen – läßt auch im Kartenlesen Ungeübte das gesuchte Ziel rasch finden.

Beurteilung und Sanierung überverunreinigter Standorte

Von Ernst-G. Zeschmann
expert-verlag, 71268 Renningen

Falsch verstandene Sanierungspolitik schafft die Voraussetzungen für die Altlasten der kommenden Jahrzehnte. Werden Altlasten nicht beseitigt, sind Baldlasten programmiert.

Die Autoren dieser Neuauflage wollen mit ihren Fachkenntnissen dazu beitragen, daß überverunreinigte Standorte nach maßvoller Sanierung wieder

genutzt werden können. Voraussetzung dafür ist, daß sich die unterschiedlichen Sichtweisen des Juristen, des Naturwissenschaftlers, des Wirtschaftlers und des Verwaltungsfachmannes unter der gleichen Zielvorgabe ergänzen.

Die Roten Hefte

Verlag W. Kohlhammer, 70565 Stuttgart

Die Fachschriften der bewährten Reihe „Die Roten Hefte“ haben bereits ihren festen Platz in der Ausbildung und als Nachschlagewerk im alltäglichen Dienst bei der Feuerwehr gefunden. Mit den vorliegenden Neuauflagen werden die jeweiligen Themenkreise auf den aktuellen Stand gebracht:

Klaus Schneider
Feuerwehr im Straßenverkehr
Nr. 23, 1. Auflage

Kurt Klingsohr
Fachrechnen für den Feuerwehrmann
Nr. 31, 5. Auflage

Dieter Karlsch/Walter Jonas
Brandschutz in der Landwirtschaft
Nr. 47, 3. Auflage

Heinz Bartels/Wilhelm Stratmann
Feuerwehrschräuche
Nr. 48, 2. Auflage

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Roeber/Such/Keil
Wassersicherstellungsgesetz
Band 2: Leitfaden für den Praktiker
25. und 26. Ergänzungslieferung
Verlagsgruppe Jehle-Rehm,
81619 München

Vogelbusch
Katastrophenschutz in Arbeitsstätten
54. Ergänzungslieferung

Birth/Lemke/Polthier
Handbuch Brandschutz
24. Ergänzungslieferung

Brauer
Handbuch Atemschutz
41. Ergänzungslieferung

ecomod verlagsgesellschaft,
86887 Landsberg

Schneider
Sammlung gerichtlicher Entscheidungen in Orientierungssätzen
9. Ergänzungslieferung
Landesfeuerwehrverband Nordrhein-Westfalen, Am Lindenhof 5, 59063 Hamm

**Sanitätsgruppenkraftwagen
(SanGrKw)**

In den Sanitätszügen (SanZug) des Katastrophenschutzes sind jeweils in den Zugtrupps sowie in den Sanitätsgruppen Kombi-Fahrzeuge integriert, die dem Mannschaftstransport dienen. Bei Bedarf können die SanGr-Fahrzeuge auch als Hilfs-Krankentransportwagen eingesetzt werden.

Diese vom Bund beschafften beziehungsweise im Katastrophenfall zu beordernden Fahrzeuge basieren in der Regel auf der Basis des VW-Kombi (Bus) sowie des Ford-Transit (kurzer Radstand).

Die Fahrzeuge sind elfenbeinfarben lackiert (RAL 1014), Stoßstangen und Felgen sind bis auf wenige Ausnahmen (z. B. MHD-Fahrzeuge) schwarz. Sie erhalten die jeweils organisationstypische Beschriftung der Sanitätsorganisationen (DRK, JUH, MHD, ASB). Bereits im „Minimagazin“ 1/90 wurde der Ford-Transit als SanGrKw vorgestellt, nunmehr soll der VW-Kombi (Typ III) ergänzt werden.

Das Modell

Mit der Neuerscheinung eines VW-Kombi (Bus) des Typs III (Maßstab 1:87/HO) im Modellprogramm der Firma Brekina bietet sich nunmehr dem Modellbastler die Möglichkeit, eine weitere Epoche der Zugtrupp- und Sanitätsgruppenkraftwagen (ZTrKw, SanGrKw) zu bauen und – mit anderen Modellfahrzeugen – weitgehend komplette Züge zusammenzustellen. Unter der Bestellnummer 3300 hat Brekina ein vorbildgerechtes Modell geschaffen.

Zum Umbau der zivil gestalteten Grundmodelle werden diese zunächst in ihre Einzelteile zerlegt. Die gesamte Karosserie erhält eine weißmatte Farbgrundierung, später einen Lack in Elfenbein (RAL 1014, Müller/Siegen). Desgleichen lackiert werden auch die Stoßstangen (ausgenommen die der MHD-Fahrzeuge: rot) und die Radkappen. Vor der Lackierung erhalten die SanGrKw je-

Etwas anders in der Farbgestaltung ist der SanGrKw des MHD: Rote Stoßstangen!



SanGrKw von DRK (links) und MHD (rechts) im Maßstab 1:87/HO. Deutlich sichtbar die ergänzten Rückspiegel, die Dachkennleuchte sowie die Rundumleuchten.



weils ein Blaulicht (Steckblaulicht – je nach Vorbild mittig vorn oder seitlich links in Höhe des ersten Fensterholmes) sowie eine Kennleuchte (Dach vorn).

Noch vor dem Zusammenbau werden die Innenseiten der Fensteröffnungen schwarz-matt abgesetzt (Dichtungsgummis). Das Brekina-Modell weist hier bereits eine sehr feine Gravur auf, die entsprechend per Pinsel oder Farbstift lackiert werden kann.

Nach dem Zusammensetzen der Einzelteile folgt die Ergänzung weiterer Ausstattungsteile, die Farbdetailierung und die Beschriftung des Modells. Zunächst zur erweiterten Ausstattung: Zwei Signalhörner (rund) werden auf die vordere Stoßstange gesetzt (Preiser-Zubehör, schwarz), aus dem Herpa-Programm werden silberne Rückspiegel angesetzt. Die

Farbdetailierung erfolgt nach bekanntem Muster: Scheinwerfer-Umrandungen silber, Scheibenwischer schwarz, Türgriffe silber, Frontlüfter schwarz-matt (verwässert), Blinker orange, Rückleuchten rot. Für die Beschriftung stehen entsprechende Sets von Müller/Siegen zur Verfügung.

Unsere Vorbild- und Modellfotos zeigen, daß sich die Beschriftung der SanGrKw lediglich auf das Emblem der Organisation (seitlich, Front, Heck) und die Tür (Katastrophenschutz, Standort) beschränkt. Kraftfahrzeugkennzeichen (8000er-Nummern) stehen beispielsweise von Preiser zur Verfügung.

Ein gelungener Start

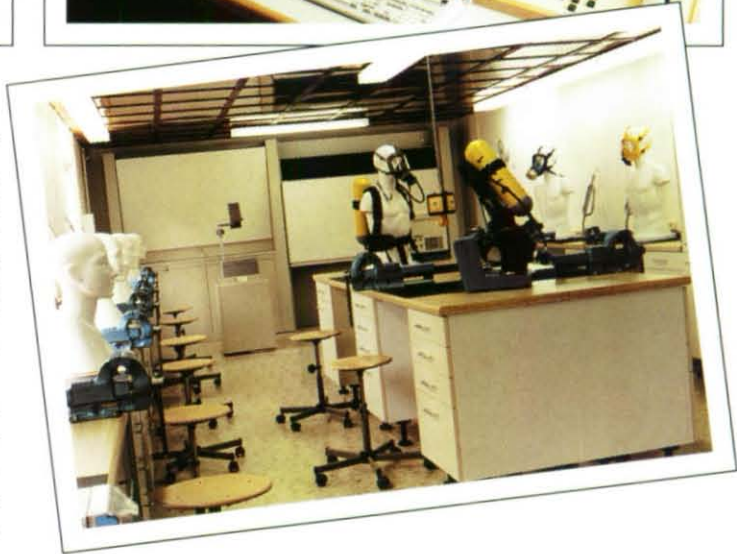


Am 16. Juni 1993 eröffnete Innenminister Alwin Ziel die Landesfeuerwehrschule Brandenburg in Eisenhüttenstadt. Der Einweihung vorausgegangen waren umfangreiche Umbau- und Renovierungsarbeiten an der ehemaligen Bezirksschule der Zivilverteidigung Frankfurt/Oder in Eisenhüttenstadt, die 1991 als Standort für eine neu einzurichtende Landesfeuerwehrschule ausgewählt worden war.

Inzwischen ist die Schule zu einer anerkannten Aus- und Fortbildungsstätte für die rund 50 000 Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren sowie der Berufsfeuerwehren des Landes Brandenburg geworden. Noch in 1993 haben rund 1600 Wehrmänner eine Ausbildung in Eisenhüttenstadt absolviert. Für 1994 wurde das Lehrangebot erheblich erweitert, um dem großem Ausbildungsbedarf gerecht zu werden.

Der heutige Gebäudebestand ist der Grundstock für ein künftiges fachkompetentes Erwachsenenbildungszentrum der Feuerwehren Brandenburgs. Nach einem Stufenplan stehen in den nächsten zehn Jahren rund 53 Millionen Mark für den weiteren Ausbau der Schule bereit. Vorgesehen sind als Schwerpunkt der Neubau eines Unterkunfts- sowie eines Lehrgebäudes, die die heutigen Provisorien ersetzen sollen.

Unser Titelbild zeigt eine Ausbildungsszene am Übungsturm der Freiwilligen Feuerwehr Eisenhüttenstadt, deren Übungseinrichtungen z. Z. noch von der Schule mitgenutzt werden. Die Fotos auf dieser Seite zeigen links oben das Unterkunfts- und Verwaltungsgebäude, rechts die Lehrleitstelle der Schule und unten die Atemschutzgeräte-Werkstatt mit 15 Ausbildungsplätzen. Lesen Sie hierzu auch den Beitrag im Innern des Heftes.



(Fotos: Sers)